



7. SRG Corona-Monitor

18.03.2021 | Studienbericht

Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/innen (alphabetisch)

Gordon Bühler
Julie Craviolini
Michael Hermann
David Krähenbühl
Virginia Wenger

Titelbild

Anna Shvets

Zürich, März 2021



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Wichtigste Ergebnisse in Kürze	4
2	Einschätzung der Lage	8
2.1	Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft	8
2.2	Positivere Einschätzung des Schweizer Wegs	9
2.3	Persönliche und gesellschaftliche Befürchtungen	11
2.4	Dauer und Ausgang der Krise	14
3	Politische Massnahmen	17
3.1	Gesamtbetrachtung: Mehrheit steht hinter Bundesrat	17
3.2	Einzelmassnahmen: Bevölkerung möchte rasch öffnen	20
3.3	Schulen, Läden, Skigebiete und Masken	25
3.4	Geforderter Staat	29
3.5	Spannungsfelder und Strategien	30
4	Behörden und Öffentlichkeit	33
4.1	Bundesrat gewinnt Vertrauen zurück	33
4.2	Unterstützung für bundesrätliche Führungsrolle	36
4.3	Einschätzung der Bundesratsmitglieder im Krisenkontext	39
4.4	Kommunikation der Entscheidungsträger	41
4.5	Rolle der Medien	42
5	Gesundheit und Prävention	44
5.1	Impfbereitschaft	44
5.2	Wachsende Unzufriedenheit mit der Impfkampagne	46
5.3	Neues Testregime	50
5.4	Einschätzung des persönlichen Gesundheitsrisikos	52
6	Berufliche und wirtschaftliche Situation	55
6.1	Einkommenseinbussen und Ausgabenveränderungen	55
6.2	Drohender Arbeitsplatzverlust	59
6.3	Ungleiche Auswirkungen auf das Ersparte	61
6.4	Von Zuhause aus arbeiten – Homeoffice	63
7	Alltagsverhalten	67
7.1	Gemütsverfassung: Neuer Tiefpunkt	67
7.2	Krise als neue Normalität	70
7.3	Was am meisten fehlt	72
7.4	Verhaltensweisen, die beibehalten werden	74
7.5	Nutzung von Verkehrsmitteln	76
7.6	Social distancing – Entwicklung der Kontakthäufigkeit	78
8	Datenerhebung und Methode	80

1 Einleitung

Bereits zum siebten Mal wurde die Schweizer Bevölkerung im Rahmen des SRG-Corona-Monitors zu den wichtigsten Aspekten der nun über ein Jahr andauernden Corona-Krise befragt. 49'909 Personen aus allen Teilen der Schweiz haben zwischen dem 9. und dem 15. März 2021 an der Online-Befragung der SRG teilgenommen – so viele wie in keiner Befragungswelle zuvor. Durch die statistische Gewichtung sind die Ergebnisse dieser Befragungsreihe repräsentativ für die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren. Insgesamt sind nun fast eine Viertelmillion Interviews in dieses Monitoring eingeflossen. Die riesige Teilnahmebereitschaft zeigt das anhaltende und einzigartig grosse Interesse der Bevölkerung am Corona-Thema. Die periodische Durchführung erlaubt es über die Momentaufnahme und die Aufregungen des Tages hinaus, eine vergleichende und langfristige Perspektive einzunehmen und ein differenziertes Bild der Stimmungslage an der Basis aufzuzeichnen.

Im 13. Monat dieser Pandemie zeigen sich zunehmende Ermüdungserscheinungen. Noch nie in dieser Befragungsreihe haben die Befragten die eigene Gemütsverfassung so negativ eingeschätzt wie zurzeit. Zugleich werden die langfristigen Perspektiven etwas weniger pessimistisch beurteilt, ebenso wie der Schweizer Weg in der Krise. Auch wenn sich weiterhin eine solide Mehrheit generell hinter die Schliessungs- und Öffnungspläne des Bundesrats stellt, nimmt die Ungeduld zu. Mehrheitlich wird eine baldige Öffnung in den meisten Gesellschaftsbereichen gewünscht und dies trotz steigender Fallzahlen und abwartenden Signalen des Bundesrats. Umso bemerkenswerter ist, dass das Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Corona-Pandemie erstmals wieder deutlich zugenommen hat. Damit wird deutlich, dass das Vertrauen in den Bundesrat steigt, wenn die von ihm getroffenen Massnahmen Wirkung entfalten. Strenge Massnahmen sind zwar zunehmend unpopulär und doch genießt ein entschieden handelnder Bundesrat mehr Ansehen als einer, der unpopulären Entscheiden ausweicht und Verantwortung an die Kantone delegiert, wie es im Spätherbst 2020 der Fall war.

1.1 Wichtigste Ergebnisse in Kürze

Einschätzung der Lage

Allgemeines: Anders als die Lage in den Spitälern werden die wirtschaftliche Situation und die Stimmung in der Bevölkerung anhaltend kritisch eingeschätzt (Abb. 2). Die deutlich verbesserte gesundheitliche Lage wirkt sich allerdings leicht positiv auf die Einschätzung des Ausgangs der Krise aus. Dieser wird etwas weniger pessimistisch eingeschätzt als in den vorangegangenen Befragungswellen (Abb. 11).

Furcht vor Freiheitsverlust: Auf persönlicher Ebene fürchten immer mehr Befragte den Verlust an Freiheit. Mittlerweile zählen dies 64 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zu den zentralen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Pandemie (Abb. 5). Auf der übergeordneten Ebene zeigt sich eine zunehmende Sorge vor gesellschaftlichen Konflikten (Abb. 8).

Dauer der Einschränkungen: Mittlerweile gehen die meisten von einer langfristigen Ausnahmesituation aus. In der aktuellen Märzerhebung rechnet die Hälfte der Bevölkerung nicht vor Winter 2021/2022 mit einer Rückkehr zur Normalität, während 25 Prozent diesen Zeitpunkt sogar noch später schätzen (Abb. 9).

Politische Massnahmen

Zunehmende Unzufriedenheit mit dem Lockdown: Mit jeder Befragungswelle nimmt der Anteil in der Bevölkerung zu, welcher der Ansicht ist, dass die Lockdown-Massnahmen im Bereich von Geschäften und Dienstleistungen zu weit gehen. Mittlerweile sind bereits 46 Prozent dieser Ansicht, während nur noch 12 Prozent finden, der aktuelle Lockdown gehe zu wenig weit (Abb. 12).

Rasche Öffnung erwünscht: Eine Mehrheit der Befragten wünscht sich ein rasches Öffnungstempo. Keines der abgefragten Elemente des Lockdowns soll aus Sicht der Bevölkerung über den April hinaus Bestand haben. 53 Prozent möchten eine Öffnung der Gaststätten auch im Innenbereich bereits Ende März (Abb. 17). Allerdings würde nur die Hälfte der regelmässigen Restaurantbesucher selber wieder im früheren Ausmass ins Restaurant gehen (Abb. 21).

Mehrheit für vorsichtige Strategie des Bundesrats: Trotz wachsender Ungeduld steht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung grundsätzlich hinter dem vorsichtigen Öffnungskurs des Bundesrats. 61 Prozent sind der Ansicht, dass das Vorgehen des Bundesrats bei der Öffnung nicht zu zögerlich sei (Abb. 15). Sogar nur 22 Prozent Schweizer Bevölkerung befürworten eine Tolerierungsstrategie im Umgang mit dem Coronavirus, die eine weitgehende Verbreitung des Virus zulassen würde (Abb. 33).

Haltung zu den Behörden

Bundesrat gewinnt erstmals Vertrauen zurück: Der Ausbruch der Corona-Pandemie in der Schweiz vor einem Jahr bescherte dem Bundesrat hohe Vertrauenswerte. Im Spätherbst kam es dann zu einem deutlichen Stimmungsabfall. Damals stiegen die Fallzahlen dramatisch an und zugleich überliess der Bund die Pandemiebewältigung weitgehend den Kantonen. In der aktuellen Befragung gewinnt der Bundesrat nun erstmals deutlich an Vertrauen zurück. Der Anteil Befragte mit grossem Vertrauen stieg von 32 auf 49 Prozent. Der Anteil Befragte mit geringem Vertrauen fiel demgegenüber von 40 auf 30 Prozent (Abb. 34).

Unterstützung für bundesrätliche Führungsrolle: Nur gerade 22 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind der Ansicht, die aktuelle Machtballung beim Bundesrat «ging und geht zu weit» (Abb. 38). Weitere 19 Prozent sind der Ansicht, dass die Machtballung zwar nötig war, jedoch bald reduziert werden sollte. Insgesamt 58 Prozent möchten keine weiteren Machtabtretungen bis zum Ende der Pandemie.

Keine Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen zu den Kantonen: Eine klare Mehrheit möchte keine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis vom Bund zu den Kantonen (69 %) (Abb. 40). Insgesamt ist das Vertrauen in die kantonalen Regierungen leicht tiefer als jenes in den Bundesrat. Die Entwicklung des Vertrauens verläuft allerdings auf beiden föderalen Stufen parallel. Die vermehrte Führung durch den Bundesrat seit Spätherbst hat auch zu mehr Vertrauen gegenüber den Kantonsregierungen geführt (Abb. 37).

Prävention und Gesellschaft

Nur leicht gestiegene Impfbereitschaft: Im Oktober wollten sich nur gerade 16 Prozent bei einer Zulassung eines Impfstoffs in der Schweiz sofort impfen lassen. Nach dem Start der Impfkation ist dieser Wert im Januar auf 41 Prozent gesprungen. Bei der aktuellen Befragung ist die sofortige Impfbereitschaft nur leicht auf 44 Prozent angestiegen. Der Anteil, der sich grundsätzlich nicht impfen lassen will, ist demgegenüber von 24 auf 20 Prozent gesunken (Abb. 47).

Wachsende Kritik am Impftempo: Während die Nachsicht mit dem zögerlichen Tempo der schweizerischen Impfkampagne im Januar noch gross war, ist die Ungeduld mittlerweile gestiegen. 44 Prozent sind der Ansicht, die Schweiz impfe zu zögerlich (Abb. 50).

Knappe Mehrheit gegen Privilegien für Geimpfte: 52 Prozent sprechen sich dagegen aus, dass bestimmte Dienstleistungsangebote in Zukunft nur für Geimpfte zugelassen werden (Abb. 52). Zugleich sind allerdings 64 Prozent bereit, nach erfolgter Impfung eine Bestätigung auf das Handy zu laden, um dadurch in den Genuss von Privilegien zu kommen (Abb. 53).

Grosse Mehrheit für neue Teststrategie: 72 Prozent unterstützen die neue Teststrategie des Bundes mit kostenlosen Schnell- und Selbsttests für alle (Abb. 55). Rund ein Drittel der Befragten gibt an, sich in Zukunft mindestens wöchentlich testen zu wollen (Abb. 57).

Wirtschaftliche Situation

Zunehmende Ungleichheit: Zu Beginn der Pandemie war sowohl die Furcht vor Arbeitsplatzverlust als auch jene vor finanziellen Einbussen durch die Krise in allen Einkommensklassen ähnlich verbreitet. Seither hat sich die soziale Schere geöffnet. Viele Gutverdienende konnten ihr Vermögen im Krisenjahr ausbauen. Viele Geringverdienende mussten dagegen auf ihr Ersparnis zurückgreifen (Abb. 69).

Etwas mehr Konsumverzicht: Bei der Umfrage im Oktober gaben die Erwerbstätigen an, im Durchschnitt rund 93 Prozent des normalen Niveaus auszugeben, im Januar waren es 91 Prozent. Im März lagen die Ausgaben nun bei 89 Prozent. Die aktuellen Massnahmen wirken sich wieder etwas stärker auf das Konsumverhalten aus (Abb. 61)

Weniger Homeoffice trotz Pflicht: Anfang März 2021 arbeiteten etwa 46 Prozent der Beschäftigten zumindest teilweise im Homeoffice. Der Anteil ist stieg mit der Homeoffice-Pflicht im Vergleich zum Oktober 2020 (37 %) und Januar 2021 (41 %) an, ist aber immer noch tiefer als während des ersten Lockdowns (51 %) (Abb. 72).

Alltagssituation

Gemütslage auf dem Tiefpunkt: Nach einer leichten Verbesserung im Januar 2021 hat sich die Gemütslage im März nochmals verschlechtert. Sie befindet sich aktuell auf einem neuen Tiefpunkt. Dies gilt ganz besonders für die Stimmung bei den jungen Erwachsenen (Abb. 77).

Verstärktes Bedürfnis nach Ausgang und Feiern: Zu Beginn der zweiten Welle im Spätherbst 2020 gaben viele (auch Junge) an, dass ihnen vor allem die allgemeine Unbeschwertheit fehlt. Mittlerweile geben immer mehr Befragte (insbesondere Junge) an, es fehle ihnen im Alltag auch das typische Freizeitprogramm aus normalen Zeiten wie Ausgang, Nachtleben, private Feiern sowie Sportveranstaltungen (Abb. 82).

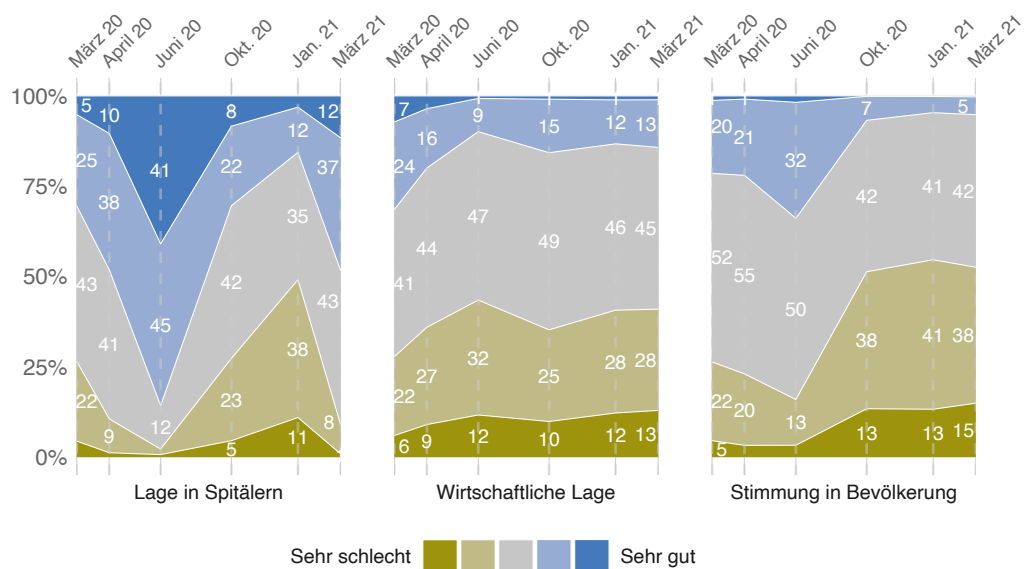
2 Einschätzung der Lage

Die Corona-Pandemie dominiert seit mehr als einem Jahr die verschiedensten Aspekte dieser Gesellschaft. Dieses Monitoring untersucht und verfolgt die wichtigsten Bereiche nach thematisch gegliederten Kapiteln. Das Einstiegskapitel gibt einen Überblick über die gegenwärtige Einschätzung der schweizerischen Bevölkerung zur Lage in diesem Land sowie zur Dauer und zu den Folgen der Krise.

2.1 Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft

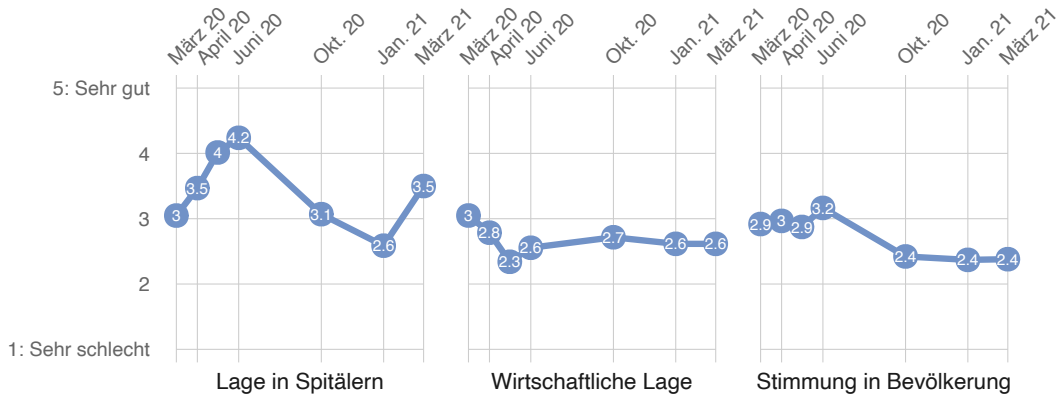
Während die wirtschaftliche Lage in der Schweiz spätestens seit April 2020 vergleichsweise konstant als belastet wahrgenommen wird, unterliegt die Einschätzung der Lage in den Spitälern massiven Schwankungen. Unter dem Eindruck des Höhepunkts der zweiten Welle wurde insbesondere im Januar 2021 die Situation in den Spitälern als sehr schlecht wahrgenommen. Trotz erneut ansteigender Fallzahlen sieht dies die Schweizer Bevölkerung heute wieder optimistischer, die Einschätzung ist ähnlich wie nach dem Höhepunkt der ersten Welle (Abb. 2). Allerdings wurde damals die Stimmung in der Bevölkerung deutlich besser eingeschätzt als heute. Die Eintrübung der wahrgenommenen Stimmungslage geschah zwischen Sommer und Spätherbst 2020. Eine positive Trendwende ist hier bisher nicht erkennbar. Gleiches gilt für die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation.

Abbildung 1: Einschätzung der Lage in der Schweiz



Einschätzung der Lage in Spitälern, der wirtschaftlichen Lage und der Stimmung in der Bevölkerung jeweils mit Bezug auf die Schweiz

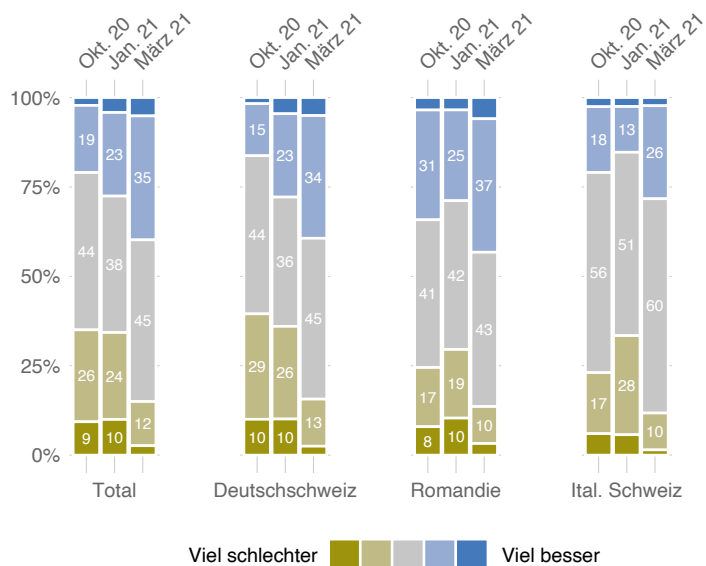
Abbildung 2: Einschätzung der Lage in der Schweiz – Durchschnitt



Einschätzung der Lage in Spitälern, der wirtschaftlichen Lage und der Stimmung in der Bevölkerung jeweils mit Bezug auf die Schweiz

2.2 Positivere Einschätzung des Schweizer Wegs

Abbildung 3: Kann die Schweiz Corona? – Zeitvergleich



«Wie schätzen Sie den Umgang der Schweiz mit dem Virus im europäischen Vergleich ein?»

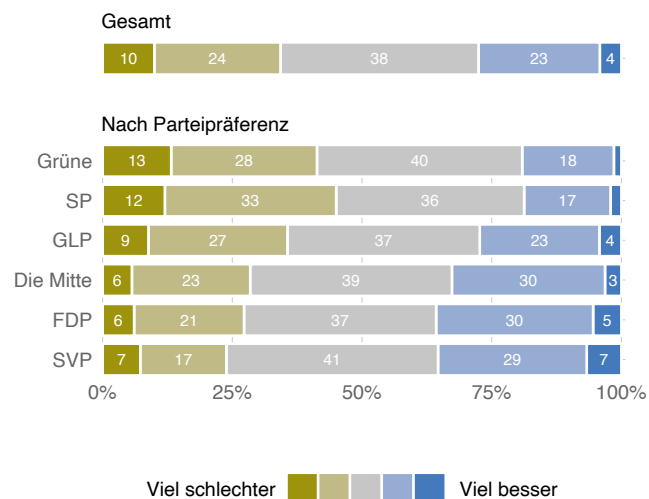
Am Ende der ersten Welle stellte Bundesrat Alain Berset fest: «Die Schweiz kann Corona». Im Oktober 2020 schnellten jedoch dann die Fallzahlen und später auch die Todesfälle wie in wenigen anderen europäischen Ländern nach oben und auf einmal gehörte die Schweiz zu den besonders stark betroffenen Ländern. Statt als positives Vorbild zu gelten, wurde das Land zum Musterland dafür,

wie man es nicht machen sollte. Das stellte nicht zuletzt die schweizerische Selbstverständlichkeit in Frage, dem europäischen Umland stets etwas überlegen zu sein. Bereits im Oktober wollten wir deshalb von den Befragten wissen, wie sie den Umgang mit Corona der Schweiz im Vergleich zu Europa einschätzen. Damals fielen die Einschätzungen zwar nicht gut aber auch nicht so dramatisch schlecht wie in der öffentlichen Debatte aus.

Anders als bei der Einschätzung der Stimmungslage, zeigt sich bei der Einschätzung des Umgangs der Schweiz mit der Pandemie im europäischen Vergleich eine deutliche Aufhellung. Seit der letzten Befragung im Januar 2021 hat sich vor allem die gesundheitliche Lage in der Schweiz stark verbessert. Die Hospitalisierungen und Todesfälle haben abgenommen. Die Fallzahlen sind zwar zuletzt wieder gestiegen, konnten jedoch mit weniger strengen Massnahmen als im europäischen Umland gesenkt werden. Zwar ist das alte Schweizer Überlegenheitsgefühl noch nicht wiederhergestellt, denn sind mittlerweile 40 Prozent der Befragten der Ansicht, die Schweiz schneide besser ab als Europa, während nur 15 Prozent der Meinung sind, die Schweiz manage die Krise schlechter als ihr Umfeld (15 %).

Die Einschätzung des Schweizer Weges hängt typischerweise von der politischen Orientierung der Befragten ab. Personen, die sich einer der Parteien des linken Spektrums zuordnen, bevorzugen den strengeren europäischen Umgang gegenüber dem schweizerischen Sonderweg (Abb. 4). Personen, die der SVP nahestehen, erachten hingegen eher den Schweizer Umgang als überlegen. Doch auch bei der SVP-Anhängerschaft besteht keine mehrheitliche Ansicht, dass es die Schweiz wirklich besser mache.

Abbildung 4: Kann die Schweiz Corona? – nach Parteiorientierung

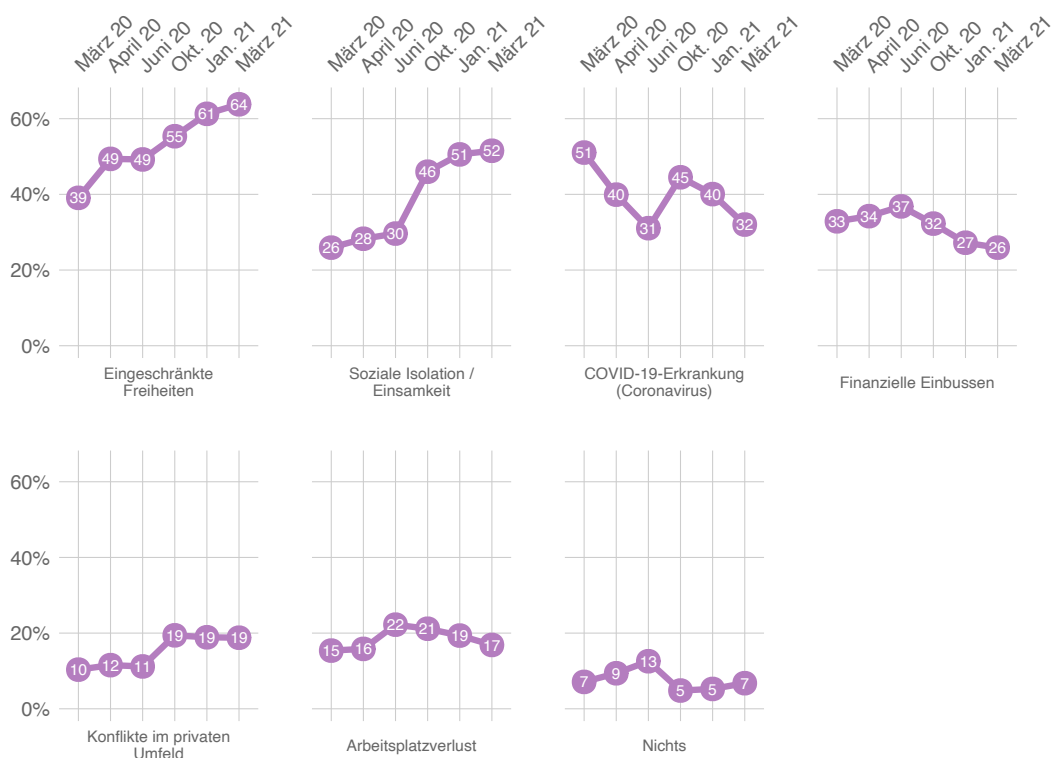


« Wie schätzen Sie den Umgang der Schweiz mit dem Virus im europäischen Vergleich ein? »

2.3 Persönliche und gesellschaftliche Befürchtungen

Mit der zweiten Coronawelle ist auch die Angst vor einer Erkrankung erneut gestiegen. Im März ist diese Befürchtung allerdings wieder stark zurückgegangen und befindet sich abermals auf dem Niveau vom Juni 2020, was auch mit dem Start der Corona-Impfkampagne zusammenhängt (Abb. 5).

Abbildung 5: Persönliche Befürchtungen – Vergleich der Befragungswellen



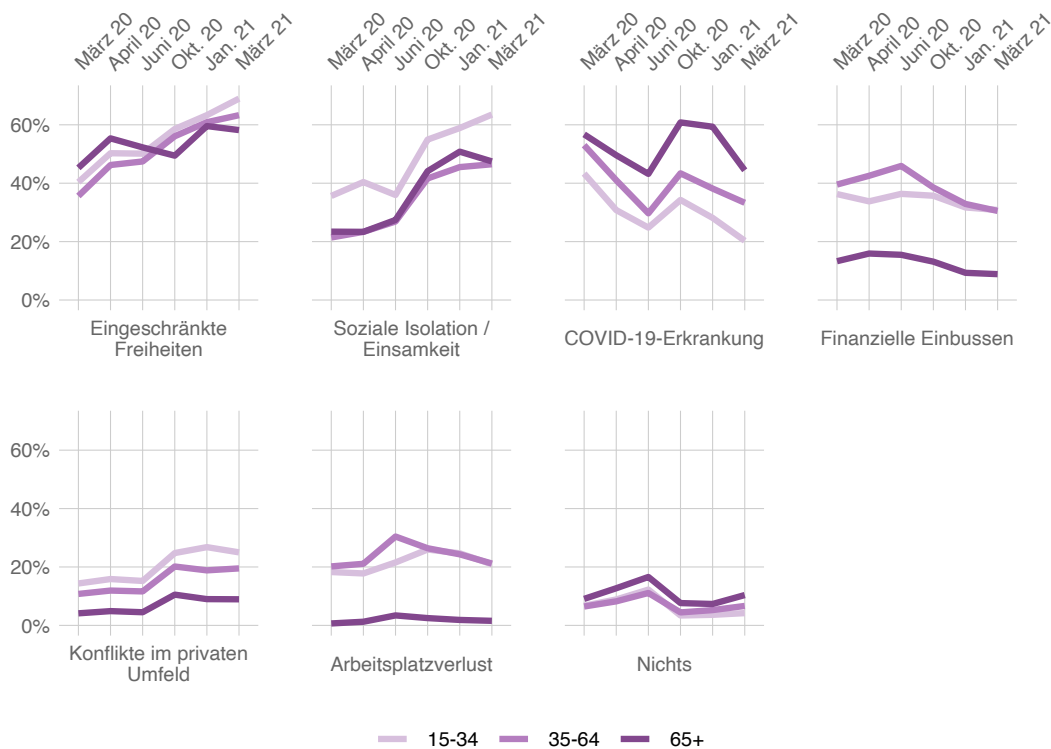
«Vor welchen Folgen der Corona-Krise auf persönlicher Ebene fürchten Sie sich besonders?»

Weiter zugenommen hat dagegen die Sorge vor der Einschränkung der persönlichen Freiheiten. 64 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zählen dies zu den zentralen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Pandemie. Eingeschränkte persönliche Freiheiten bleiben damit die Sorge Nummer eins. Obwohl die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit während der ersten Welle stärker waren als zum Erhebungszeitpunkt im März 2021, zerrt die aktuelle Situation offenbar stärker an den Ressourcen. Dazu passt, dass auch die Sorge vor privaten Konflikten deutlich grösser ist als in den Befragungen vor Oktober 2020. Die stärkste Veränderung im Vergleich zur ersten Welle im Frühjahr bezieht sich aber auf die Sorge vor sozialer Isolation. Die lange Dauer der Pandemie macht sich hier offenbar zunehmend bemerkbar. Im März fürchtete sich rund die Hälfte der Befragten vor Einsamkeit und sozialer Isolation als Folge der Pandemie. Im

Vergleich zur Januarerhebung ist diese Angst etwa gleich ausgeprägt geblieben. Auf vergleichsweise konstantem Niveau seit Juni 2020 bleibt dagegen die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes. Gar leicht abgenommen hat die Sorge vor finanziellen Einbussen.

Während die Furcht vor ökonomischen Folgen wie finanzielle Einbussen oder der Verlust des Arbeitsplatzes bei den unter 65-jährigen am grössten ist, fürchten sich die über 64-jährigen am meisten vor einer Erkrankung an Covid-19 (Abb. 6). Jungen Erwachsenen bereiten zusätzlich auch die soziale Isolation sowie Konflikte im privaten Umfeld häufiger Sorgen als den über 34-Jährigen. Diese Sorgen der jüngeren Generationen haben seit der letzten Befragungswelle im Januar nochmals markant zugenommen. Fast zwei Drittel der unter 35 Jährigen befürchten im März 2021 eingeschränkte Freiheiten.

Abbildung 6: Persönliche Befürchtungen - Nach Alter

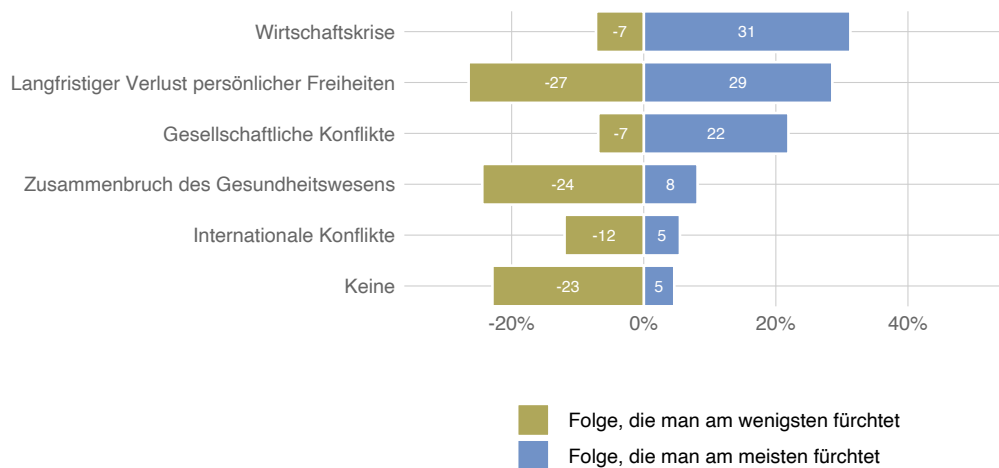


«Vor welchen Folgen der Corona-Krise auf persönlicher Ebene fürchten Sie sich besonders?» – Vergleich der Befragungswellen

Das eine sind die unmittelbaren persönlichen Auswirkungen der Pandemie, das andere sind die (bleibenden) Folgen für die Gesellschaft als Ganzes. Was fürchten die Befragten am meisten und was am wenigsten? Eine anhaltende Wirtschaftskrise wird nach wie vor am meisten befürchtet (Abb. 7). Besonders kontrovers beurteilt die Bevölkerung die Frage, ob die Pandemie zu einem langfristigen

Verlust persönlicher Freiheiten führt: So bereitet 25 Prozent der Schweizer Bevölkerung der Verlust an Freiheit am meisten Sorge, für 28 Prozent dagegen ist dies die geringste Sorge. Die Sorge um den Kollaps des Gesundheitswesens hat angesichts der verbesserten Lage seit der letzten Befragung stark abgenommen. Während im Januar 2021 noch ca. 20 Prozent diese Sorge hegten, sind es im März nur noch 8 Prozent.

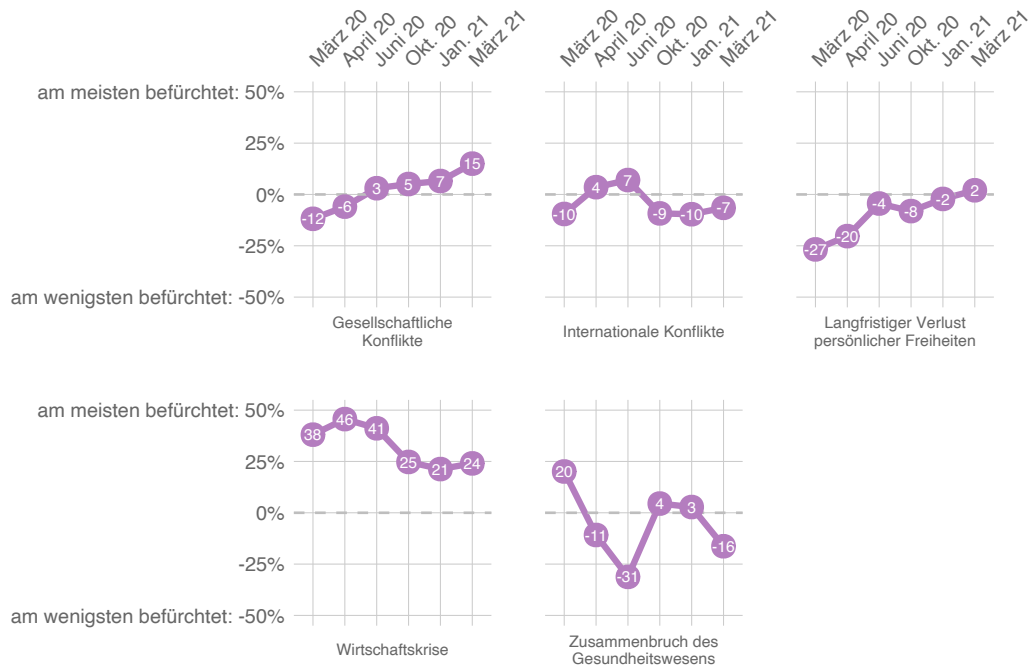
Abbildung 7: Befürchtete Folgen der Corona-Pandemie



«Welche mögliche Folge der Corona-Krise fürchten Sie am meisten/am wenigsten?»

Abbildung 8 zeigt, dass die Furcht vor einem Zusammenbruch des Gesundheitswesens zeitlich parallel zur Entwicklung der Fallzahlen verläuft. Im Juni 2020 war diese Sorge in der Bevölkerung kaum verbreitet, ganz im Gegensatz insbesondere zur Einschätzung im März 2020 sowie in der zweiten Welle. Auch zum heutigen Zeitpunkt hat diese Sorge wieder klar abgenommen. Daneben fällt auf, dass seit Juni 2020 in der Bevölkerung die Furcht vor einer Wirtschaftskrise tendenziell abgenommen hat. Dagegen ist die Angst vor gesellschaftlichen Konflikten und einem langfristigen Verlust der persönlichen Freiheiten über die Zeit gewachsen.

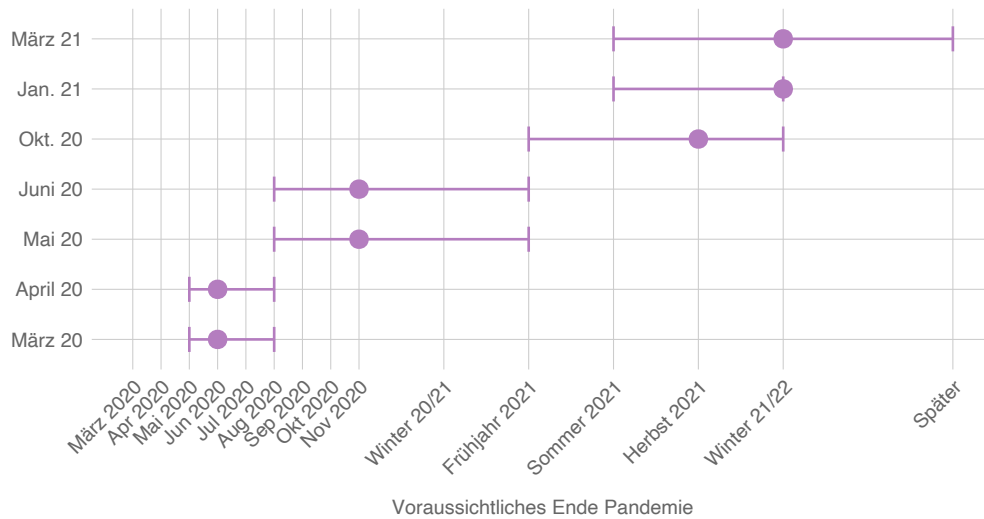
Abbildung 8: Befürchtete Folgen der Corona-Pandemie – Vergleich der Befragungswellen



«Welche mögliche Folge der Corona-Krise fürchten Sie am meisten/am wenigsten?»

2.4 Dauer und Ausgang der Krise

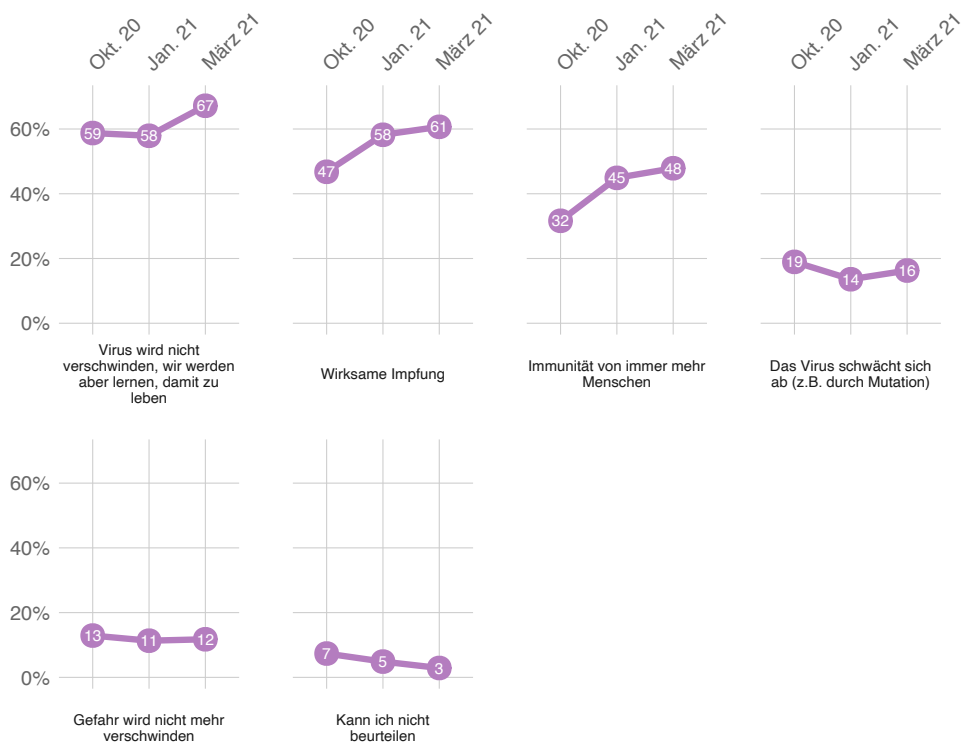
Abbildung 9: Rückkehr des normalen Alltages ohne Bewegungsbeschränkungen



«Was denken Sie, wann werden wir uns in der Schweiz wieder ohne Einschränkungen bewegen können?» - Vergleich der Befragungswellen. Die Grafik zeigt den Median sowie das obere und das untere Quartil

Wann kann man sich in der Schweiz wieder ohne Einschränkungen bewegen? Die Einschätzung der Bevölkerung zu dieser Frage änderte sich durch das Aufkommen der zweiten Welle grundlegend. Bis im April war die Mehrheitsmeinung zu Beginn des Sommers 2020 sei der Spuk vorbei. In der Junierhebung war noch die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, dass die Einschränkungen nicht länger als November 2020 gelten werden. Die Hälfte der Bevölkerung rechnete somit damit, dass man sich erst nach November 2020 wieder ganz normal bewegen könnte, 25 Prozent erst nach Frühjahr 2021. Mittlerweile gehen die meisten von einer langfristigen Ausnahmesituation aus: Bereits in der Oktobererhebung zu Beginn der zweiten Coronawelle ging die Hälfte der Befragten von einer vollständigen Aufhebung der Einschränkungen erst nach Herbst 2021 aus. In der aktuellen Märzerhebung rechnet die Hälfte der Bevölkerung nicht vor Winter 2021/2022 mit einer Rückkehr zur Normalität, während 25% diesen Zeitpunkt sogar noch später schätzen.

Abbildung 10: Ende der Gefahr



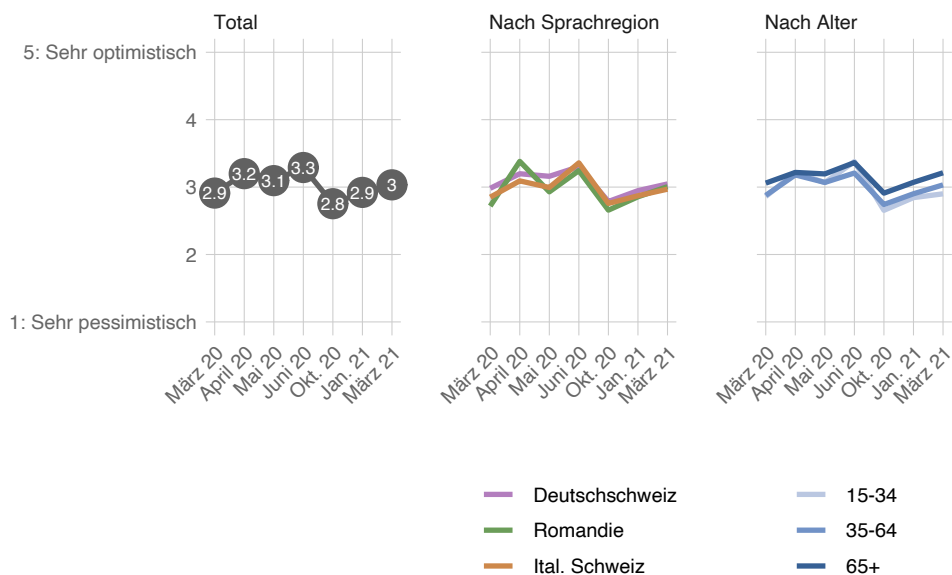
«Was ist ihre persönliche Einschätzung: Was wird die Gefahr durch das neue Coronavirus beenden?»
Mehrfachantworten möglich

Was wird die Gefahr des neuen Coronavirus beenden? Wenn es um die Reduktion der Gefährlichkeit geht, steht die Impfung im Vordergrund. Nach Ansicht von 61 Prozent der Bevölkerung wird diese die Gefahr beenden. Noch mehr Befragte rechnen allerdings auch damit, dass das neue Coronavirus nicht mehr verschwinden

wird, wir aber lernen werden, damit zu leben. 48 Prozent geht davon aus, dass die Immunität von immer mehr Menschen die Gefahr abschwächen werde. Nur 16 Prozent sind der Ansicht, dass sich das Virus verändern und abschwächen werde.

Die deutlich verbesserte gesundheitliche Lage wirkt sich auf die allgemeine Einschätzung des Ausgangs der Krise aus. Diese ist etwas weniger pessimistisch als in den vorangegangenen Wellen. Im Oktober 2020, zu Beginn der zweiten Welle, waren die Schweizer und Schweizerinnen am pessimistischsten in Bezug auf den Verlauf und den Ausgang der Coronakrise (Abb. 11). Dies war noch vor dem grossen Durchbruch an der Impffront. Die langsame, aber stetige Verlauf der Impfkampagne hat zur Folge, dass sich im März 2021 Optimismus und Pessimismus genau die Waage halten.

Abbildung 11: Optimismus/Pessimismus bezüglich dem Ausgang der der Corona-Krise



«Wie optimistisch oder pessimistisch sind Sie in Bezug auf den Verlauf und Ausgang der Corona-Krise?» – Vergleich der Befragungswellen

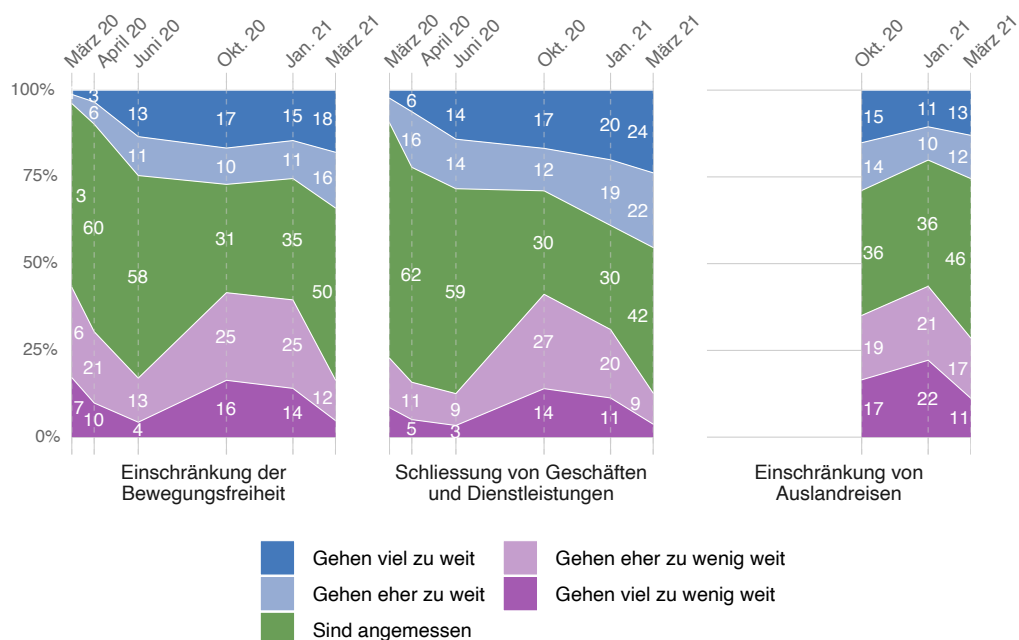
3 Politische Massnahmen

Mit dem Andauern der Pandemie intensivieren sich die politischen Konflikte über die richtige Strategie im Umgang mit dem neuen Coronavirus: Wann sollen welche Angebote wieder zugelassen und welche Kontaktmöglichkeiten wieder erlaubt sein? Wie soll einem allfälligen starken Wiederanstieg der Fallzahlen begegnet werden? In dieser Befragung sind einerseits Forderungen und Streitpunkte enthalten, die aktuell in der politischen Arena diskutiert werden, andererseits aber auch grundlegende Einstellungen, die in gleicher Weise seit der ersten Befragung im März 2020 abgefragt wurden und entsprechend in ihrer langfristigen Entwicklung untersucht werden können.

3.1 Gesamtbetrachtung: Mehrheit steht hinter Bundesrat

Seit Beginn der Pandemie stehen die politischen Entscheidungsträger und -trägerinnen in einem Spannungsfeld zwischen der Begrenzung des öffentlichen Lebens zur Eindämmung des Virus und dem Anspruch möglichst rasch zur Normalität zurückzukehren. In jeder Befragungswelle wurden die Befragungsteilnehmenden gefragt, ob sie mit dem Ausmass der aktuellen Lockdown-Massnahmen einverstanden seien oder ob diese zu weit bzw. zu wenig weit gingen.

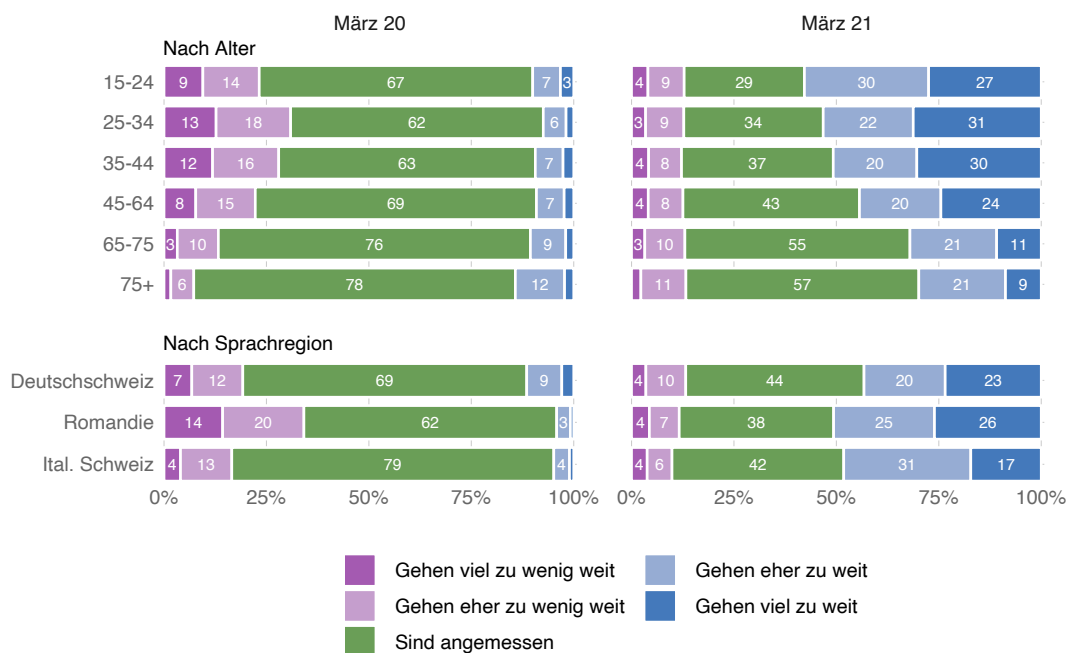
Abbildung 12: Akzeptanz politischer Massnahmen – Einschränkungen



Überblick über alle in allen Wellen abgefragten Massnahmen – Vergleich der Befragungswellen

Abbildung 12 zeigt den Wandel der Einstellungen im Verlauf der Pandemie zu den wichtigsten Teilbereichen der Schliessung. Dabei wird sichtbar, dass sich der gesellschaftliche Konsens mit dem Abflachen der ersten Welle aufgelöst hat. Nachdem noch im Spätherbst 2020, die Bevölkerung tendenziell eher strengere Massnahmen als die politische Führung wollte, macht sich mittlerweile eine zunehmende Lockdown-Müdigkeit breit. Bereits 46 Prozent waren Mitte März 2021 der Ansicht, die Schliessung von Geschäften und Dienstleistungen gehe zu weit. Dies, obwohl zum Zeitpunkt der Befragung die im Januar beschlossenen Ladenschliessungen bereits wieder rückgängig gemacht wurden. Nur noch 12 Prozent sind der Ansicht, dass der Lockdown im Dienstleistungsbereich zu wenig weit geht. Geht es um die Beschränkung der Bewegungs- und Kontaktfreiheit zeigt sich ein ähnlicher Verlauf, nur dass hier der Widerstand gegen die Massnahmen weniger ausgeprägt ist. Zunehmende Öffnungswünsche bestehen schliesslich auch in Bezug auf Auslandsreisen. In allen drei Bereichen findet der Bundesrat in der Gesamtbeurteilung allerdings noch immer eine Mehrheit.

Abbildung 13: Beurteilung der gültigen Massnahmen im Bereich der Wirtschaft

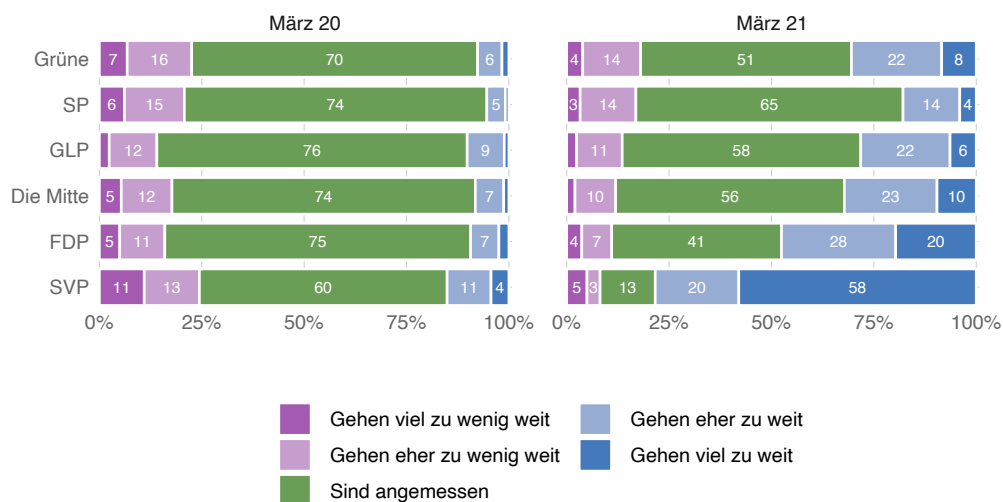


«Wie stehen Sie zu folgenden gültigen Massnahmen?» «Massnahmen, die in die Wirtschaft eingreifen (Schliessung von Restaurants und Verbot von Veranstaltungen usw.)»

Der Ruf nach einem Ende der Schliessungen und Beschränkungen kommt heute insbesondere von gesellschaftlichen Segmenten, die sich vor einem Jahr vermehrt für strengere Massnahmen ausgesprochen haben. Das gilt für etwa für junge Erwachsene, es gilt aber auch für die Befragten aus der Romandie. Besonders volatil ist das Meinungsbild der 25- bis 34-Jährigen. Diese Altersgruppe zeigte sich vor einem Jahr besonders aufgeschreckt und wünschte mehrheitlich ein

hartes Durchgreifen – ein Jahr später ist sie nun besonders ungeduldig. Auch in Bezug auf die Parteianhängerschaften zeigt sich eine Art Pendelbewegung: Die Gruppen, die vor einem Jahr tendenziell mehr Stenge verlangten, verlangen nun mehr Öffnungen. Insgesamt hat aber insbesondere eine Ideologisierung der Haltung gegenüber den Lockdown-Massnahmen stattgefunden. Im Verlauf des ersten Pandemiejahres ist daraus ein ausgewachsener Links-rechts-Gegensatz geworden.

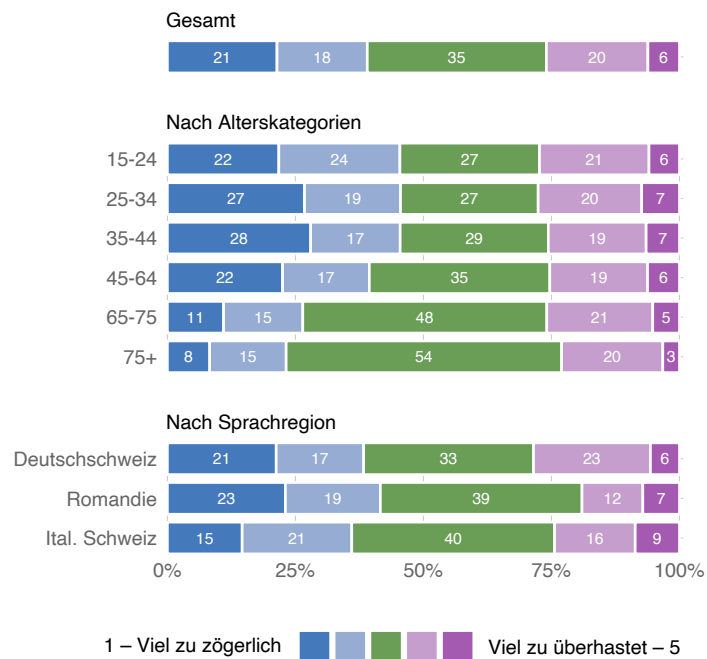
Abbildung 14: Beurteilung der gültigen Massnahmen im Bereich der Wirtschaft – nach Parteiorientierung



«Wie stehen Sie zu folgenden gültigen Massnahmen?» «Massnahmen, die in die Wirtschaft eingreifen (Schliessung von Restaurants und Verbot von Veranstaltungen usw.)»

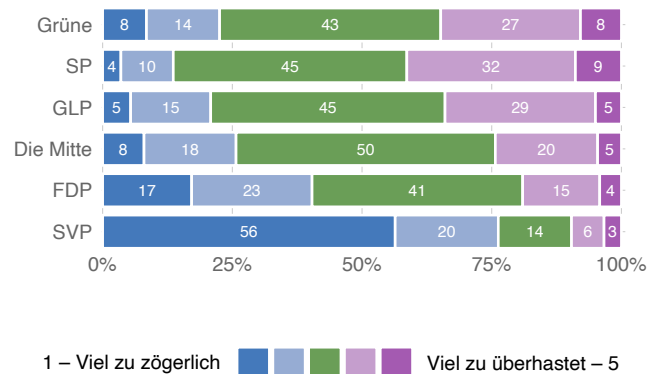
Trotz wachsender Lockdown-Müdigkeit sind gegenwärtig «nur» 39 Prozent der Befragten der Ansicht, dass der Bundesrat bezüglich Geschwindigkeit und Ausmass der Öffnung zu zögerlich vorgeht. In keiner Altersgruppe ist eine Mehrheit der Ansicht, dass der Bundesrat zu zögerlich vorgeht. Dies obwohl sich dieser zuletzt durchaus zurückhaltend bezüglich weiterer Öffnungsschritte bei aktuell steigenden Fallzahlen gezeigt hat. Die aktuelle Gesamtbeurteilung des Vorgehens des Bundesrats steht damit in einem gewissen Widerspruch zur Haltung zu konkreten Massnahmen wie sie im folgenden Abschnitt zum Ausdruck kommen.

Abbildung 15: Gesamtbeurteilung der Lockerungen durch den Bundesrat



«Wie beurteilen Sie das Tempo und das Ausmass der Lockerung der Massnahmen zum Corona-Schutz durch den Bundesrat?»

Abbildung 16: Gesamtbeurteilung der Lockerungen durch den Bundesrat – nach Parteinähe



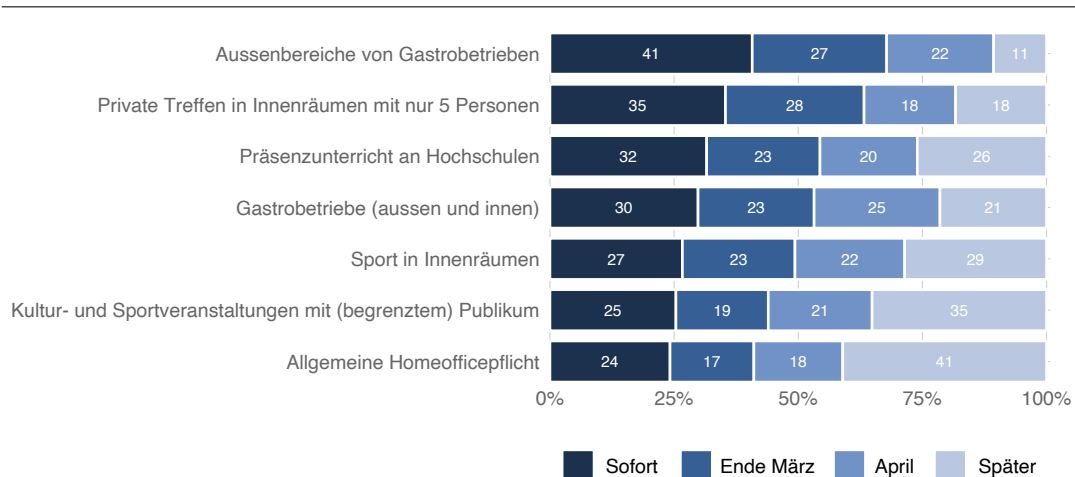
«Wie beurteilen Sie das Tempo und das Ausmass der Lockerung der Massnahmen zum Corona-Schutz durch den Bundesrat?»

3.2 Einzelmassnahmen: Bevölkerung möchte rasch öffnen

Zwar steht eine Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Öffnungsplan des Bundesrats. 39 Prozent sind der Ansicht, der Bundesrat gehe zu zögerlich vor. Geht es jedoch um konkrete Massnahmen, wünscht sich eine (andere) Mehrheit der Befragten ein rasches Öffnungstempo. Keines der abgefragten Elemente des

Lockdowns soll aus Sicht der Bevölkerung über den April hinaus Bestand haben. Aussenbereiche von Restaurants sollen aus Sicht von zwei Dritteln der Befragten Ende März öffnen. 53 Prozent sind der Ansicht, dass dies auch für die Innenräume der Gastrobetriebe gelten soll. Eine deutliche Mehrheit von 63 Prozent will, dass Ende März im Privaten wieder Treffen von mehr als fünf Personen möglich sein sollen. Am meisten Rückhalt für ein längeres Beibehalten besteht bei der Homeoffice-Pflicht, die offenbar von der Bevölkerung am wenigsten einschränkend wahrgenommen wird. Doch auch hier wünschen sich dies nur 41 Prozent der Befragten über den April 2021 hinaus.

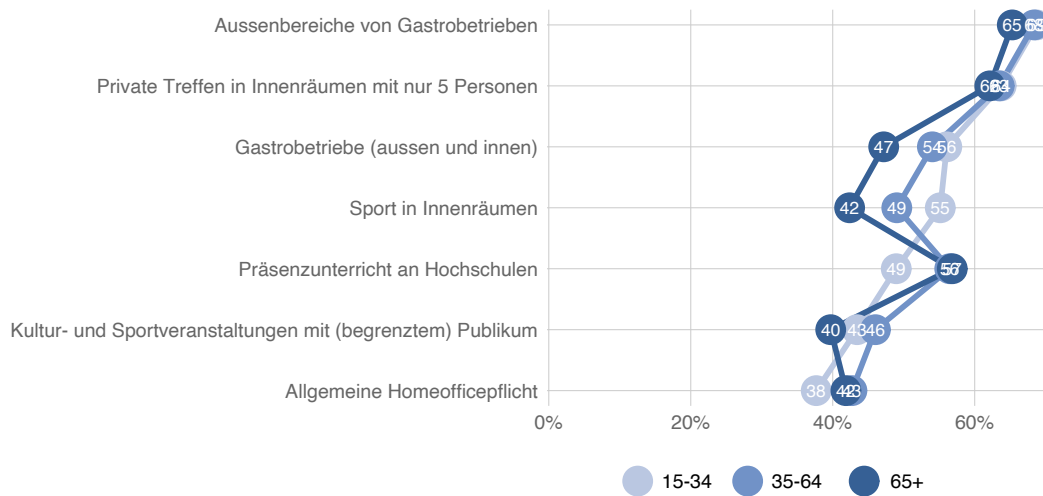
Abbildung 17: Gewünschter Zeitpunkt der Öffnung konkreter Bereiche



«Der Bundesrat hat angekündigt, die Massnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus kontinuierlich zu lockern.»
/ «Wann sollen . . . geöffnet/erlaubt werden?»

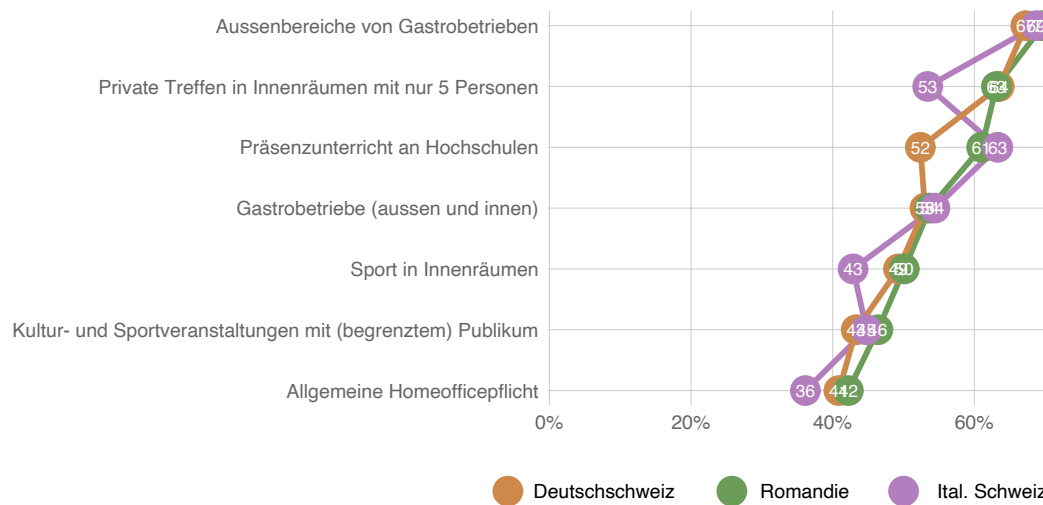
Passend zur Grundhaltung wünschen sich jüngere Befragte in den meisten Bereichen eine raschere Öffnung als ältere. Der grösste Altersunterschied besteht beim Sport in Innenräumen. Es gibt allerdings auch zwei Bereiche, bei denen die Zurückhaltung der Jüngeren grösser ist: beim Präsenzunterricht an Hochschulen sowie bei der Homeoffice-Pflicht. Obwohl die Bevölkerung der frankophonen Schweiz im Grundsatz etwas stärker auf eine Öffnung drängt, unterscheiden sich die Öffnungswünsche nur wenig zwischen den Sprachregionen.

Abbildung 18: Öffnung bis Ende März 2021 – nach Alter



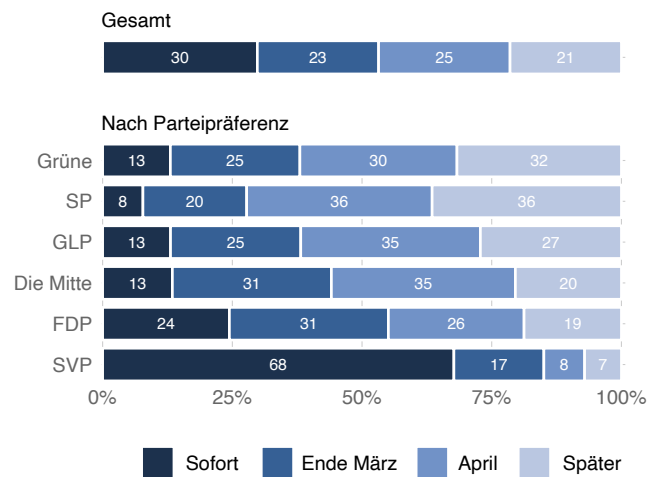
«Der Bundesrat hat angekündigt, die Massnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus kontinuierlich zu lockern.» / «Wann sollen . . . geöffnet/erlaubt werden?»

Abbildung 19: Öffnung bis Ende März 2021 – Nach Sprachregion



«Der Bundesrat hat angekündigt, die Massnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus kontinuierlich zu lockern.» / «Wann sollen . . . geöffnet/erlaubt werden?»

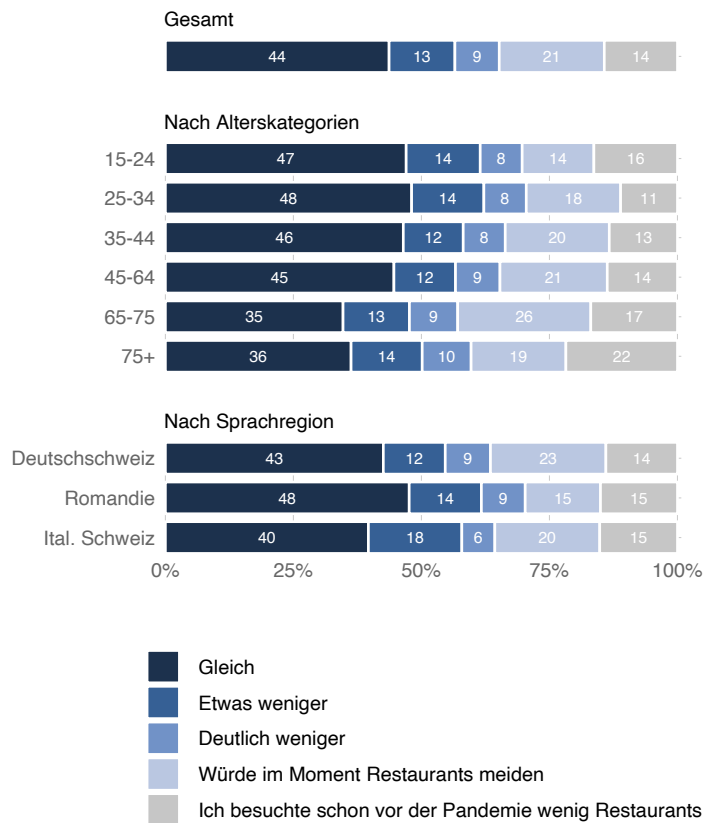
Die Branche, die in den vergangenen Wochen im Zentrum der meisten Kontroversen stand, ist die Gastronomie. Passend zu den Positionsnahmen der Parteien ist die Haltung der entsprechenden Wählersegmente. Eine sofortige Öffnung der Restaurants wünschen sich zwei Drittel der SVP-Basis, jedoch nur ein Achtel der Personen im Mitte-links-Spektrum.

Abbildung 20: Wie schnell soll geöffnet werden? – Gastrobetriebe (innen und aussen)

«Wann sollen Gastrobetriebe (Innen- und Aussenbereiche) wieder generell öffnen dürfen?»

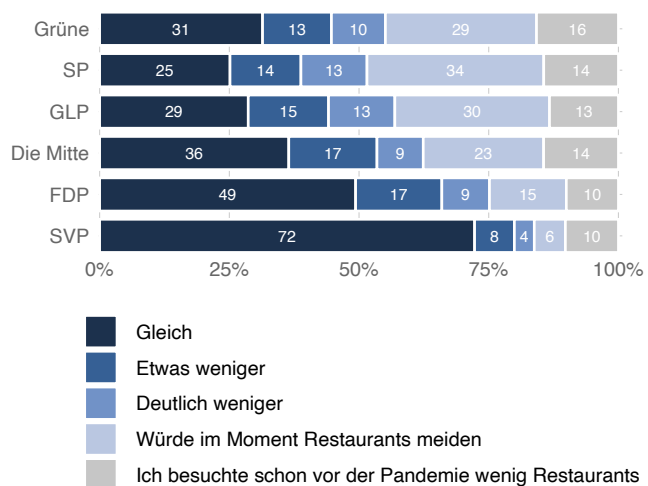
Das eine ist die Forderung nach einer Öffnung der Restaurants, das andere ist es, dieser Forderung mit eigenem Verhalten selber nachzukommen. Die Befragung zeigt, dass nur rund die Hälfte derer, die in normalen Zeiten Restaurants besuchen, bei einer allfälligen Öffnung ihr normales Vor-Pandemie-Verhalten wieder aufnehmen würden. Je ein Viertel davon gibt an weiterhin nur reduziert oder gar nicht mehr in Restaurants zu gehen. Dies macht deutlich, dass auch bei einer Öffnung noch längst keine Normalität in der Gastrobranche entstehen würde. Interessant ist allerdings, dass bei einer allfälligen zeitnahen Öffnung vor allem Personen aus dem Mitte-links-Spektrum auf einen Besuch verzichten würden. Die Gästelandschaft würde sich zumindest kurzfristig nach rechts verschieben.

Abbildung 21: Würde man Restaurants bei Öffnung besuchen?



«Falls die Innenbereiche von Restaurants jetzt öffnen würden: wie oft würden Sie solche im Vergleich zu vor der Pandemie besuchen?»

Abbildung 22: Würde man Restaurants bei Öffnung besuchen?

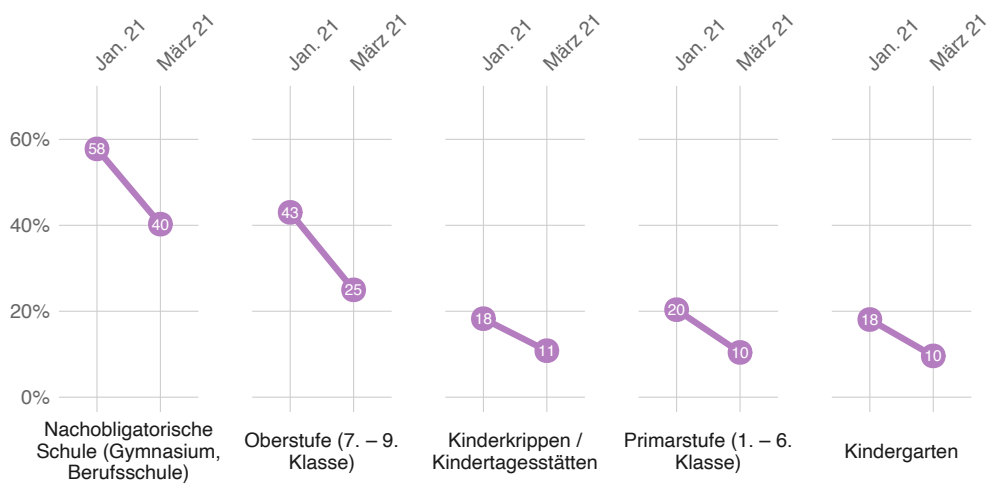


«Falls die Innenbereiche von Restaurants jetzt öffnen würden: wie oft würden Sie solche im Vergleich zu vor der Pandemie besuchen?»

3.3 Schulen, Läden, Skigebiete und Masken

Trotz steigender Fallzahlen stehen heute vor allem mögliche Öffnungsschritte im Fokus. Kaum jemand fordert im aktuellen Meinungsklima die Einführung zusätzlicher Beschränkungen. Die labile Lage in Bezug auf die Fallzahlentwicklung kann dies allerdings rasch ändern. Eine mögliche zusätzliche Massnahme ist die schweizweite Schliessung von Schulen. Gemessen an der aktuellen Stimmungslage erstaunt es nicht, dass die Zustimmung für Schulschliessungen im Vergleich zur Erhebung im Januar nochmals deutlich zurückgegangen ist. Gab es im Januar noch eine Mehrheit für die Schliessung nachobligatorischer Schulen, wird dies heute nur noch von 40 Prozent unterstützt.

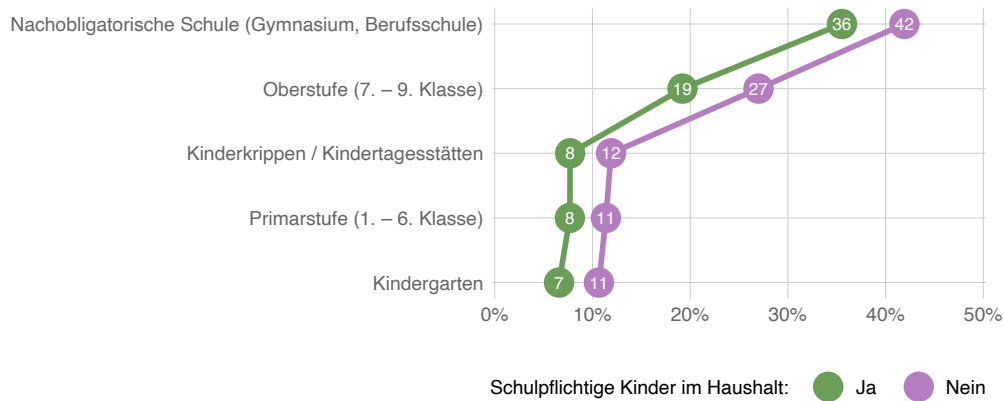
Abbildung 23: Welche Schulstufen sollten geschlossen werden?



«Was halten Sie von Schulschliessungen zur Pandemiebekämpfung? Welche Schulstufen sollen geschlossen werden (mit Umstellung auf Fernunterricht wo möglich) und welche nicht?»

Zumindest teilweise hängt die Haltung zu Schulschliessungen von der eigenen Betroffenheit ab. Unter den Befragten mit minderjährigen Kindern zuhause befürworten nur 19 Prozent die Schliessung der Oberstufe und nur 36 Prozent sprechen sich für die Schliessung von Berufsschulen und Gymnasien aus.

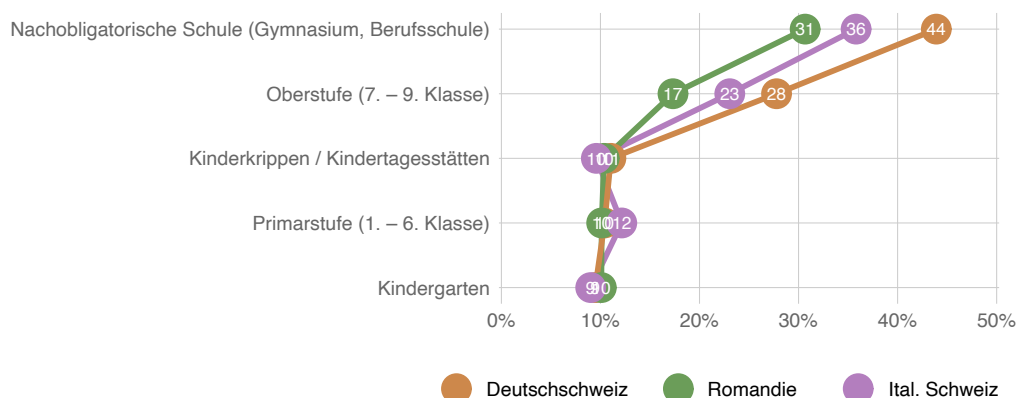
Abbildung 24: Befürwortung von Schulschliessungen nach Familiensituation



«Was halten Sie von Schulschliessungen zur Pandemiebekämpfung? Welche Schulstufen sollen geschlossen werden (mit Umstellung auf Fernunterricht wo möglich) und welche nicht?»

Relativ deutlich sind die Unterschiede zwischen den Sprachregionen. Während in der Deutschschweiz 44 Prozent für die Beendung des Präsenzunterrichts an der nachobligatorischen Schule sind, sprechen sich in der Romandie nur 31 Prozent dafür aus. Damit sind die Verhältnisse aus der ersten Welle quasi auf den Kopf gestellt. Im April 2020, als die Schulen geschlossen waren, sprachen sich 48 Prozent der Befragten aus der Deutschschweiz für die Öffnung der Schulen aus und nur 16 Prozent jener aus der Romandie. Der Umgang mit den Schulen bildete während der ersten Welle einen wichtigen Teil des Corona-Grabens. In der Romandie war das Unverständnis für die lockere Haltung in der Deutschschweiz gross. Mittlerweile hat sich nicht nur der Schwerpunkt der Epidemie räumlich verbreitert, verlagert hat sich auch die Haltung in der Schulfrage.

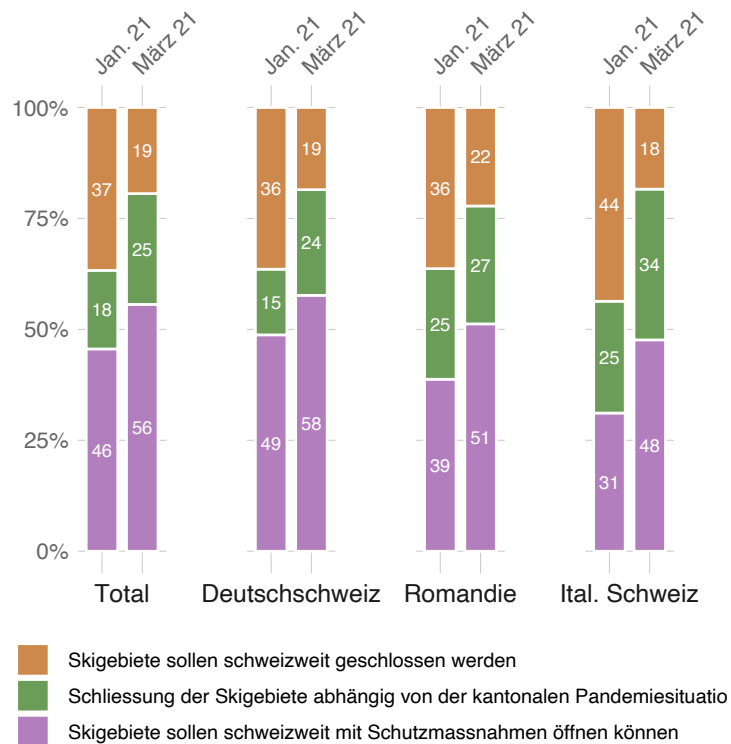
Abbildung 25: Befürwortung von Schulschliessungen nach Sprachregion



«Was halten Sie von Schulschliessungen zur Pandemiebekämpfung? Welche Schulstufen sollen geschlossen werden (mit Umstellung auf Fernunterricht wo möglich) und welche nicht?»

Ein emotional besonders aufgeladenes Thema in der Schweiz ist der Umgang mit den Skigebieten. Auch hier zeigt sich ein Einstellungswandel. Während im Januar 2021 nur 46 Prozent der Befragten eine generelle Öffnung der Skigebiete befürworteten, sind dies jetzt immerhin 56 Prozent.

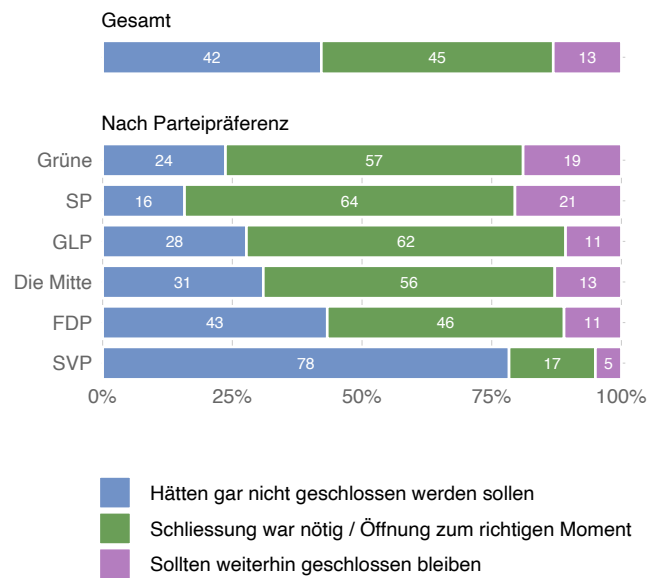
Abbildung 26: Haltung zum Umgang mit den Skigebieten nach Alter und Sprachregion



«Was ist Ihre Meinung zum Betrieb der Schweizer Skigebiete?»

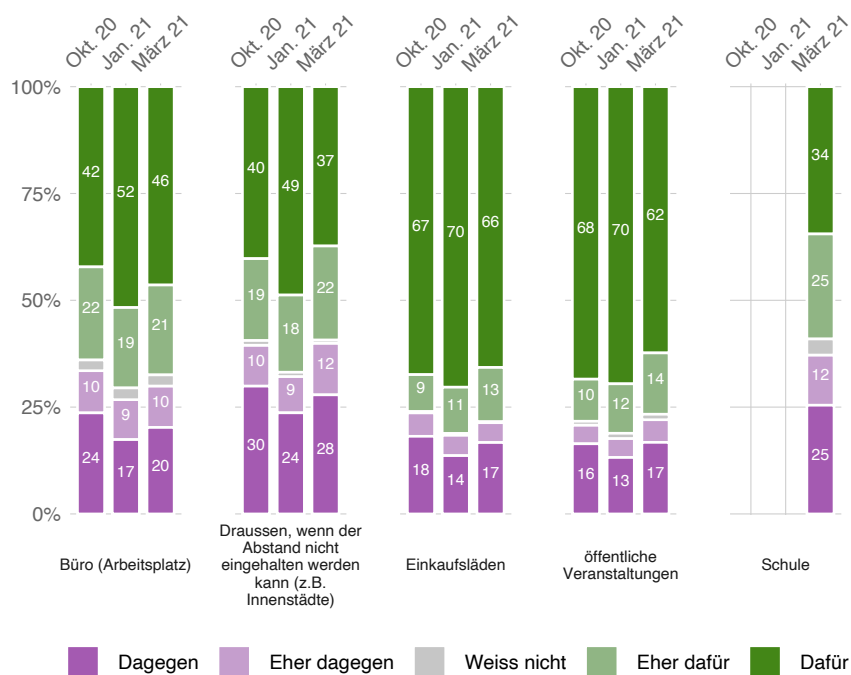
Seit dem 1. März sind alle Einkaufsläden in der Schweiz wieder offen. Eine erneute Schliessung steht momentan nicht zur Debatte. Trotzdem ist es interessant zu sehen, dass aus heutiger Sicht 58 Prozent der Befragten der Ansicht sind, der Bundesrat habe richtig gehandelt mit der zeitweiligen Schliessung eines grossen Teils der Einkaufsgelegenheiten. In der Januar-Befragung hatte sich noch eine Mehrheit von rund 60 Prozent gegen Ladenschliessungen ausgesprochen, die damals noch nicht beschlossen waren. Dies zeigt: der Bundesrat wird bei seinen Weichenstellungen nicht nur von der öffentlichen Meinung getrieben, er prägt dieselbe mit seinen Entscheiden auch selber.

Abbildung 27: Ladenschliessungen



«Wie stehen Sie zur schweizweiten Schliessung der Läden von 18. Januar bis 1. März?»

Abbildung 28: Haltung zur Maskenpflicht nach Kontext



«Wie stehen Sie zu einer schweizweiten Maskenpflicht in folgenden Bereichen?» - Zeitvergleich

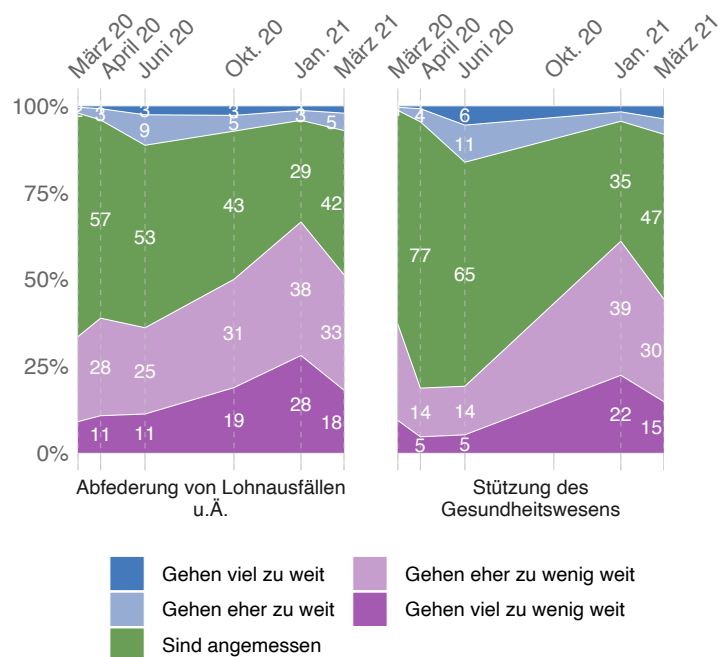
Nachdem die Skepsis gegen Hygienemasken in der Schweiz zunächst gross war, zeigt sich seit längerem eine breite Zustimmung zu einer breit gefassten Mas-

kenpflicht. 67 Prozent sprechen sich eher oder klar für eine Tragpflicht im Büro bzw. am Arbeitsplatz aus. Ebenfalls eine deutliche Mehrheit findet es richtig, dass die Maskenpflicht zumindest punktuell auch im Freien gilt. 59 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer wollen, dass überall dort, wo der Mindestabstand von 1,5 Metern im Aussenraum nicht eingehalten werden kann, eine Pflicht zum Tragen einer Hygienemaske gelten soll.

3.4 Geforderter Staat

Neben dem Staat, der Lockdown-Massnahmen ergreift und die Bewegungsfreiheit einschränkt, gibt es in der aktuellen Krise auch einen Staat, der Auffangnetz ist für Krisenbetroffene und ein gefordertes Gesundheitswesen unterhält. Bei der letzten Befragung vom Januar 2021 zeigte sich in diesem Bereich aus Sicht der Bevölkerung ein besonders grosser Mangel. Zwei Drittel waren der Ansicht, die Behörden würden bei der Abfederung von Lohnausfällen, Härtefällen und Ähnlichem zu wenig leisten. 61 Prozent sahen einen Mangel bei der Stützung des Gesundheitssystems.

Abbildung 29: Akzeptanz politischer Massnahmen – Unterstützungsleistungen

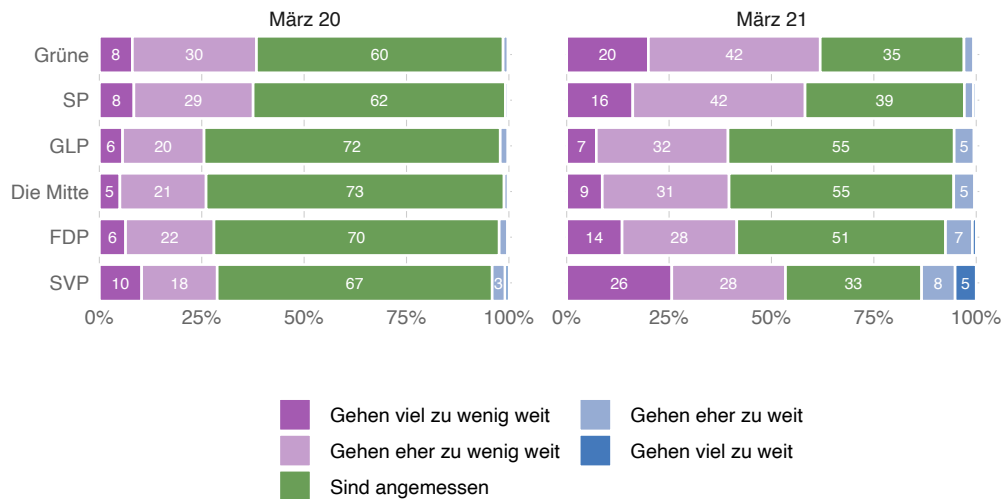


Überblick über alle in allen Wellen abgefragten Massnahmen – Vergleich der Befragungswellen

Zwischenzeitlich hat sich die Lage in den Spitälern aufgrund des Rückgangs der Fallzahlen stabilisiert und der Bund hat die Wirtschaftshilfen aufgestockt. Dies wird von der Bevölkerung offensichtlich wahrgenommen. Der Anteil, der Defizite

beim fürsorgenden Staat sieht, ist auf 50 Prozent (Wirtschaft/Soziales) bzw. auf 45 Prozent (Gesundheit) gesunken.

Abbildung 30: Abfederung von Lohnausfällen u.Ä. – Nach Parteipräferenz



«Massnahmen zur Abfederung von Lohnausfällen (Erwerbsersatz für Selbstständige usw.)»

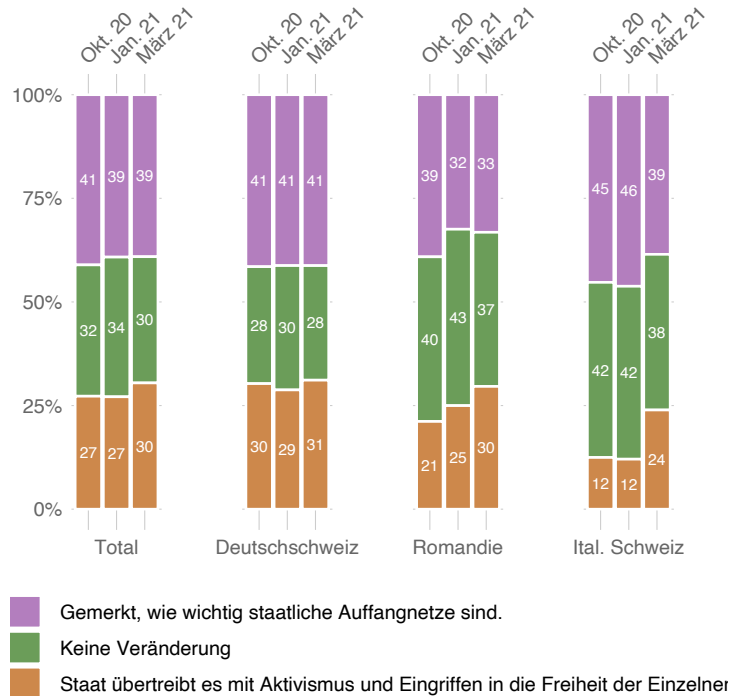
Das Thema der sozialen Abfederung ist normalerweise politisch eher links geprägt. Und tatsächlich sind rund 60 Prozent der Basis von SP und Grünen der Ansicht, dass hier ein Missstand besteht. Interessant ist allerdings, dass sich die Wahrnehmung ganz rechts nicht grundlegend davon unterscheidet. So finden auch 54 Prozent der SVP-Anhängerinnen und -Anhänger, dass in diesem Bereich zu wenig geschehe. Bei der wirtschaftsliberalen FDP wünschen sich momentan 42 Prozent mehr Staat, wenn es um die soziale Abfederung der Krise geht.

3.5 Spannungsfelder und Strategien

Im Kontext der Corona-Pandemie spielt der Staat eine besonders dominante Rolle. Er greift weit mehr als in normalen Zeiten in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit ein. Zugleich sind weit mehr Menschen als sonst auf staatliche Unterstützung und Hilfe angewiesen. Wie wird die Rolle des Staats im Kontext der Pandemie in diesem Spannungsfeld wahrgenommen? Abbildung 31 zeigt die Einschätzung der Bevölkerung seit Oktober 2020. Insbesondere in der Deutschschweiz sind die Verhältnisse sehr stabil. Rund 40 Prozent geben an, die Krise habe aufgezeigt, wie wichtig staatliche Auffangnetze seien. Rund 30 Prozent sind dagegen der Ansicht, dass der Staat mit seinem gegenwärtigen Aktivismus übertreibe. Auffällig ist, dass die staatskritische Sicht in der lateinischen Schweiz markant an Bedeutung gewonnen hat. Eine relative Mehrheit findet die staatskriti-

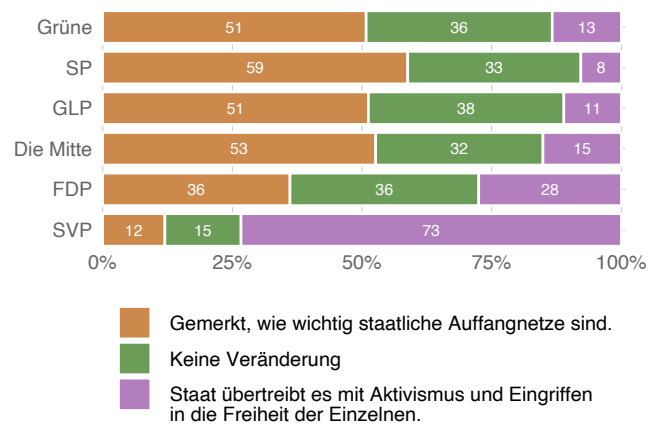
sche Wahrnehmung der Krise bei den 25- bis 44-Jährigen. Dieses Altersspektrum gewichtet die staatlichen Freiheitseinschränkungen stärker als die Auffangnetze.

Abbildung 31: Verhältnis zum Staat in der Pandemie



«Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Ihr Verhältnis zum Staat ausgewirkt?»

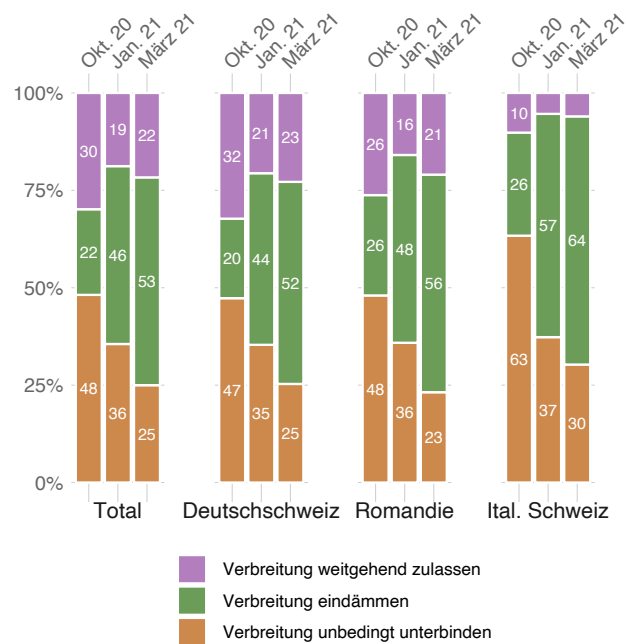
Abbildung 32: Verhältnis zum Staat in der Pandemie – Parteinähe



«Wie hat sich die Corona-Pandemie auf Ihr Verhältnis zum Staat ausgewirkt?»

Auffällig ist, dass bezüglich dieser Einschätzung ein grosser Graben zwischen der SVP-Anhängerschaft und allen anderen besteht (Abb. 32). Drei Viertel aller Anhängerinnen und Anhänger der SVP geben an, dass die Pandemie bei ihnen zu einem negativeren Bild des Staats geführt habe. Bei der ebenfalls rechts der Mitte positionierten FDP sind dies dagegen nur 28 Prozent.

Abbildung 33: Ziel der Schweizer Corona-Strategie



«Was sollte Ihrer Meinung nach, das Ziel der Schweizer Strategie im Umgang mit dem Coronavirus sein?»

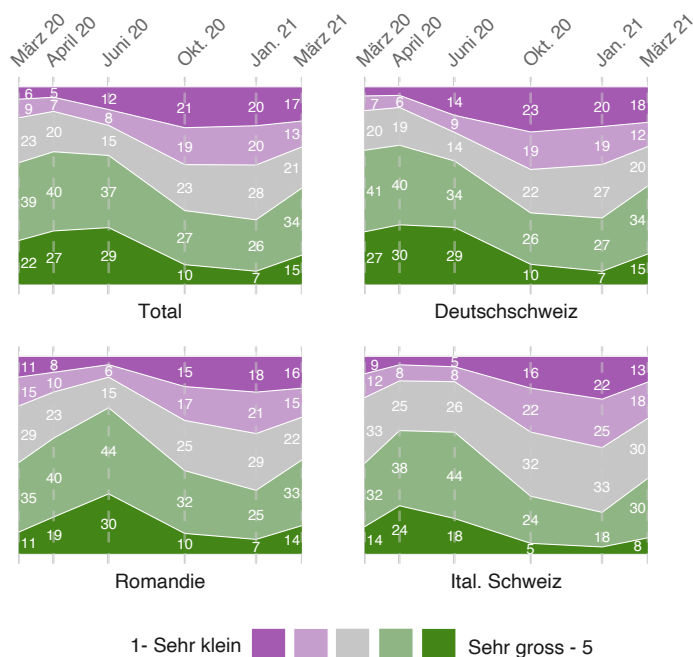
Ein zweites, grundlegendes Spannungsfeld in dieser Pandemie besteht in Bezug auf die strategische Ausrichtung im Umgang mit dem Virus. Es können dabei drei Ansätze unterschieden werden. Die Unterdrückungsstrategie zielt auf eine umfassende Einhegung des Virus. Die Eindämmungsstrategie versucht die Ausbreitung des Virus zu bremsen, ohne diesem Ziel alles andere unterzuordnen. In der Tolerierungsstrategie wird eine Verbreitung des Virus hingenommen, zumindest bis die Kapazitätsgrenzen der Spitäler erreicht sind. Auffällig ist dabei, dass seit letztem Herbst der Rückhalt für die Unterdrückungsstrategie, zu welcher der No-Covid-Ansatz gehört, stark zurückgegangen ist, von rund der Hälfte zu einem Viertel. Auffällig ist allerdings dennoch, dass die Tolerierungsstrategie deswegen nicht populärer geworden ist. Nur etwas mehr als ein Fünftel möchte, dass sich die Corona-Massnahmen einzig an den Spitalkapazitäten orientieren. Eine absolute Mehrheit der Befragten zieht eine Eindämmungsstrategie vor. Sie misst den Erfolg politischer Massnahmen nicht nur am Ausmass der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, sondern auch daran, ob es ihr gelingt, die Fallzahlen im Griff zu behalten.

4 Behörden und Öffentlichkeit

4.1 Bundesrat gewinnt Vertrauen zurück

Der Ausbruch der Corona-Pandemie in der Schweiz vor einem Jahr bescherte dem Bundesrat hohe Vertrauenswerte. Bis zu zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung hatten während der ersten Welle grosses bis sehr grosses Vertrauen in die Krisenbewältigung durch die Exekutive. Im Rahmen der ausserordentlichen Lage auf Grundlage des Pandemiegesetzes vereinte der Bundesrat ab Mitte März 2020 grosse Handlungsmacht auf sich. Im Spätherbst kam es dann zu einem deutlichen Stimmungsumschwung. Im Oktober überwogen erstmals die negativen gegenüber den positiven Stimmen. Damals stiegen die Fallzahlen dramatisch an und zugleich überliess der Bundesrat die Pandemiebewältigung weitgehend den Kantonen. Nach einer Stabilisierung des Vertrauens auf niedrigem Niveau im Januar 2021, gewinnt der Bundesrat nun in der aktuellen Befragung erstmalig deutlich an Vertrauen zurück. Der Anteil mit grossem Vertrauen stieg von 32 auf 49 Prozent. Der Anteil mit geringem Vertrauen fiel demgegenüber von 40 auf 30 Prozent.

Abbildung 34: Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise



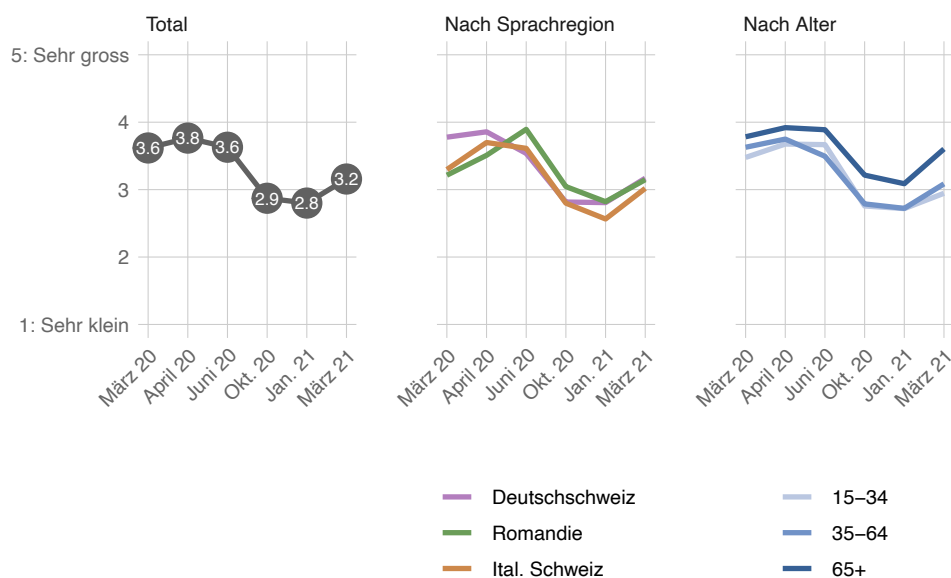
«Wie gross ist Ihr Vertrauen in die politische Führung der Schweiz (den Bundesrat) in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?» – Vergleich der Befragungswellen nach Sprachregionen

Die Tatsache, dass der Bundesrat das Heft wieder in die Hand genommen hat und die Tatsache, dass die ergriffenen Massnahmen zu einer massiven Reduktion der

Fallzahlen und einer Entlastung der Spitäler geführt haben, wirken sich offenbar positiv auf die Reputation der Landesregierung aus. Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt, ist die Bevölkerung zugleich jedoch zunehmend ungeduldig und wünscht sich ein rasches Ende der Lockdown-Massnahmen. Strenge Massnahmen sind zunehmend unpopulär und doch genießt ein entschieden handelnder Bundesrat offenbar mehr Ansehen als einer, der unpopulären Entscheiden ausweicht und Verantwortung nach unten an die Kantone delegiert. Es ist das Paradox politischer Führung, dass sie Respekt verliert, wenn sie versucht, bloss das Populäre zu tun, statt Verantwortung zu übernehmen unabhängig davon, wie populär es im Moment ist.

Abbildung 35 zeigt das durchschnittliche Vertrauen in den Bundesrat im Zeitverlauf. Je höher der Wert, desto grösser das Vertrauen (Wertebereich: 1 bis 5). Auffällig ist der unterschiedliche Verlauf in der Deutschschweiz und der Romandie. In der Deutschschweiz war das Vertrauen zunächst am grössten, ist aber am stärksten zurückgegangen. In der Romandie war die Skepsis zunächst grösser als in den anderen Sprachregionen, im Verlauf der Pandemie haben sich die Verhältnisse jedoch gedreht. Eine Zunahme des Vertrauens ist in allen Sprachregionen zu verzeichnen. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass das Vertrauen der älteren Befragten insgesamt durchwegs grösser ist, als bei den anderen Altersgruppen und aktuell besonders stark zugenommen hat.

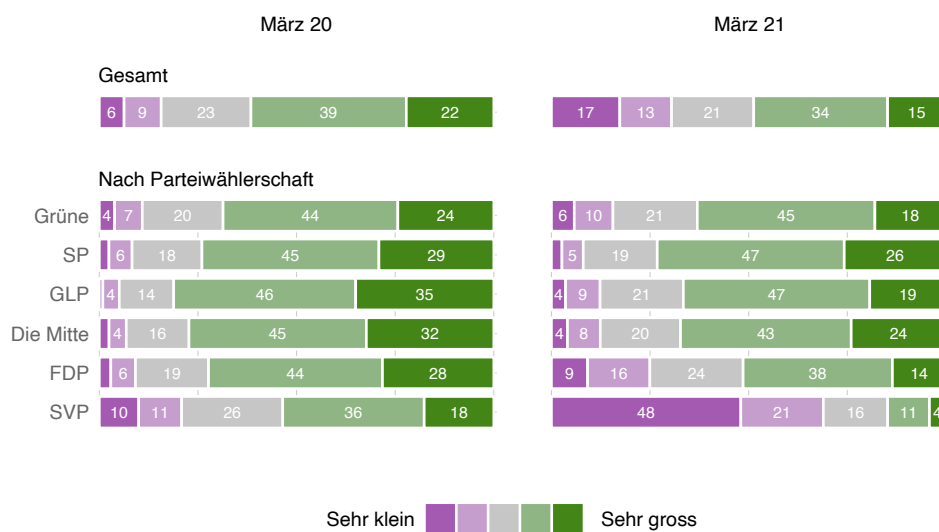
Abbildung 35: Vertrauen in den Bundesrat



«Wie gross ist Ihr Vertrauen in die politische Führung der Schweiz (den Bundesrat) in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?» 1 «Sehr klein» bis 5 «Sehr gross» – Vergleich der Befragungswellen

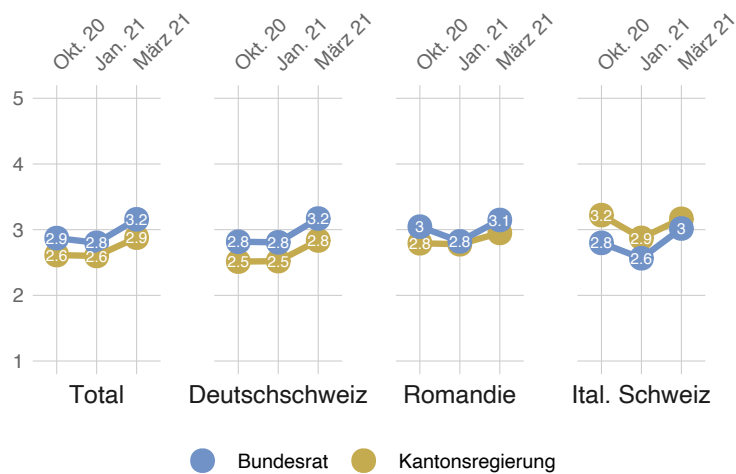
Geht es um die Einschätzung der Krisenarbeit des Bundesrats nach Parteiorientierung der Befragten zeigen sich seit der ersten Befragung vom März 2020 interessante Verschiebungen. Damals war das Vertrauen in der Mitte des politischen Spektrums am grössten und an den Polen am tiefsten. Mittlerweile fällt vor allem die tiefe Kluft zwischen der SVP und allen anderen ins Auge. 69 Prozent der Befragten SVP-Anhängerinnen und -Anhänger vertrauen der politischen Führung der Schweiz in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise nicht oder eher nicht. Die direkten Angriffe der SVP-Führung auf die Exekutive spiegeln sich zunehmen in einem breiten Misstrauen der Basis gegenüber dem Bundesrat.

Abbildung 36: Vertrauen in den Bundesrat im Zeitvergleich – nach Parteienähe



«Wie gross ist Ihr Vertrauen in die politische Führung der Schweiz (den Bundesrat) in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?» – Vergleich der Befragungswellen

Nach dem Ende der ausserordentlichen Lage lag die Verantwortung zur Pandemiebekämpfung im vergangenen Sommer und Herbst hauptsächlich bei den Kantonen. In der Befragung vom Oktober haben wir erstmals das Vertrauen in die jeweilige Kantonsregierung im eigenen Kanton abgefragt. Dabei zeigt es sich, dass das Vertrauen in die kantonalen Regierungen leicht tiefer war als jenes in die nationale. Einzig im italienischen Sprachraum sind die Verhältnisse umgekehrt. Auffällig ist allerdings auch, dass die Entwicklung des Vertrauens auf beiden föderalen Stufen parallel verläuft. Die verstärkte Führung durch den Bundesrat hat offensichtlich auch mehr Vertrauen gegenüber den Kantonsregierungen geschaffen. Demgegenüber hat der Bundesrat mit der letztjährigen Laissez-Fair-Haltung gegenüber den Kantonen diese überfordert und damit (unbeabsichtigt) den Anschein einer Krise des Föderalismus erweckt, die eigentlich eher eine Führungskrise der nationalen Exekutive war.

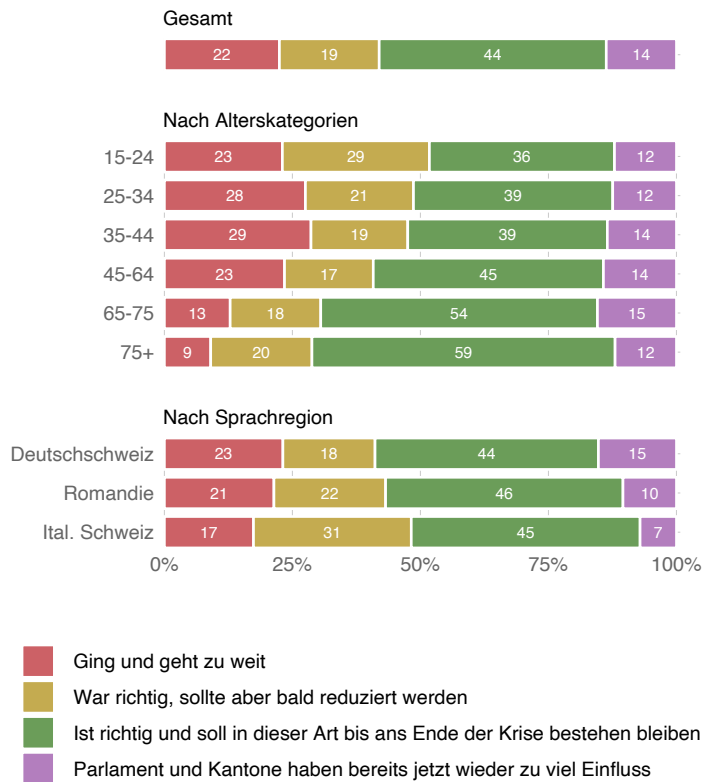
Abbildung 37: Vertrauen in die Bundesrat und Kantonsregierung

«Wie gross ist Ihr Vertrauen in Ihre Kantonsregierung in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?» und «Wie gross ist Ihr Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?» - Zeitverlauf Befragungswellen

4.2 Unterstützung für bundesrätliche Führungsrolle

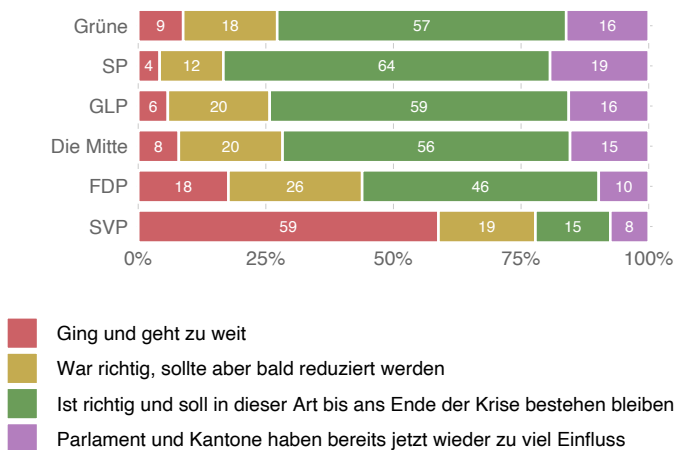
Neben den Lockdown-Massnahmen zielt die Kritik der SVP in den vergangenen Wochen vor allem auf den Bundesrat, der im Krisenkontext zu autoritär entscheiden würde. Während die Kritik an den Massnahmen eine durchaus verbreitete Stimmung in der Bevölkerung aufnimmt, zielt der Vorwurf der Machtanmassung an der Wahrnehmung durch die breite Bevölkerung vorbei. Nur gerade 22 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind der Ansicht die Machtballung beim Bundesrat «ging und geht zu weit». Nur diese Minderheit äussern eine Kritik, die allenfalls mit dem Diktaturvorwurf der SVP abgeholt werden könnte. Weitere 19 Prozent sind der Ansicht, dass die Machtballung zwar nötig war, jedoch bald reduziert werden sollte. Insgesamt 58 Prozent möchten keine weiteren Machtabtretungen bis zum Ende der Pandemie.

Abbildung 38: Machtkonzentration beim Bundesrat



«Seit Ende Oktober 2020 wurde die Mitsprache von Kantonen, Parlament und Stimmvolk gegenüber dem Bundesrat wieder vermehrt beschnitten. Wie schätzen Sie die Machtkonzentration beim Bundesrat ein?»

Abbildung 39: Machtkonzentration beim Bundesrat

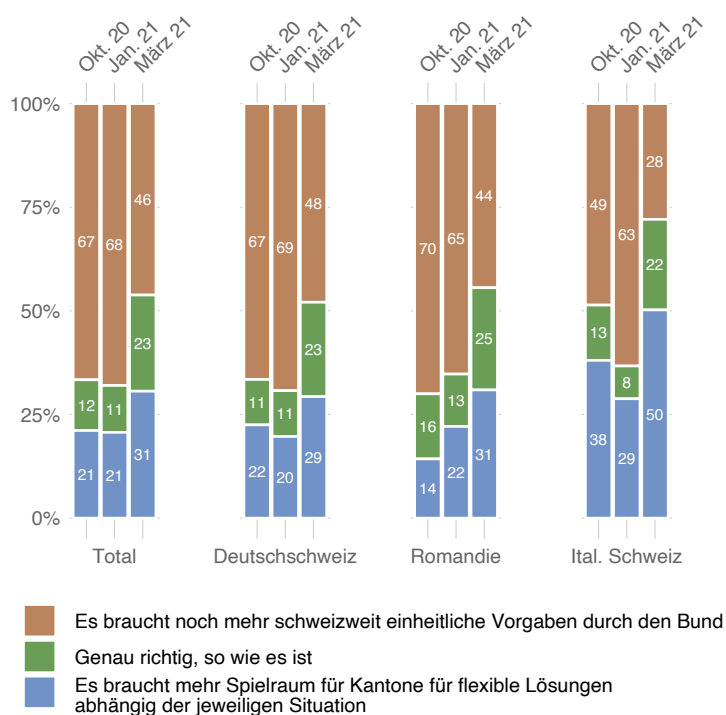


«Seit Ende Oktober 2020 wurde die Mitsprache von Kantonen, Parlament und Stimmvolk gegenüber dem Bundesrat wieder vermehrt beschnitten. Wie schätzen Sie die Machtkonzentration beim Bundesrat ein?»

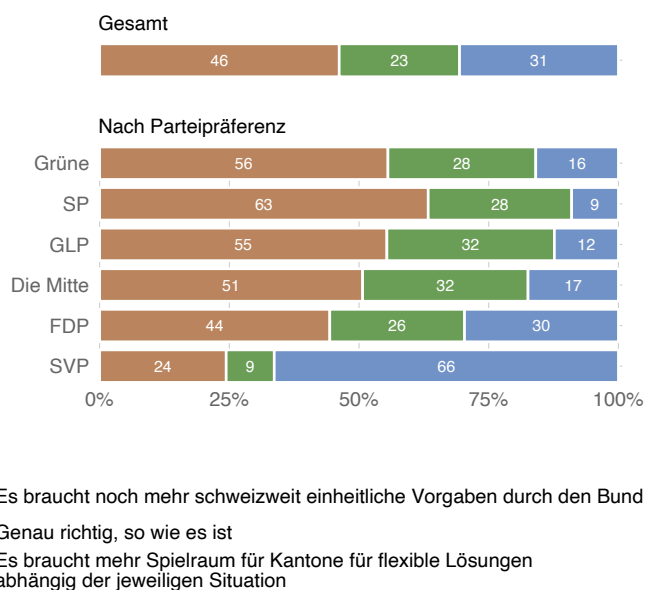
Während die Anhänger der Links- und Mitteparteien generell grössere Entscheidungskompetenzen des Bundesrates im Umgang mit der Pandemie befürworten, finden 59 Prozent der SVP-Basis, dass dies grundsätzlich zu weit geht. Das sind zwar massiv mehr als bei allen anderen Anhängerschaften, doch auch hier vertreten 41 Prozent keine absolute Kritik am bundesrätlichen Führungsanspruch in einer Pandemie-Situation.

Eine klare Mehrheit möchte keine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis vom Bund zu den Kantonen (69 %). Trotz gestärkter Führungsrolle des Bundesrats sind noch immer 46 Prozent der Befragten der Ansicht, dass es mehr einheitliche Vorgaben durch den Bund brauche. 31 Prozent verlangen mehr Spielraum für die Kantone. Der Rückhalt in der Bevölkerung für dezentrale Ansätze ist durch die seit Januar getroffenen Massnahmen zwar gestiegen, aber noch immer bemerkenswert tief. Ausnahmen bilden die italienischsprachige Schweiz sowie die SVP-Basis bei welchen sich eine Mehrheit mehr Spielraum für die Kantone wünscht.

Abbildung 40: Föderale Aufteilung der Entscheide über Massnahmen – Vergleich der Befragungswellen

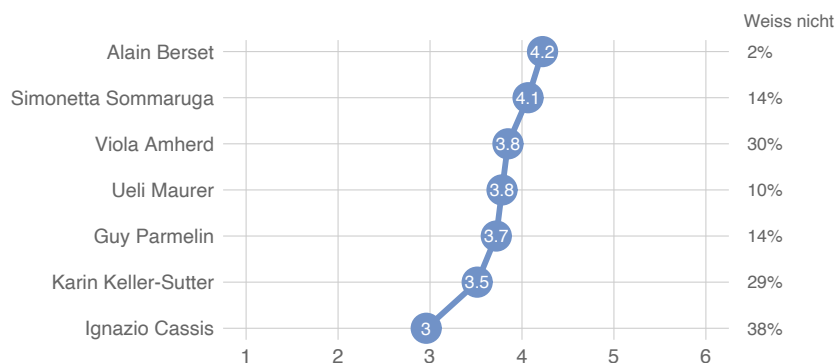


«Wie stehen Sie zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie?»

Abbildung 41: Föderale Aufteilung der Entscheide über Massnahmen

«Wie stehen Sie zur Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie?»

4.3 Einschätzung der Bundesratsmitglieder im Krisenkontext

Abbildung 42: Beurteilung der Arbeit des Bundesrats

«Wie beurteilen Sie die Arbeit der Bundesrät/innen während der Corona-Krise? (Von 6 = sehr gut bis 1 = sehr schlecht)»

Der Bundesrat trifft seine Entscheide über Corona-Massnahmen im Gremium. Ausschlaggebend ist somit primär das Vertrauen in die Arbeit des Bundesrats insgesamt. Interessant ist dennoch, wie die Arbeit der einzelnen Bundesräte und -rätinnen während der Corona-Krise von der Bevölkerung beurteilt wird. Analog zur Notenskala konnten die Befragten die Ratsmitglieder im Spektrum von 1 (sehr schlecht) bis 6 (sehr gut) bewerten. Die Notengebung fiel dabei allerdings

etwas strenger aus als in der Schule. Die beste Note erzielte der in diesem Jahr besonders exponierte, für das Ressort Gesundheit zuständige, Alain Berset mit einer 4,2. Fast alle Befragten trauten sich über ihn ein Urteil zu fällen (98 %). An zweiter Stelle folgt mit Simonetta Sommaruga die Bundespräsidentin von 2020. Bemerkenswert ist, dass die Vertreterin und der Vertreter der FDP klar am wenigsten positiv beurteilt werden. Auffällig ist dabei allerdings auch, dass 38 Prozent der Befragten angeben, dass sie sich kein Urteil über Ignazio Cassis zutrauen, weil er im Corona-Jahr offenbar nur wenig Spuren hinterlassen hat.

Abbildung 43: Beurteilung der Arbeit des Bundesrats – Nach Partei



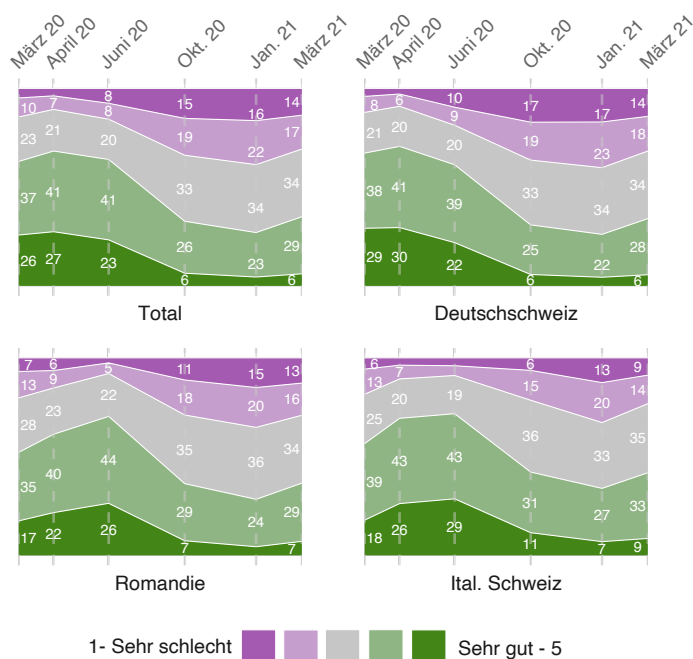
«Wie beurteilen Sie die Arbeit der Bundesrät/innen während der Corona-Krise? (Von 6 = sehr gut bis 1 = sehr schlecht)»

Mit Ausnahme der SVP zeigt sich bei den Anhängern aller Parteien ein ähnliches Muster, wobei die Arbeit von Alain Berset am besten bewertet wird, dicht gefolgt von Simonetta Sommaruga und Ignazio Cassis auf dem letzten Platz. Von der

SVP-Basis wird die Arbeit von SVP-Bundesrat Ueli Maurer im Durchschnitt am besten bewertet. Mit einem Wert von 2.7 schneidet der Gesundheitsminister Alain Berset hier deutlich schlechter ab als bei den Anhängern der anderen Parteien.

4.4 Kommunikation der Entscheidungsträger

Abbildung 44: Beurteilung der Kommunikation durch die Entscheidungsträger



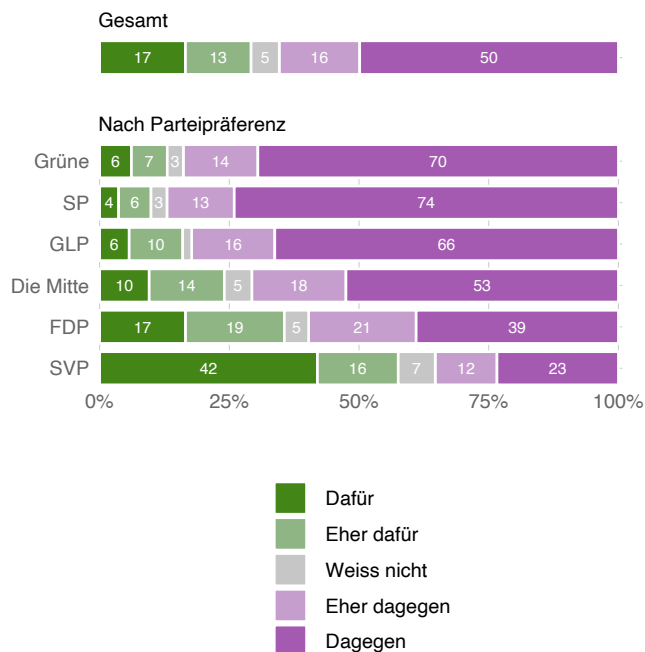
«Wie beurteilen Sie die Kommunikation durch Regierung und Verwaltung?»

Das Vertrauen in eine Institution und die Wahrnehmung ihrer Kommunikation hängen eng zusammen. Kommunikation kann einerseits Vertrauen schaffen, sie braucht aber auch Vertrauen, um wirksam zu sein. Entsprechend entwickelt sich die Beurteilung der Kommunikation von Regierung und Verwaltung parallel zum Vertrauen in den Bundesrat zur Bewältigung der Corona-Krise. Nach einer überwiegend positiven Beurteilung der Kommunikationsleistung während der ersten Welle, kam es auch hier im Oktober 2020 zu einer grossen Wende. Zwischen Oktober und Januar wurde die Beurteilung der Kommunikation durch die Behörden nochmals negativer, im März stieg sie jedoch wieder leicht an. 35 Prozent beurteilen die Kommunikationsleistungen als positiv (Abb. 44).

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates verlangte, dass sich Mitglieder der wissenschaftlichen Corona Taskforce nicht mehr ohne Erlaubnis öffentlich äussern dürfen. Damit sollte gemäss der Antragstellenden vermieden werden,

dass verwirrende und sich widersprechende Informationen vermittelt werden. In der Bevölkerung findet dieses Anliegen jedoch nur wenig Gegenliebe.

Abbildung 45: Maulkorb für die wissenschaftliche Taskforce

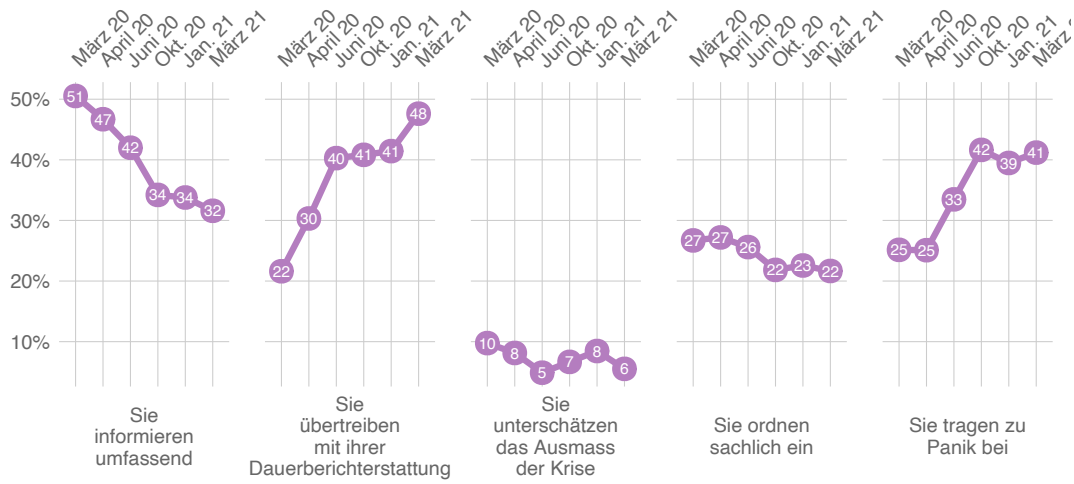


«Die Wirtschaftskommission des Nationalrates verlangte, dass sich Mitglieder der wissenschaftlichen Corona Taskforce nicht mehr ohne Erlaubnis öffentlich äussern dürfen. Wie stehen Sie dazu?»

4.5 Rolle der Medien

Nicht nur das Vertrauen in den Umgang des Bundesrats mit der Corona-Krise ist gesunken, auch die Wahrnehmung der Medien ist seit März 2020 kritischer geworden. Seit Anfang Jahr ist insbesondere der Anteil gestiegen, der findet, die Medien übertreiben mit der Dauerberichterstattung. Ebenfalls weitverbreitet ist die Ansicht, dass die Medien mit ihrer Berichterstattung zu Panik beitrage. Zwischen Januar 2021 und März 2021 ist hier allerdings der Anteil, der dieser Ansicht ist, bloss leicht gestiegen.

Abbildung 46: Beurteilung der Berichterstattung in den Schweizer Medien



«Wie beurteilen Sie die Berichterstattung der Schweizer Medien zum Coronavirus insgesamt?»
 (Mehrfachantworten möglich) – Vergleich der Befragungswellen

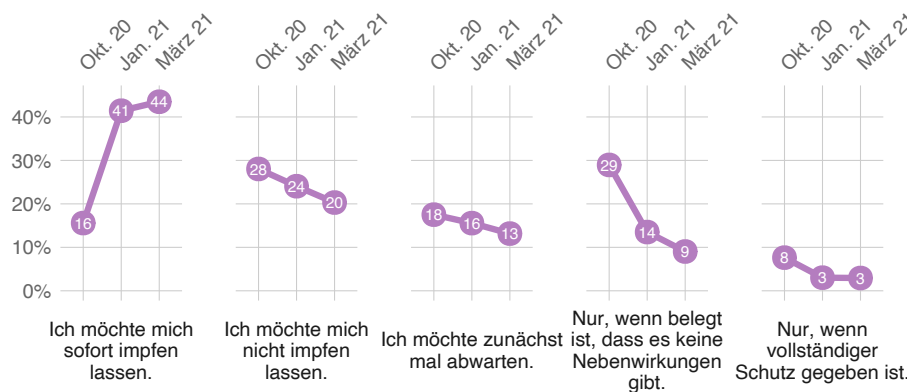
5 Gesundheit und Prävention

Auch wenn heute oft politische und wirtschaftliche Fragen die Debatte bestimmen, stellt SARS-CoV-2 im Kern eine Gefahr für die Gesundheit dar. Der gesundheitliche Aspekt der Krise wird seit dem Durchbruch an der Impffront nicht zuletzt durch die voranschreitende Impfkampagne geprägt. Der Umgang mit der Impfung und Einstellungen zur Vakzine bilden den Kern dieses Kapitels. Dazu gehört aber auch die Frage wie sich die Impfung auf die Furcht vor einer Erkrankung ausgewirkt hat.

5.1 Impfbereitschaft

Die letzte Erhebung des SRG-Coronamonitor fand im Januar statt. Dank der damals beginnenden Impfkampagne stieg die Impfbereitschaft zu diesem Zeitpunkt sehr stark an. Bei der aktuellen Befragung ist die Bereitschaft leicht auf 44 Prozent angestiegen. Der Anteil, der sich grundsätzlich nicht impfen lassen will, ist von 24 auf 20 Prozent gesunken. Deutlich zurückgegangen ist insbesondere der Anteil, der aus Furcht vor Nebenwirkungen zunächst abwarten will, nämlich von 14 auf 9 Prozent.

Abbildung 47: Impfbereitschaft im Zeitverlauf

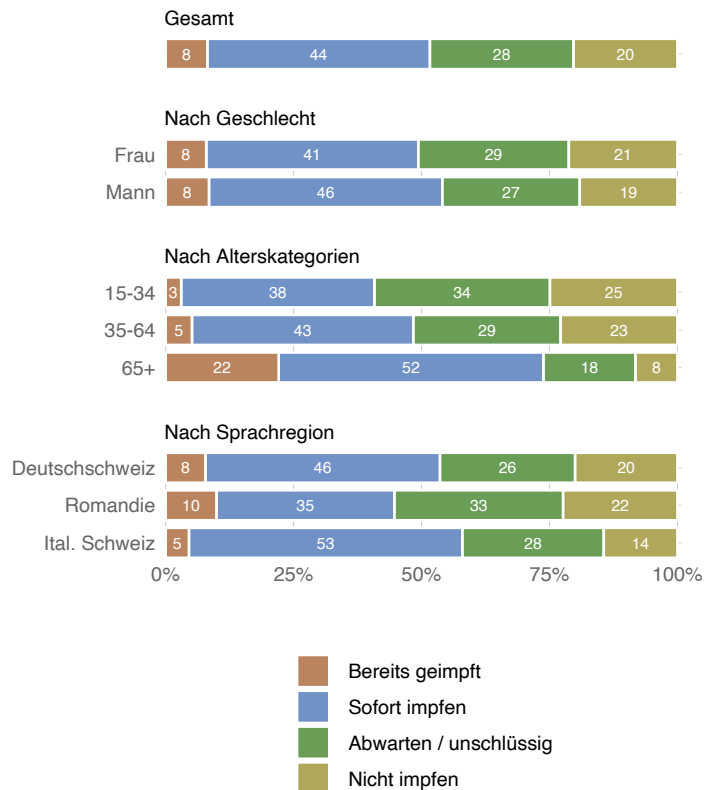


«Eine Impfung gegen Covid-19 ist in der Schweiz für einige Bevölkerungsgruppen bereits zugänglich. Möchten Sie sich impfen lassen, wenn eine Impfung für Sie verfügbar ist?»

Grundsätzlich ist die Impfbereitschaft bei den Männern etwas grösser als bei den Frauen. Von den Männern wollen sich 46 Prozent sofort impfen lassen, wenn das für sie möglich ist, von den Frauen wollen dies 41 Prozent. Grundsätzliche Impfskeptiker/-innen gibt es allerdings bei beiden Geschlechtern etwa gleich viele (21 vs. 19 %). Die ältere Bevölkerung hat ein grösseres Risiko, schwer an Covid-19 zu erkranken und hat als einzige schon Zugang zu Impfungen. Folglich weist diese Gruppe eine deutlich grössere Impfbereitschaft auf als die jüngeren

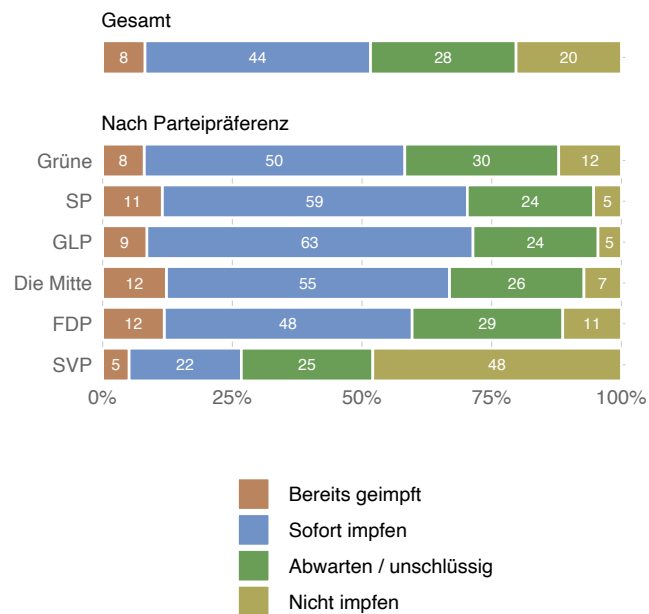
Befragten. Die Bevölkerung der italienischsprachigen Schweiz ist insgesamt am offensten gegenüber der Impfung.

Abbildung 48: Impfbereitschaft nach Sozialdemographie



«Eine Impfung gegen Covid-19 ist in der Schweiz für einige Bevölkerungsgruppen bereits zugänglich. Möchten Sie sich impfen lassen, wenn eine Impfung für Sie verfügbar ist?»

Die Impfskepsis ist stark mit der politischen Orientierung verbunden. Dabei sticht insbesondere die Anhängerschaft der SVP hervor. Von diesen will sich fast die Hälfte grundsätzlich nicht impfen lassen. Nur 22 Prozent wollen dies sofort tun. Es scheint, dass die in den nationalkonservativen Milieus eher verbreitete Wissenschaftsskepsis hier eine wichtige Rolle spielt. Auch bei der Basis der Grünen ist die Impfskepsis etwas grösser. Die 12 Prozent, die sich grundsätzlich nicht impfen wollen, stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den 48 Prozent bei der SVP. Der Anteil der Impfskeptiker*innen hat sowohl bei der Basis der SVP als auch bei den Grünen leicht abgenommen seit der letzten Befragung im Januar. Konstant am grössten ist die Impfbereitschaft bei SP und GLP.

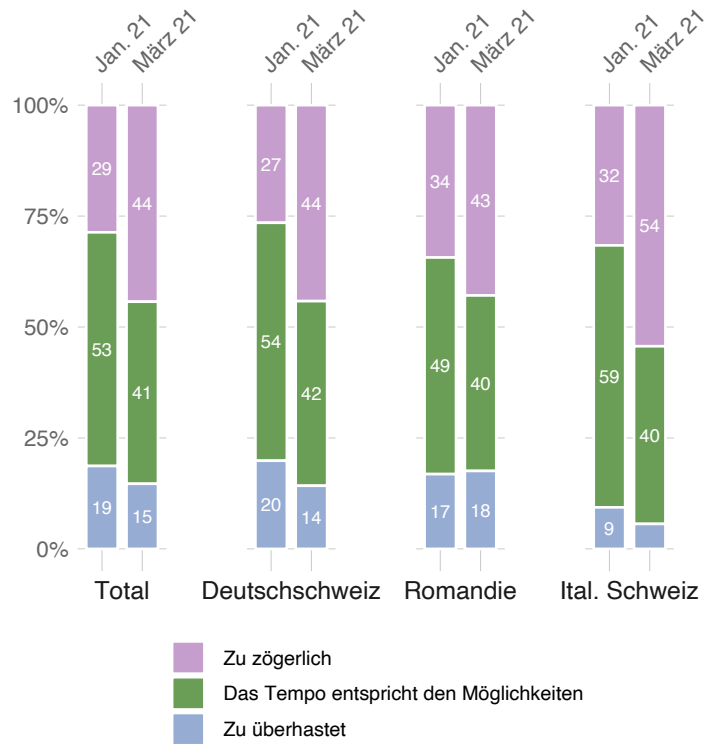
Abbildung 49: Impfbereitschaft nach Parteinähe

«Eine Impfung gegen Covid-19 ist in der Schweiz für einige Bevölkerungsgruppen bereits zugänglich. Möchten Sie sich impfen lassen, wenn eine Impfung für Sie verfügbar ist?»

5.2 Wachsende Unzufriedenheit mit der Impfkampagne

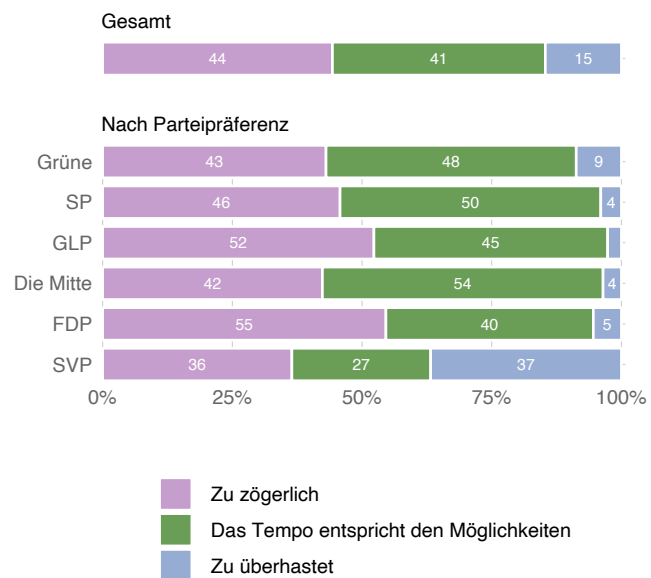
Seit Beginn der Impfkampagne wird in den Medien immer wieder die vermeintlich langsame Geschwindigkeit bemängelt. Von der Bevölkerung wurde diese Einschätzung im Januar noch grossmehrheitlich nicht geteilt. Inzwischen haben wir Mitte März und die Impfkampagne wurde immer wieder durch verschiedene erschwerende Faktoren, wie beispielsweise Lieferschwierigkeiten, verlangsamt. Dadurch ist der Anteil derer, die der Meinung sind, die Aktion verlaufe zu zögerlich, markant auf 44 Prozent angestiegen. 15 Prozent finden, es gehe zu schnell während die restlichen 41 Prozent das Tempo der schweizerischen Kampagne den Umständen angemessen erachten. Diese Einschätzung unterscheidet sich, mit einer Ausnahme, nur wenig im politischen Spektrum. Einzig bei der SVP-Anhängerschaft findet ein substantieller Teil, das Impfen erfolge in der Schweiz zu rasch.

Abbildung 50: Geschwindigkeit der Impfkaktion in der Schweiz



«In den meisten Kantonen starten die Covid-Impfkampagnen in der ersten Januarwoche. Wie stehen Sie zum Ablauf der Covid-Impfungen in der Schweiz?»

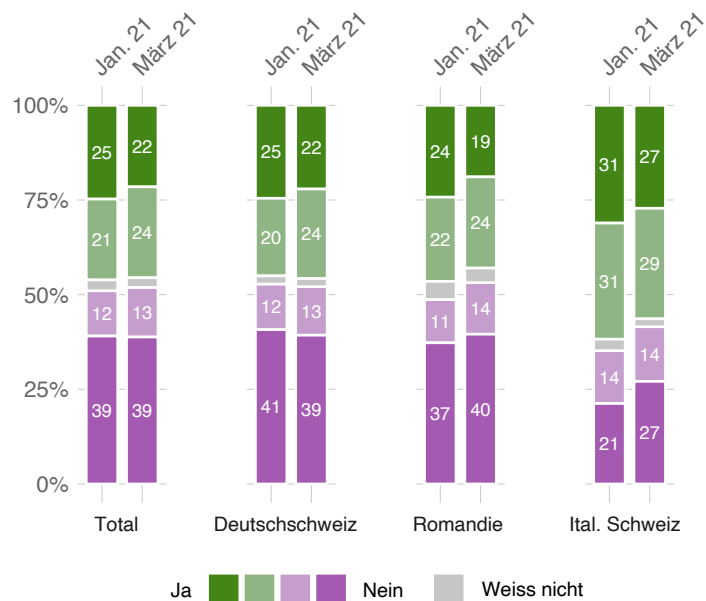
Abbildung 51: Geschwindigkeit der Impfkaktion in der Schweiz



«In den meisten Kantonen starten die Covid-Impfkampagnen in der ersten Januarwoche. Wie stehen Sie zum Ablauf der Covid-Impfungen in der Schweiz?»

Derzeit wird in den Medien viel darüber diskutiert, ob es zulässig ist, dass Dienstleistungsanbieter ihre Angebote nur für Personen zulassen, die gegen Covid-19 geimpft sind. Die unterschiedliche Behandlung von geimpften und nicht geimpften Personen wird beispielsweise im Zusammenhang mit Flugreisen diskutiert, aber auch in Anlehnung an die Dienstleistungen von Sport- und Konzernveranstaltern oder Restaurants.

Abbildung 52: Dienstleistungen nur mit Impfung



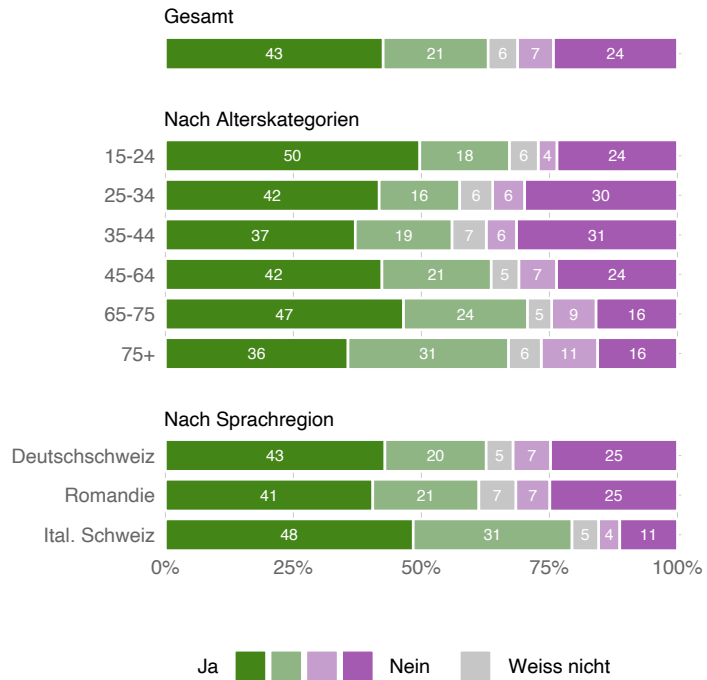
«In Zukunft könnten einige Dienstleistungsanbieter ihre Angebote nur noch für Personen zulassen, die gegen Covid-19 geimpft sind. Beispiele sind Sport- und Konzertveranstalter, Restaurants oder Fluggesellschaften. Finden Sie das zulässig?»

46 Prozent der Befragten halten eine Sonderbehandlung von geimpften gegenüber nicht geimpften Menschen für zulässig, eine knappe Mehrheit lehnt dies aber nach wie vor ab. Die aktuelle Impfkampagne hat an dieser Wahrnehmung nichts geändert. Am grössten ist die Unterstützung in der italienischsprachigen Schweiz, wo sich eine Mehrheit für eine Sonderbehandlung der Geimpften ausspricht. Generell ist jedoch zu beachten, dass Sonderrechte für Geimpfte aber in erster Linie davon abhängig sind, dass alle Menschen potenziell Zugang zu Impfungen haben (Abb. 53).

Sollte es tatsächlich Privilegien für Menschen geben, die gegen Covid-19 geimpft sind, wäre ein einfacher Zugang zur Impfbestätigung, etwa durch ein digitales Impfbestätigungszertifikat auf dem Mobiltelefon, eine Voraussetzung. Mit 64 Prozent ist eine deutliche Mehrheit der Befragten bereit, sich die Impfbestätigung auf ihr Handy zu laden. Dies gilt relativ unabhängig vom Alter, denn auch bei den über 75-Jährigen sind ganze 67 Prozent dazu bereit. Nur die SVP-Anhänger stehen

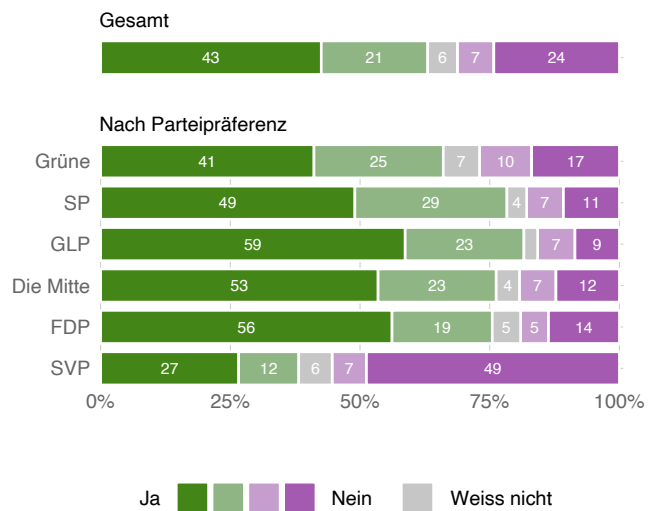
dem digitalen Impfnachweis kritisch gegenüber. 56 Prozent würden sich den Impfnachweis (eher) nicht auf ihr Handy laden (Abb. 54).

Abbildung 53: Bereitschaft, Impfbestätigung auf Handy zu laden



«Würden Sie sich nach erfolgter Impfung eine Bestätigung auf ihr Handy laden, wenn Sie dadurch in den Genuss von Privilegien kämen?»

Abbildung 54: Bereitschaft, Impfbestätigung auf Handy zu laden

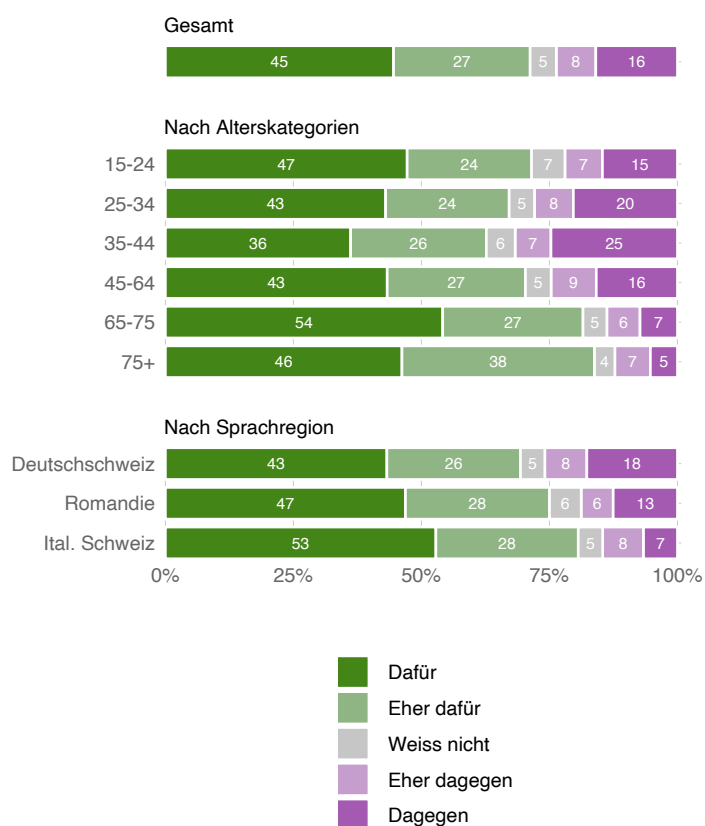


«Würden Sie sich nach erfolgter Impfung eine Bestätigung auf ihr Handy laden, wenn Sie dadurch in den Genuss von Privilegien kämen?»

5.3 Neues Testregime

Seit dem 15. März werden die Kosten für die meisten Tests vom Bund übernommen. Zusätzlich ist geplant, dass Selbsttests gratis an die Bevölkerung abgegeben werden, sobald diese zugelassen sind, was voraussichtlich Anfang April der Fall sein wird. Eine grosse Mehrheit der Befragten (ca. 72 Prozent) befürwortet dieses neue Testregime. Immerhin knapp ein Viertel der Schweizer und Schweizerinnen ist aber eher oder klar dagegen (Abb. 55). Es kann angenommen werden, dass dies mit einer allgemeinen Skepsis gegenüber Coronatests, aber auch mit den hohen Kosten, die die neue Strategie verursacht, zusammenhängt.

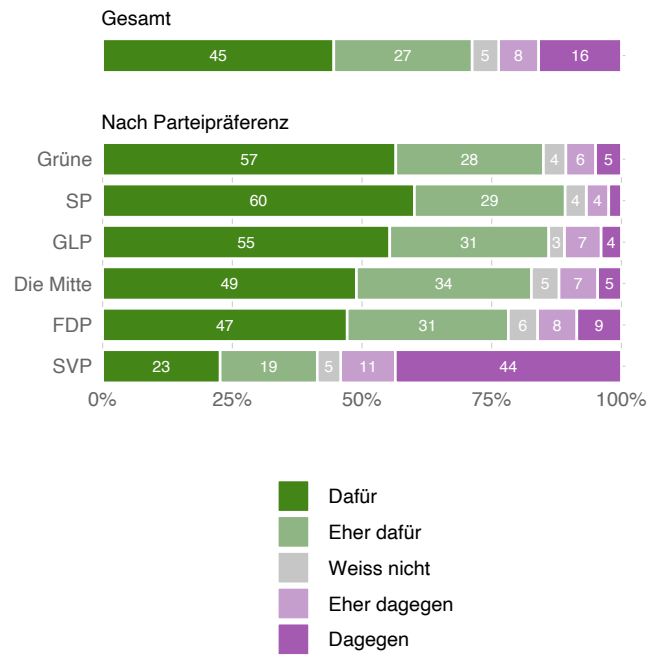
Abbildung 55: Meinung zur neuen Teststrategie



«Ab dem 15. März wird der Bund die Kosten sämtlicher Tests in der Schweiz übernehmen und Selbsttests gratis abgeben. Er rechnet mit Kosten von einer Milliarde Franken. Wie stehen Sie zu dieser veränderten Teststrategie?»

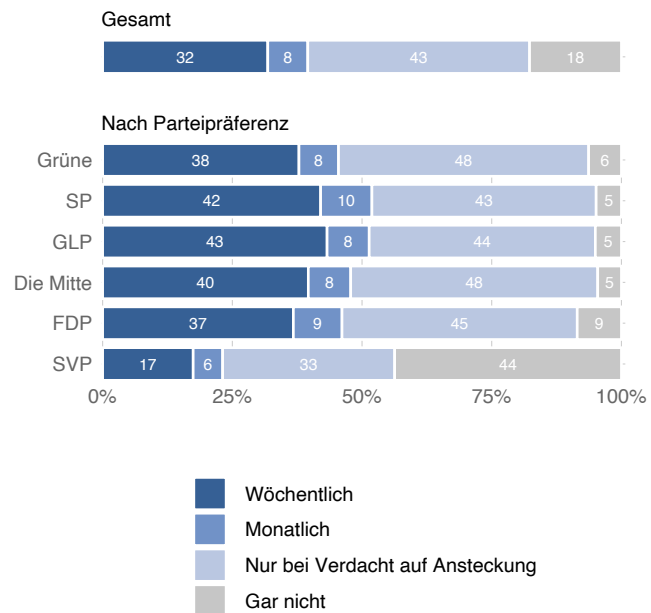
Abbildung 56 zeigt, dass ein Grosser Teil der Opposition gegen die neue Teststrategie von der Wählerschaft der SVP ausgeht. Auch vergleichsweise etwas stärker dagegen ist die FDP-Basis. Dies unterstützt die Theorie, dass vor allem eine grundsätzliche Opposition gegen Coronatests und der Skeptizismus den hohen Kosten gegenüber, für eine ablehnende Einstellung verantwortlich sind.

Abbildung 56: Meinung zur neuen Teststrategie



«Ab dem 15. März wird der Bund die Kosten sämtlicher Tests in der Schweiz übernehmen und Selbsttests gratis abgeben. Er rechnet mit Kosten von einer Milliarde Franken. Wie stehen Sie zu dieser veränderten Teststrategie?»

Abbildung 57: Abgabe Selbsttests: Wie oft wird man sich testen?



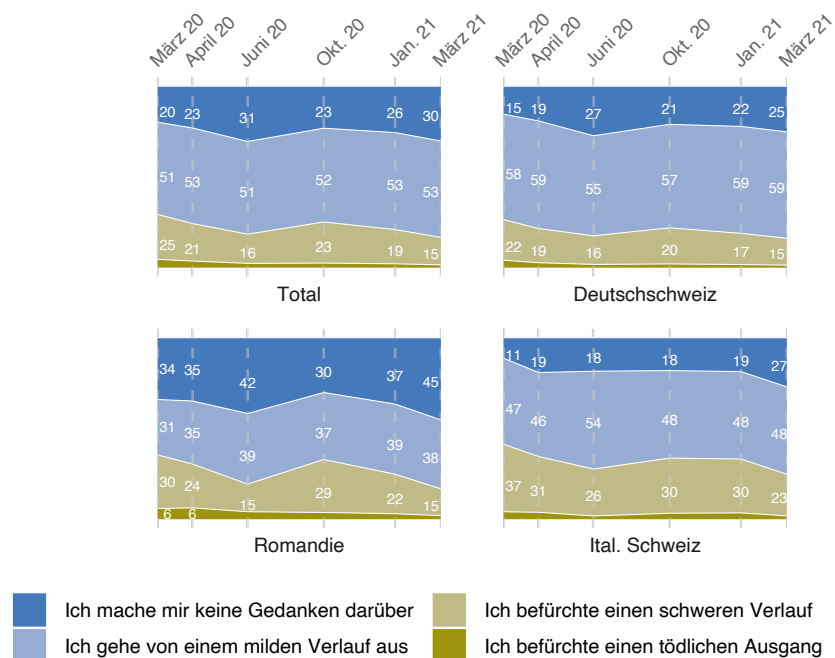
«Wenn Selbsttests gratis abgegeben werden, was denken Sie, wie oft werden Sie sich testen?»

Mit 43 Prozent der grösste Teil der Befragten würde sich bloss bei einem direkten Verdacht auf Ansteckung mit Covid-19 mit einem Gratis-Selbsttest testen (Abb. 57). Immerhin fast ein Drittel will sich wöchentlich testen. 18 Prozent wollen das Angebot gar nicht nutzen. Die Gruppe, die keine Selbsttests nutzen will, ist bei der Wählerschaft der SVP besonders gross.

5.4 Einschätzung des persönlichen Gesundheitsrisikos

Vergleichsweise konstant seit dem Start dieses Monitors im März 2020 ist die Einschätzung der persönlichen Gesundheitsgefährdung, die mit einer Covid-19-Erkrankung einhergeht (Abb. 58).

Abbildung 58: Einschätzung der Gefahr für sich selbst – nach Sprachregion

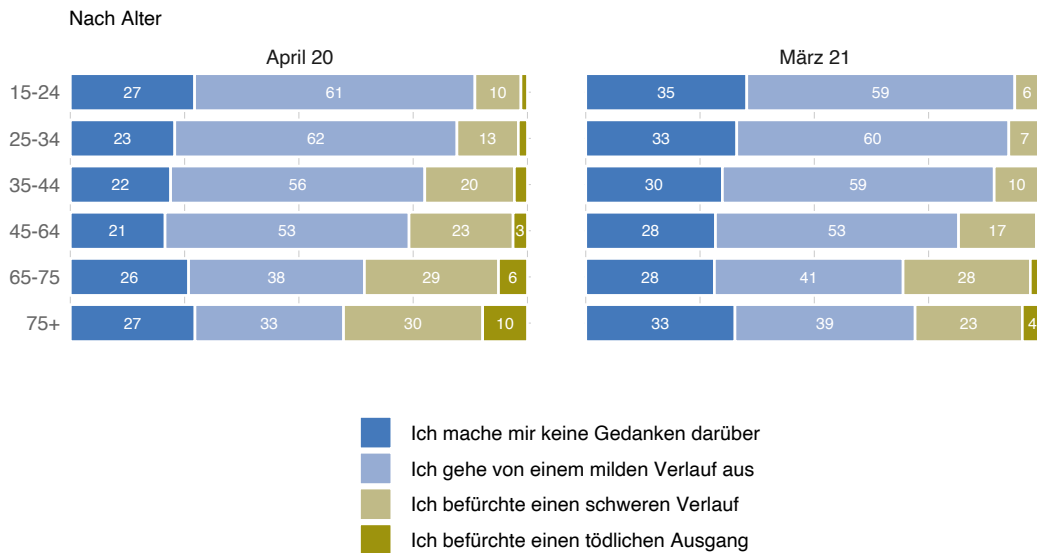


«Wie schätzen Sie die Gefährlichkeit des Coronavirus (COVID-19) für sich selber ein?»

Die wahrgenommene Gefährlichkeit einer Erkrankung für einen selber erreicht im März 2021 wieder den Stand von Juni 2020. Die Abnahme der Gefahren-einschätzung ist dabei sowohl auf die zurückgehenden Fallzahlen, aber auf die laufende Impfkampagne zurückzuführen. Die Mehrheit geht von einem milden Verlauf aus oder macht sich keine Gedanken darüber. Nur rund ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer rechnet mit einem schweren oder tödlichen Verlauf. In der lateinischen Schweiz ist die Furcht vor einer Erkrankung etwas grösser. Hier fürchtet rund ein Drittel einen schweren Verlauf. Die Einschätzung der Gefährlichkeit hängt typischerweise stark vom Alter ab. Auffällig ist allerdings,

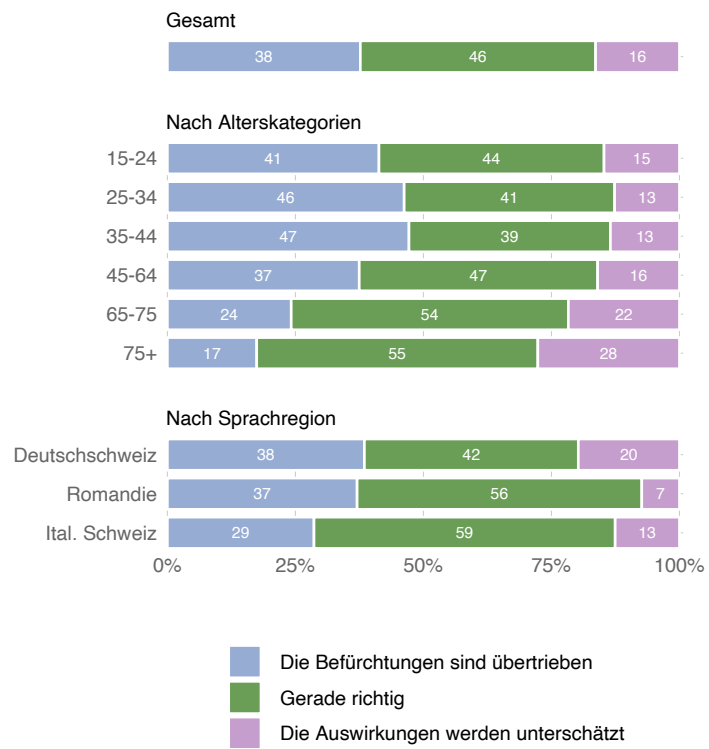
dass die Gruppe der über 75-Jährigen sich erstmals weniger vom Virus fürchtet als die 65- bis 74-Jährigen. In der ältesten Altersgruppe macht sich der Effekt der zunehmenden Durchimpfung deutlich bemerkbar.

Abbildung 59: Einschätzung der Gefahr für sich selbst – nach Alter



«Wie schätzen Sie die Gefährlichkeit des Coronavirus (COVID-19) für sich selber ein?»

Sorgen bereiten seit einigen Monaten die neuen Virusmutationen, bei denen teils angenommen wird, dass sie ansteckender sind als die Grundversion des Coronavirus. Mit 46 Prozent findet fast die Hälfte der Bevölkerung die Diskussionen um diese Virusmutationen seien angebracht. Etwa ein Drittel findet, die Befürchtungen in diesem Zusammenhang seien übertrieben. Insbesondere bei den Jüngeren und Personen im mittleren ist diese Gruppe grösser, während bei Älteren die Befürchtungen ernster genommen werden (Abb. 60).

Abbildung 60: Einschätzung Diskussion um neue Virusmutationen

«Wie schätzen Sie die Diskussion über die Auswirkungen der neuen Virusmutationen (z.B. B.1.1.7) ein?»

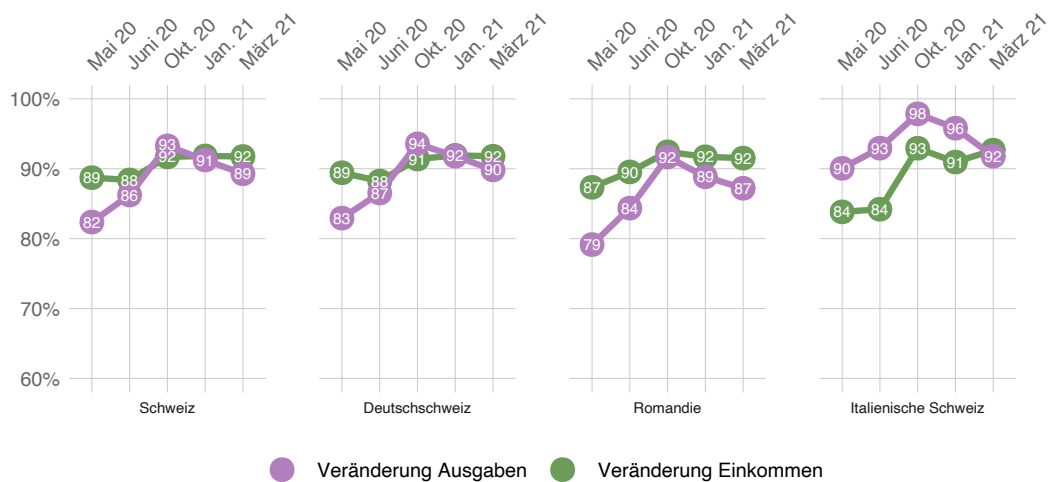
6 Berufliche und wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise stehen in der Wahrnehmung der Bevölkerung noch immer im Vordergrund. Die berufliche und finanzielle Situation ist kritisch für viele Schweizerinnen und Schweizer. Die Umfrage zeigt, dass die Auswirkungen zwischen den Berufsfeldern weiterhin sehr unterschiedlich sind.

6.1 Einkommenseinbussen und Ausgabenveränderungen

Die durch die Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise wirkt sich weiterhin auf die Einkommen der Erwerbstätigen (inkl. Arbeitssuchende, Arbeitslose) aus. Im Vergleich zum Normalzustand bleiben die Einkommensveränderungen seit Oktober schweizweit in etwa konstant. Gemäss Selbstangaben der Befragten liegen diese derzeit bei rund 92 Prozent des Vorkrisenniveaus. Die Ausgaben hingegen zeigen im Vergleich zur letzten Umfrage wieder einen leichten Rückgang. Bislang sind sie jedoch noch nicht so tief gefallen wie während des ersten Lockdowns. Bei der Umfrage im Oktober gaben die Erwerbstätigen an, im Durchschnitt rund 93 Prozent des normalen Niveaus auszugeben, im Januar waren es 91 Prozent. Im März lagen die Ausgaben nun bei 89 Prozent im Vergleich zu einem normalen Vorkrisenmonat. Dies zeigt, dass sich die aktuellen Massnahmen wieder etwas stärker auf das Konsumverhalten ausgewirkt haben.

Abbildung 61: Veränderungen Einkommen und Ausgaben aufgrund der Corona-Krise

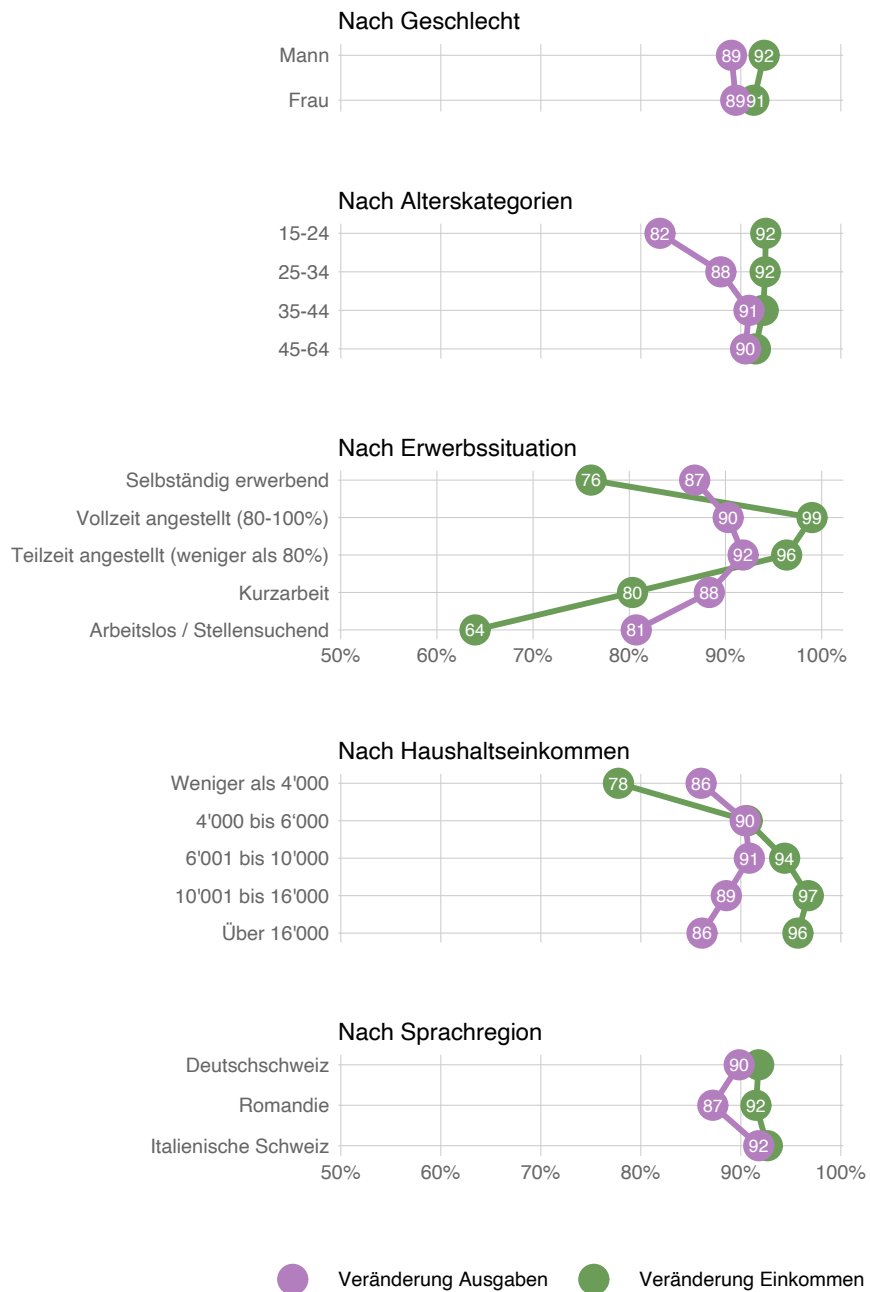


Höhe des Einkommens und der Ausgaben im Erhebungsmonat im Vergleich zur Normalsituation. Erwerbstätige, Arbeitnehmende in Kurzarbeit und Arbeitslose/Stellensuchende – Vergleich der Sprachregionen über die Zeit

In der italienischen Schweiz zeigte sich zunächst ein deutlich anderes Muster als im Westen und Norden des Landes. Hier sanken die Ausgaben deutlich weniger als die Einkommen. Während sich jedoch die Einkommen in der italienischen

Schweiz seit Oktober mehr oder weniger stabilisiert haben, sind die Ausgaben weiter gesunken. Dennoch liegen die Ausgaben hier immer noch auf einem etwas höheren Niveau als in den anderen Regionen. Eine naheliegende Erklärung dafür ist, dass die Bevölkerung der Südschweiz nicht mehr ohne weiteres in Italien einkaufen kann und entsprechend höhere Schweizer Preise bezahlen muss.

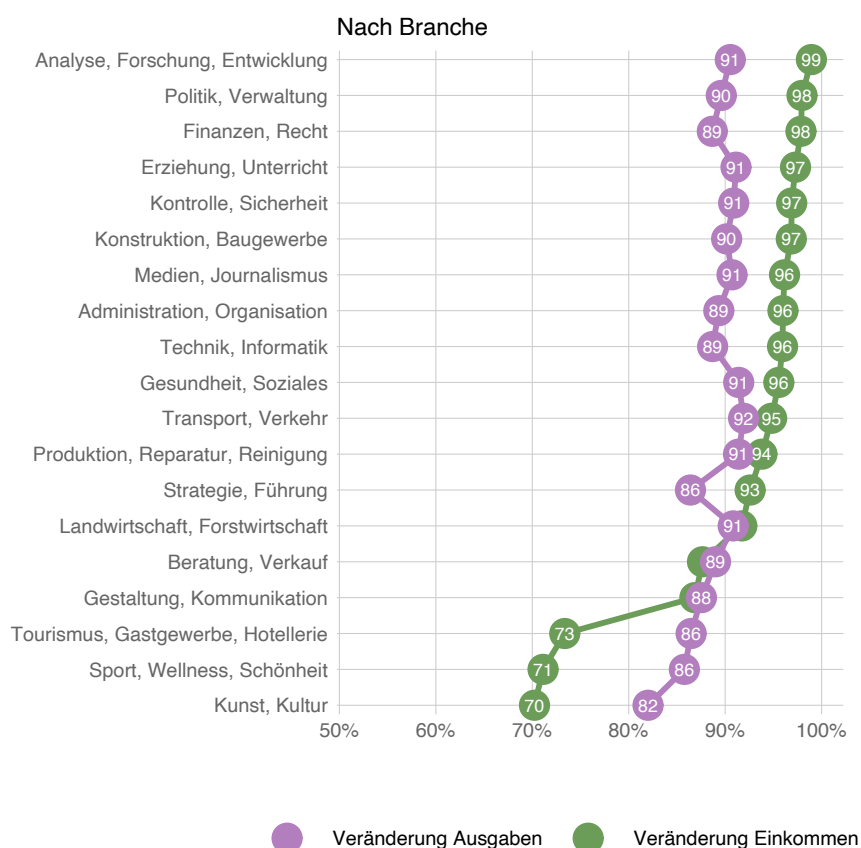
Abbildung 62: Veränderungen Einkommen und Ausgaben aufgrund der Corona-Krise



Höhe des Einkommens und der Ausgaben im Oktober im Vergleich zur Normalsituation. Erwerbstätige, Arbeitnehmende in Kurzarbeit und Arbeitslose/Stellensuchende

Das Verhältnis zwischen Ausgabenrückgang und Einkommensverlust ist innerhalb der Erwerbsbevölkerung sehr unterschiedlich. Abbildung 62 zeigt, dass insbesondere bei den Selbständigen, den Personen in Kurzarbeit und den Arbeitslosen ein starker Einkommensrückgang zu verzeichnen ist. Im März 2021 hatten die Selbständigen ein Einkommen von bloss 76 Prozent des normalen Einkommens, während Personen in Kurzarbeit und Arbeitslose und Stellensuchende noch 80 Prozent, respektive 64 Prozent bekamen. Generell zeigt sich, dass Geringverdienende besonders von den Einkommensrückgängen betroffen sind, zugleich ihre Ausgaben nicht stärker als die Besserverdienenden reduzieren können. Auffällig ist zudem, dass der Konsumverzicht bei den jungen Erwachsenen besonders gross ist. Bei diesen Altersgruppen wird normalerweise ein grösserer Teil der Ausgaben in Bereichen getätigt, die unter Pandemiebedingungen nicht mehr im selben Mass möglich sind (Ausgang, Veranstaltungen, Ferien usw.).

Abbildung 63: Veränderungen Einkommen und Ausgaben aufgrund der Corona-Krise

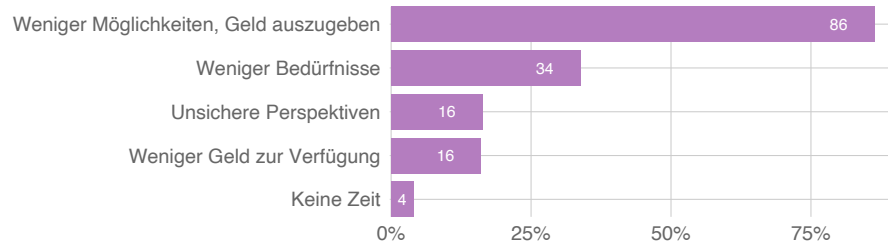


Höhe des Einkommens und der Ausgaben im Oktober im Vergleich zur Normalsituation. Erwerbstätige, Arbeitnehmende in Kurzarbeit und Arbeitslose/Stellensuchende

Kunst und Kultur ist das Tätigkeitsfeld mit den grössten relativen Einkommensverlusten (Abb. 63). Das Einkommen der Personen, die in diesem Feld tätig sind,

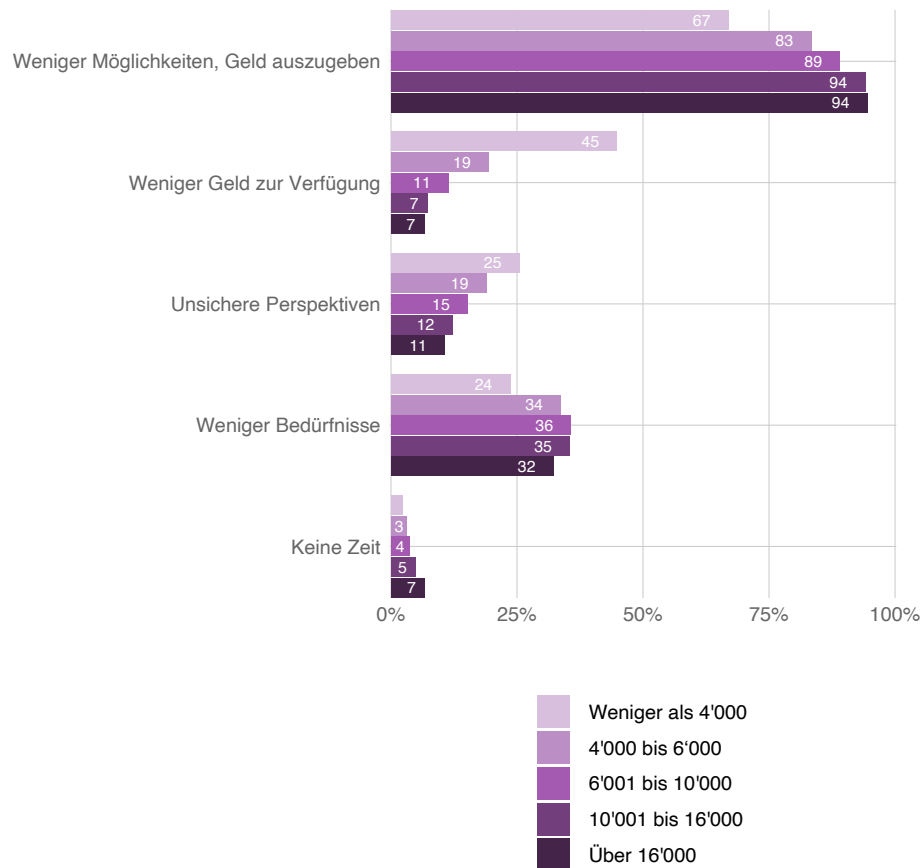
liegt gerade einmal bei 70 Prozent des Vorkrisen-Niveaus. Ebenfalls gravierend ist die Situation in den Tätigkeitsfeldern «Sport, Wellness und Schönheit» sowie «Tourismus, Gastgewerbe und Hotellerie».

Abbildung 64: Gründe für verminderte Ausgaben



«Falls Sie zurzeit weniger Geld ausgeben als normal, was sind die wichtigsten Gründe dafür? (Mehrere Antworten möglich)» (Alle Befragten)

Abbildung 65: Gründe für verminderte Ausgaben – Nach Haushaltseinkommen



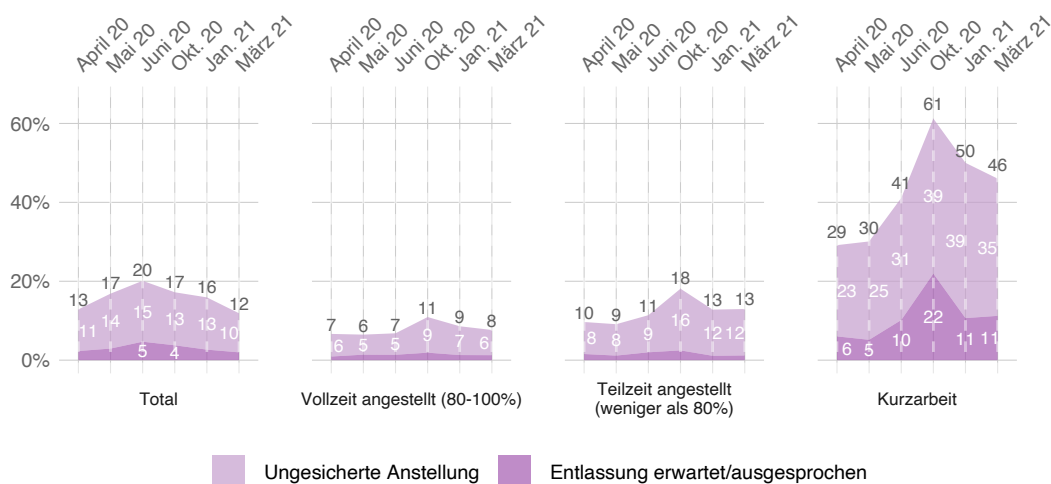
«Falls Sie zurzeit weniger Geld ausgeben als normal, was sind die wichtigsten Gründe dafür? (Mehrere Antworten möglich)» (Alle Befragten)

Die Gründe für die niedrigeren Ausgaben sind vielfältig, aber einer wurde besonders häufig genannt: 86 Prozent aller Befragten geben an, dies unter anderem zu tun, weil es weniger Gelegenheiten gibt, Geld auszugeben. Immerhin 34 Prozent geben an, dass sie im Zug der Pandemie auch weniger Bedürfnisse haben. Weniger häufig, aber dafür eher problematisch ist der Grund, dass weniger Geld zur Verfügung steht. Immerhin 16 Prozent der Bevölkerung gibt momentan weniger aus, weil das Geld knapp ist. Das betrifft natürlich insbesondere die unteren Einkommensgruppen.

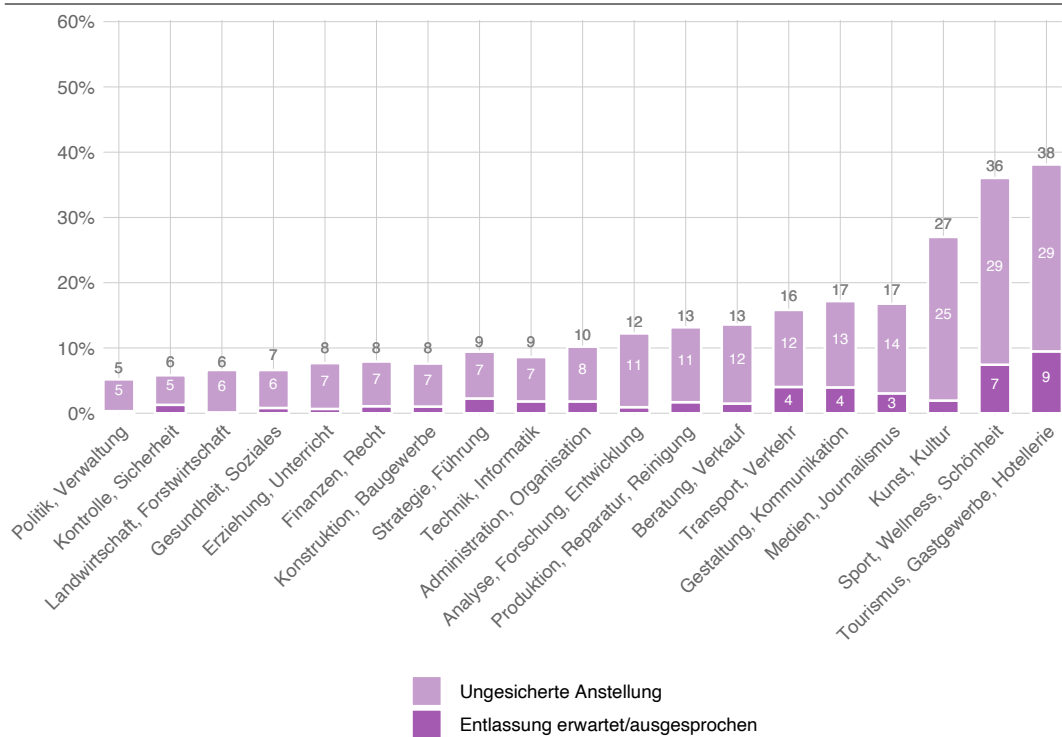
6.2 Drohender Arbeitsplatzverlust

Abbildung 66 zeigt, dass der Anteil in ungesicherter Anstellung seit Oktober und Januar weiter zurückgegangen ist. Von jenen, die heute noch oder wieder auf Kurzarbeit sind, sehen 46 Prozent ihre Stelle als gefährdet an.

Abbildung 66: Situation am Arbeitsplatz - Ungesicherte Anstellungsverhältnisse



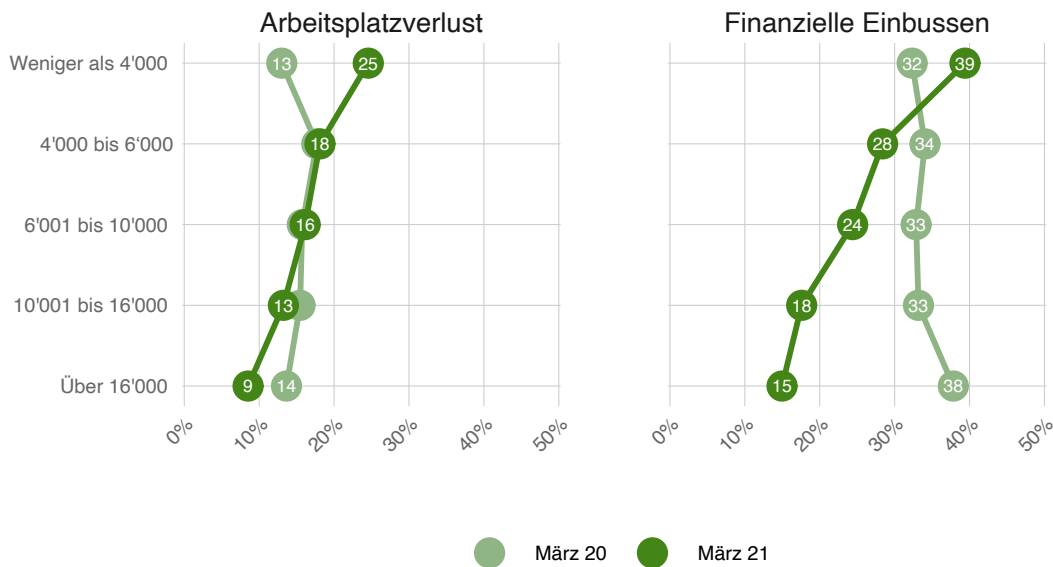
«Wie ist Ihre aktuelle Situation am Arbeitsplatz?» Dargestellt ist der Anteil derer, die angeben, in einem ungesicherten Anstellungsverhältnis zu sein oder bei denen eine Entlassung erwartet/ausgesprochen ist.

Abbildung 67: Situation am Arbeitsplatz – nach Tätigkeitsfeld

«Wie ist Ihre aktuelle Situation am Arbeitsplatz?» (Angestellte)

Ungesicherte Anstellungen und erwartete Entlassungen finden sich ganz besonders häufig im Bereich und «Tourismus, Gastgewerbe, Hotellerie», bei «Sport, Wellness, Schönheit» sowie im Bereich «Kunst / Kultur». Hier sind zwischen 27 und 38 Prozent der Arbeitnehmenden betroffen. Aber auch in Bereichen, welche nicht unmittelbar vom Lockdown betroffen waren, etwa in der Branche «Medien / Journalismus » oder «Gestaltung / Kommunikation», befinden sich viele ungesicherte Anstellungen.

Zu Beginn der Pandemie war sowohl die Furcht vor Arbeitsplatzverlust als auch jene vor finanziellen Einbussen durch die Krise in allen Einkommensklassen ähnlich verbreitet (siehe Abb. 68). Seither hat sich hier jedoch ein Ungleichgewicht ausgebildet. Geht es um die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust zeigt sich insbesondere ein Anstieg bei den tieferen Einkommensgruppen seit März 2020. Damit hat sich auch in dieser Hinsicht ein Ungleichgewicht etabliert. Die einkommensstarken Gruppen fürchten heute zudem finanzielle Einbussen weit weniger als noch vor einem Jahr. Dies trifft für die einkommensschwächeren Gruppen nicht zu – sie befürchten aktuell finanzielle Einbussen noch etwas mehr als zu Beginn der Pandemie. Zu Beginn der Pandemie fürchteten sich Gutverdienende ebenso wie Wenigverdienende vor den wirtschaftlichen Folgen der Krise – heute ist dies asymmetrischer.

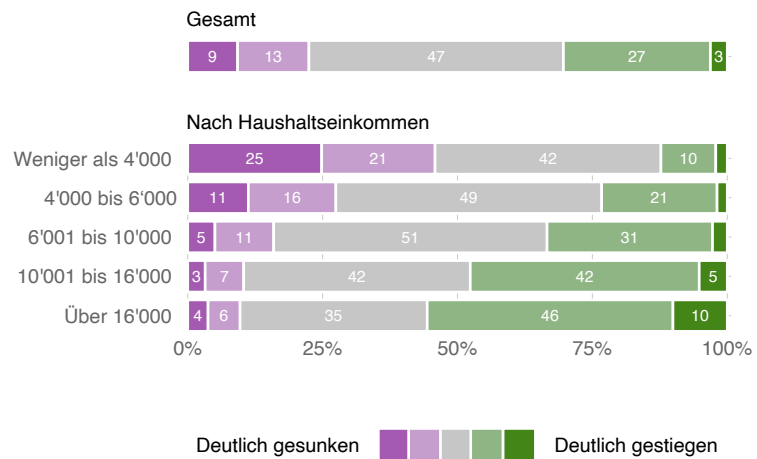
Abbildung 68: Persönliche Befürchtungen - Nach Haushaltseinkommen

«Vor welchen Folgen der Corona-Krise auf persönlicher Ebene fürchten Sie sich besonders?»

6.3 Ungleiche Auswirkungen auf das Ersparte

Die ungleichen wirtschaftlichen Konsequenzen der Krise manifestieren sich nicht nur bei den Einnahmen, den Ausgaben und der Furcht vor Arbeitsplatzverlust. Sie wirken sich auch auf das Ersparte bzw. auf die Vermögenssituation aus. 22 Prozent der Befragten geben an, dass sie aufgrund von Einnahmefällen im letzten Jahr auf das Ersparte zurückgreifen mussten, um laufende Kosten zu decken. 30 Prozent geben jedoch auch an, dass das Ersparte im Jahr 2020 gestiegen ist. Die Auswirkungen auf das Ersparte hängen dabei massiv von der Einkommensklasse ab. Insbesondere Befragte mit tieferen Haushaltseinkommen geben an, ihr Erspartes sei gesunken. Bei der tiefsten Einkommensgruppe gibt ein Viertel an, dass dieser Rückgang des Ersparten deutlich ist. Auf der anderen Seite konnten Gutverdienende von der Krise profitieren. Bei den Personen mit Haushaltseinkommen über 16'000 Franken verzeichnen 56 Prozent eine positive Einkommensbilanz (Abbildung 69). Der Börseneinbruch in der ersten Jahreshälfte wurde in der zweiten Hälfte korrigiert. Viele Gutverdienende haben im Jahr 2020 aus Mangel an Möglichkeiten ihre Ausgaben stärker reduziert als ihre Einnahmen. Dadurch hat die Corona-Krise dazu beigetragen, dass die Vermögensschere in der Schweiz grösser geworden ist.

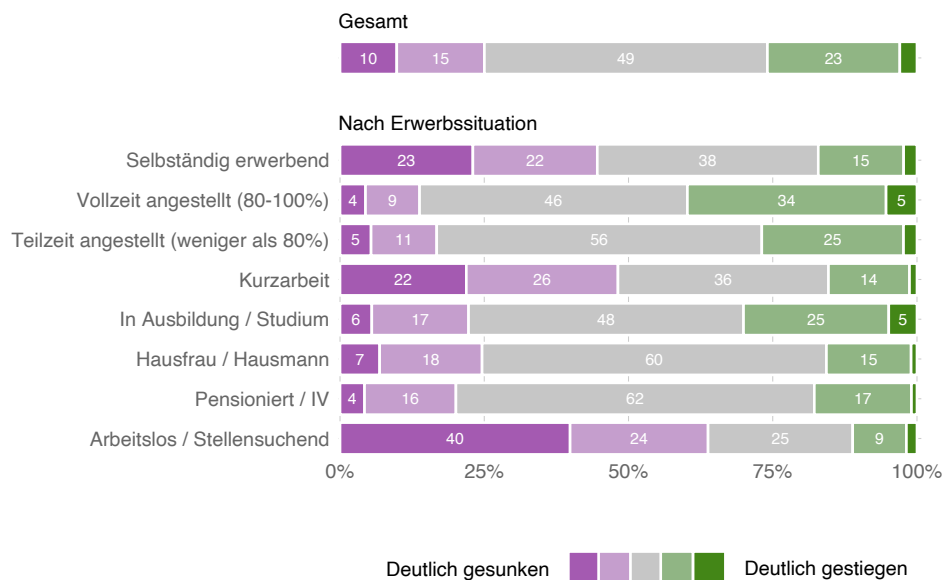
Abbildung 69: Veränderung der Ersparnisse seit Jahresbeginn 2020 – Nach Haushaltseinkommen



«Wie haben sich Ihre Ersparnisse im Vergleich zum Jahresbeginn 2020 verändert?»

Insbesondere selbständig Erwerbende, Arbeitnehmende in Kurzarbeit, Arbeitslose und Stellensuchende mussten im letzten Jahr auf Erspartes zurückgreifen, um laufende Ausgaben zu decken. Ihr Erspartes ist denn auch am stärksten von Rückgängen betroffen.

Abbildung 70: Veränderung der Ersparnisse seit Jahresbeginn 2020 – Nach Erwerbssituation

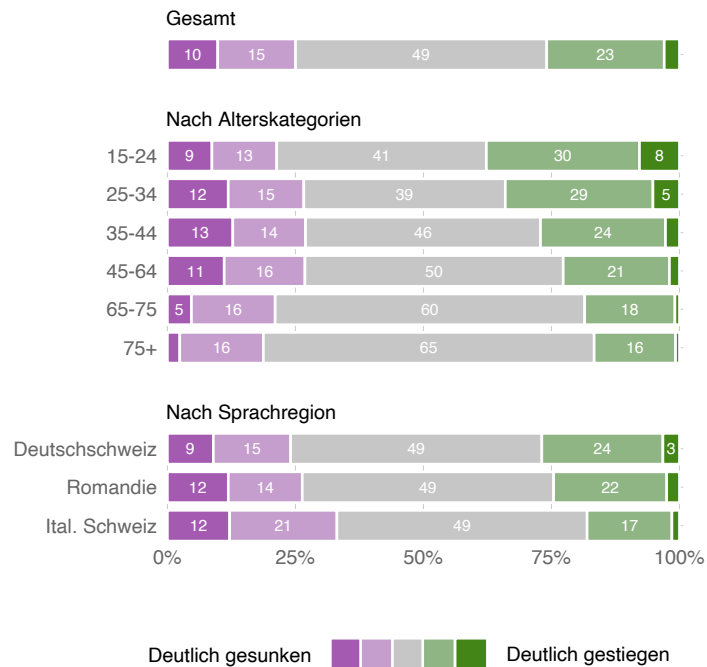


«Wie haben sich Ihre Ersparnisse im Vergleich zum Jahresbeginn 2020 verändert?»

Befragte aus der Deutschschweiz geben vergleichsweise etwas seltener an, ihr Erspartes sei im letzten Jahr zurückgegangen. Im Gegenteil, Deutschschweizer

geben sogar öfter an, mehr gespart zu haben. Am grössten war der Rückgang des Ersparnis in der italienischsprachigen Schweiz. Dies deckt sich mit der Erkenntnis, dass die Ausgaben im Tessin auf etwas höherem Niveau stagnieren.

Abbildung 71: Veränderung der Ersparnisse seit Jahresbeginn 2020 – Nach Alterskategorien

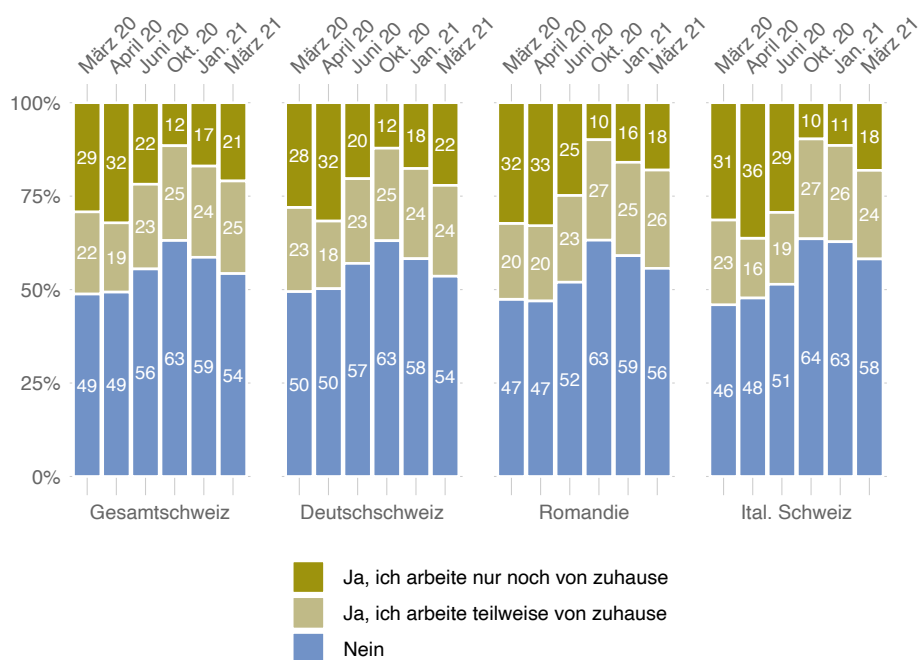


«Wie haben sich Ihre Ersparnisse im Vergleich zum Jahresbeginn 2020 verändert?»

6.4 Von Zuhause aus arbeiten – Homeoffice

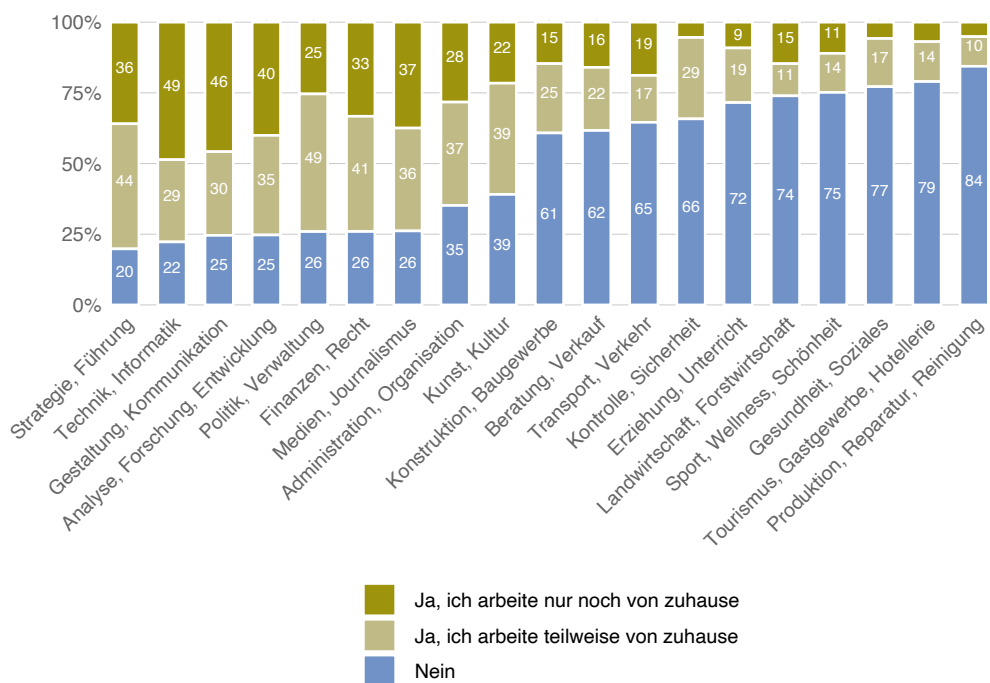
Zum Befragungszeitpunkt Anfang März arbeiteten etwa 46 Prozent der Beschäftigten zumindest teilweise im Homeoffice (Abb. 72). Der Anteil ist stieg mit der Homeoffice-Pflicht im Vergleich zum Oktober (37 Prozent) und Januar (41 Prozent) an, ist aber immer noch tiefer als während des ersten Lockdowns (51 Prozent). In den Sprachregionen verläuft die Entwicklung bezüglich Homeoffice ähnlich, jedoch gibt es grosse Unterschiede zwischen den Tätigkeitsfeldern der Erwerbstätigen (Abb. 73).

Abbildung 72: Anteil mit Homeoffice – nach Sprachregionen



«Arbeiten Sie aufgrund der Corona-Krise von zuhause aus bzw. im Home Office?» (Erwerbstätige)

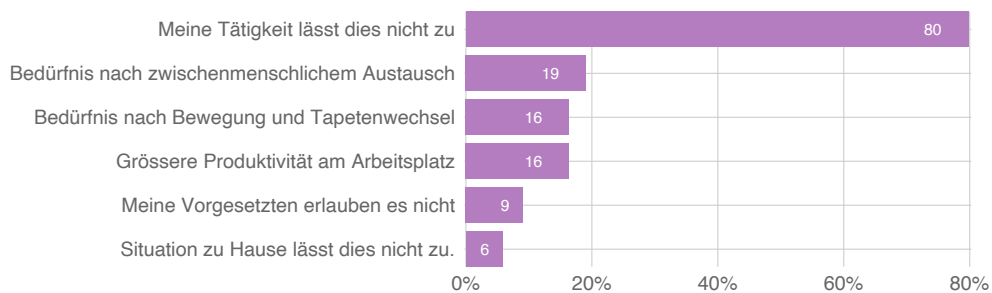
Abbildung 73: Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten – nach Tätigkeitsfeld



«Arbeiten Sie aufgrund der Corona-Krise von zuhause aus bzw. im Home Office?» (Erwerbstätige)

Von den Personen, die entweder nicht oder nur teilweise im Homeoffice arbeiten, können 80 Prozent nicht häufiger von zu Hause aus arbeiten, weil ihre Tätigkeit dies nicht zulässt. Allerdings geben auch einige an, ein Bedürfnis nach zwischenmenschlichem Austausch, Bewegung und Tapetenwechsel zu haben oder am Arbeitsplatz produktiver zu sein als zu Hause (Abb. 74).

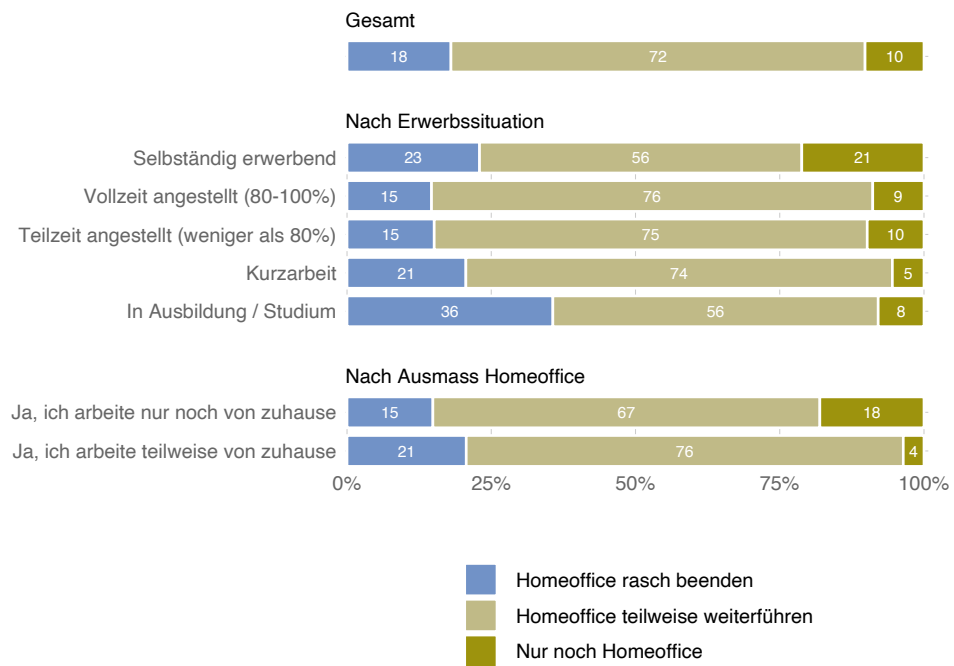
Abbildung 74: Weshalb kein (bzw. nicht häufiger) Homeoffice?



«Weshalb arbeiten Sie nicht (bzw. nicht häufiger) im Home Office? (Mehrere Antworten möglich)» - Nur Befragte, die angeben, nicht oder nur teilweise im Homeoffice zu arbeiten

Von den Angestellten, die im Homeoffice arbeiten, wünscht sich eine grosse Mehrheit, Homeoffice unabhängig von der Coronakrise mindestens teilweise weiterführen zu können (Abb. 75). Nur 18 Prozent der Befragten im Homeoffice wollen die Arbeit von zu Hause möglichst rasch beenden. Dieser Anteil ist am grössten bei Personen in Ausbildung, bei welchen wohl insbesondere der soziale Austausch an Ausbildungsstätten sowie der Präsenzunterricht zu kurz kommt.

Abbildung 75: Bedürfnisse bezüglich Homeoffice



«Sie arbeiten zurzeit im Homeoffice. Wie sind Ihre Bedürfnisse (unabhängig von der Corona-Pandemie)?» (Nur im Homeoffice Arbeitende)

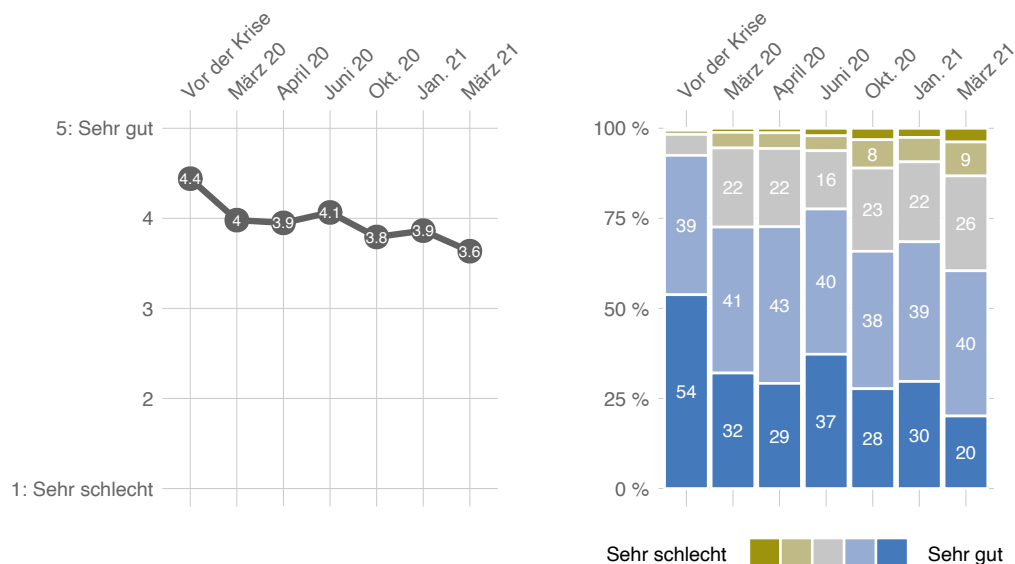
7 Alltagsverhalten

Mit der zweiten Corona-Welle wurden erneut Massnahmen von Bund und Kantonen eingeführt, welche direkte Auswirkungen auf den Alltag haben. Anders als im Frühjahr dauert die Ausnahmesituation jetzt bereits Monate an und es macht sich die Gewissheit breit, dass es sich nicht mehr um ein kurzfristiges Ereignis, sondern um eine langfristige Krise handelt. Wie geht die Bevölkerung im Alltag damit um? Wie ist der Umgang und das Verhalten? Und welche Verhaltensweisen könnten die Krise überdauern?

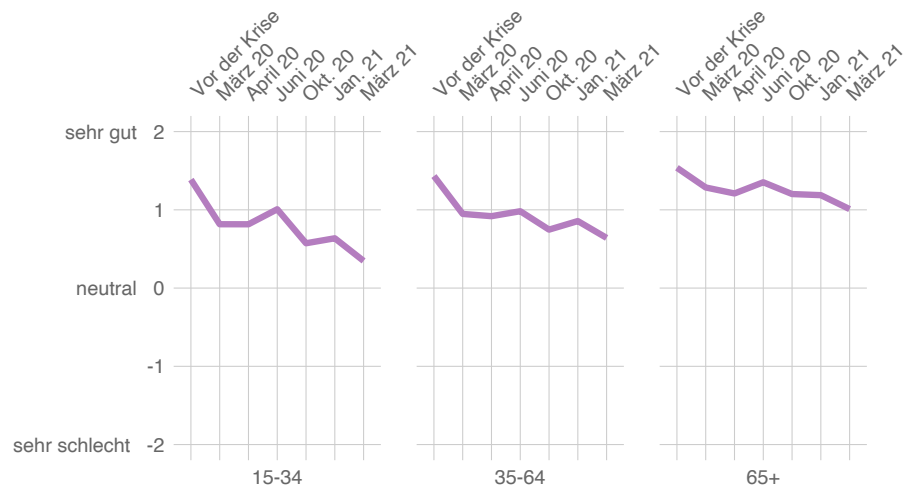
7.1 Gemütsverfassung: Neuer Tiefpunkt

Das Andauern der Krise und die stark steigenden Fallzahlen haben im Oktober zu einer markanten Verschlechterung der Stimmungslage geführt (Abb. 76). Nach einer leichten Verbesserung im Januar hat sich die Gemütslage im März 2021 nochmals verschlechtert. Der Anteil, welcher angibt, es gehe ihnen gut oder sehr gut, ist von 69 auf 60 Prozent gesunken. Schlecht oder sehr schlecht geht es insgesamt 13 Prozent der Befragten. Momentan scheint wegen der unsicheren Lage um die Öffnung der Massnahmen und der erneuten leichten Zunahme der Fallzahlen in Kombination mit Rückschlägen in der Impfkampagne ein neuer Tiefpunkt in der Stimmung erreicht worden zu sein.

Abbildung 76: Gemütszustand im Zeitvergleich



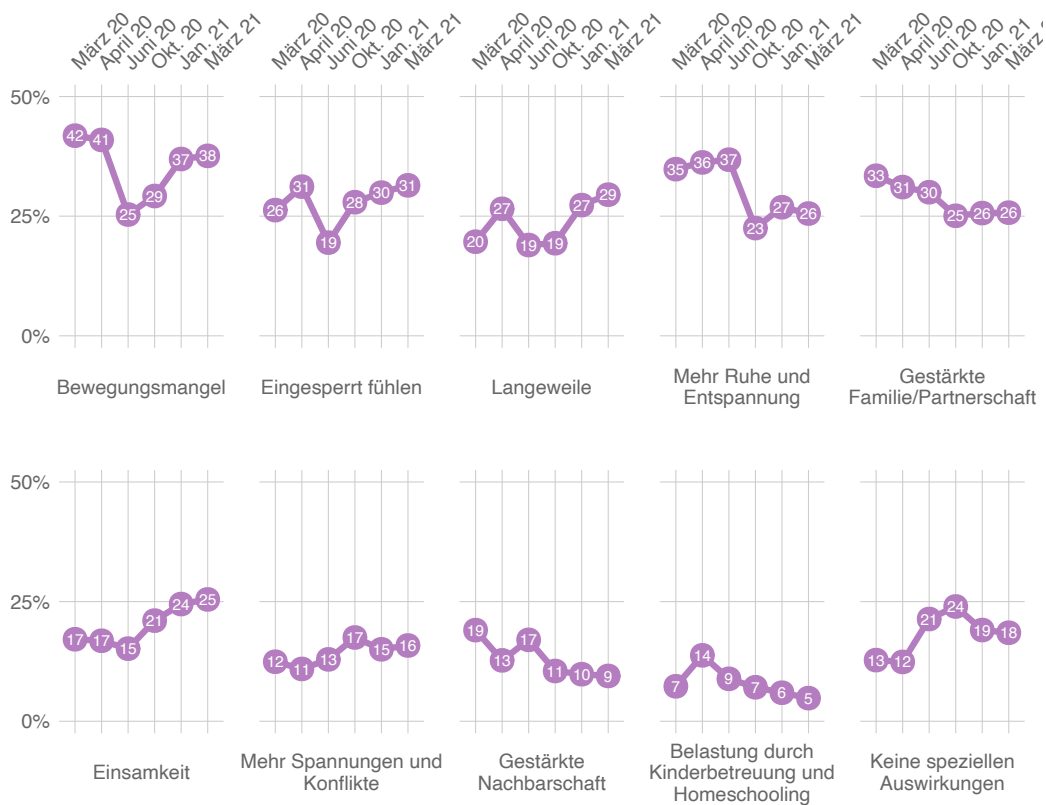
«Wie geht es Ihnen zurzeit?» / «Wie ging es Ihnen vor Beginn der Corona-Krise?»

Abbildung 77: Gemütszustand im Zeitvergleich nach Alter

«Wie geht es Ihnen zurzeit?»/«Wie ging es Ihnen vor Beginn der Corona-Krise?» – Durchschnittswert von -2: «sehr schlecht» bis 2: «sehr gut»

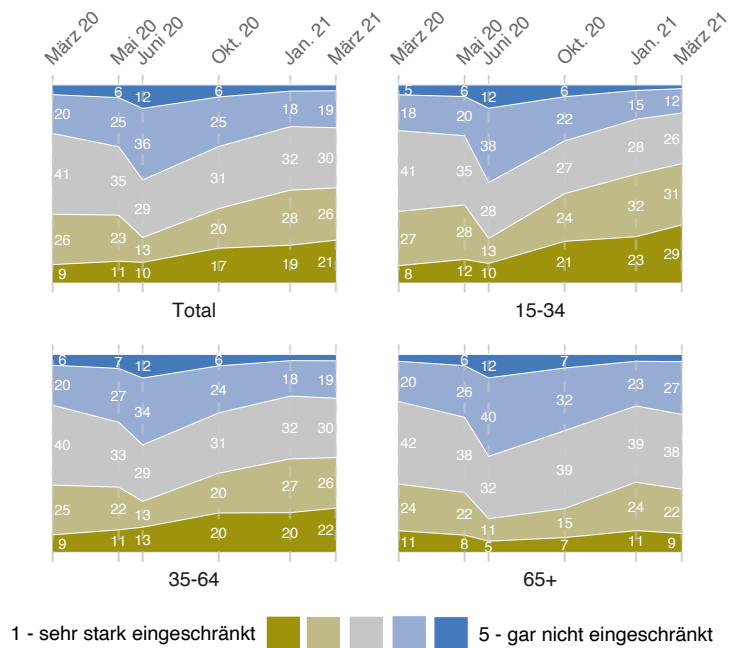
Abbildung 77 zeigt den Durchschnittswert für alle Altersgruppen auf einer Skala von -2 («sehr schlecht») bis 2 («sehr gut»). Die Krisensituation wirkt sich stärker auf die Gemütsverfassung der jüngeren Erwachsenen aus und insbesondere im Vergleich zur Erhebung vom Juni 2020 geht es den jüngeren Befragten wieder erheblich weniger gut. Während die Stimmung bei den Jüngeren stärker nach oben und unten ausschlägt, ist die Gemütsverfassung der über 64-Jährigen seit Beginn der Corona-Krise relativ konstant mit leicht abnehmendem Trend.

Die Massnahmen zur Verringerung der Fallzahlen haben Auswirkungen auf viele Bereiche des täglichen Lebens (Abb. 78). Mit dem Beginn der zweiten Welle hat die Zahl der Menschen, die über mangelnde Bewegung klagen oder angeben, sich eingesperrt zu fühlen, wieder zugenommen. Immer mehr Befragte berichten zudem, dass sie unter Einsamkeit und Langeweile leiden. Darüber hinaus ist der Anteil der Befragten, die angeben, die Situation zu Hause führe zu mehr Ruhe und Entspannung, zurückgegangen. Vielmehr haben die Spannungen und Konflikte in den eigenen vier Wänden in letzter Zeit leicht zugenommen.

Abbildung 78: Auswirkungen auf das Zuhause

«Wie wirkt sich die aktuelle Situation bei Ihnen zuhause aus?» (Mehrfachnennungen möglich)

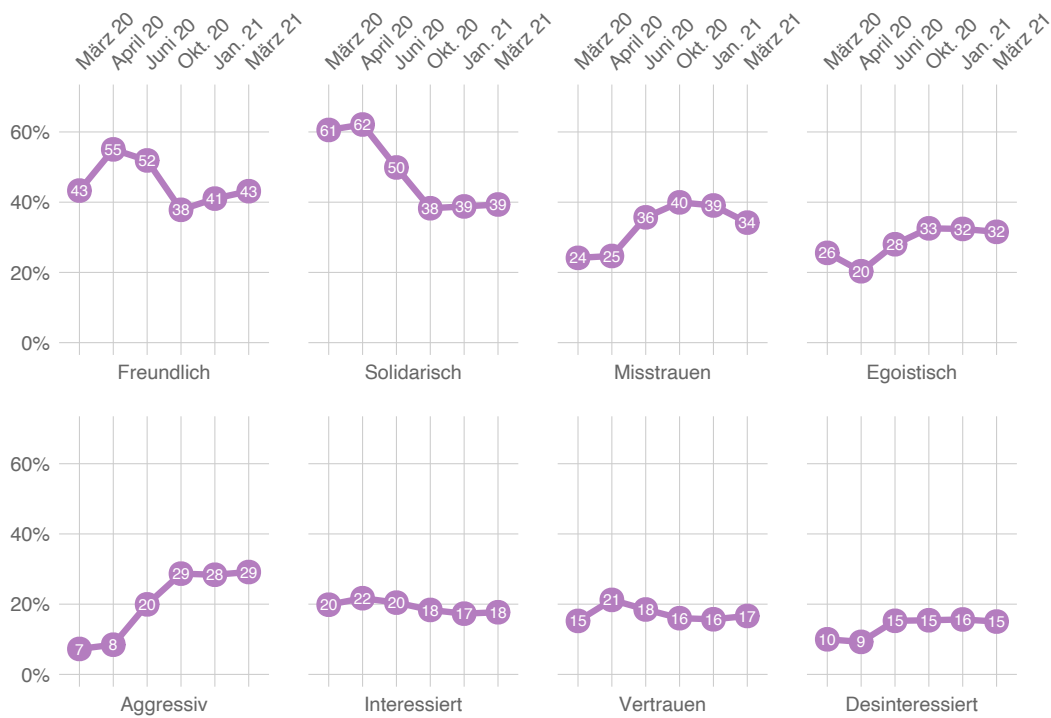
In der zweiten Welle ist die gefühlte alltägliche Einschränkung allgemein etwas höher als in der Ersten, bei der die Massnahmen viel weniger lange andauerten. Es fällt auf, dass sich in der zweiten Welle insbesondere die jüngeren Befragten durch die aktuellen Corona-Massnahmen stark bis sehr stark in ihrem Alltag eingeschränkt fühlen. Im März 2021 sind es 60 Prozent der 15 bis 34 Jährigen, die dies angeben (Abb. 79). Bei den über 65-Jährigen beträgt dieser Anteil bloss 31 Prozent und weist sogar eine leicht abnehmende Tendenz auf.

Abbildung 79: Erlebte Einschränkungen – nach Alter

«Wie stark fühlen Sie sich durch die aktuellen Massnahmen und Regeln aufgrund des Coronavirus' eingeschränkt?»

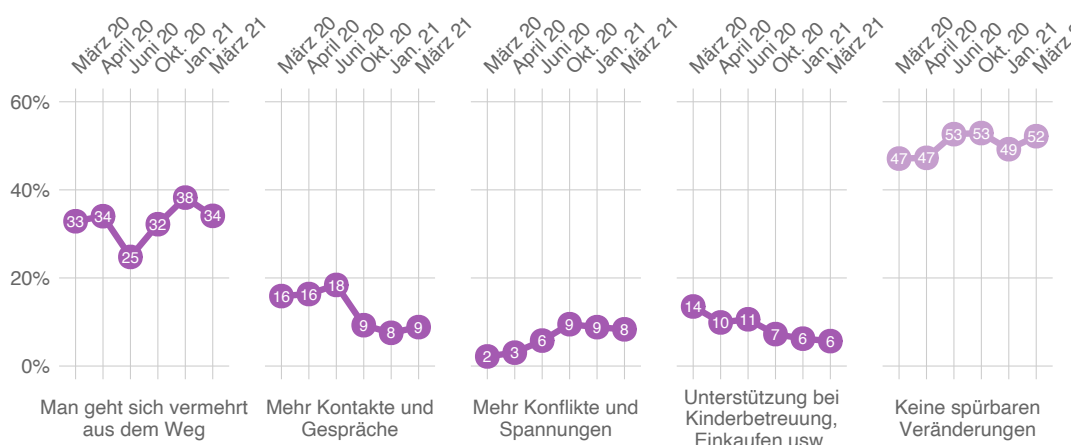
7.2 Krise als neue Normalität

Freundlich und solidarisch – so hat eine Mehrheit der Bevölkerung den zwischenmenschlichen Umgang während der ersten Welle erlebt. Diese Einschätzung hat sich mit dem Beginn der zweiten Welle gedreht. Die Befragung im Oktober zeigte einen Stimmungsumschwung. Die Befragten nahmen ihr Umfeld deutlich weniger häufig als freundlich und solidarisch wahr, dafür beobachteten sie Misstrauen, Egoismus und Aggressivität im zwischenmenschlichen Umgang (Abb. 80). Dies zeigt, dass eine Krise, die kurzfristig positive Energien weckt, mit längerer Dauer zunehmend an den Ressourcen zerrt und das Konfliktpotenzial erhöht. Seither wurde jedoch zumindest der negative Trend gestoppt. Im März ist der wahrgenommen zwischenmenschliche Umgang zwar immer noch deutlich negativer als während der ersten Welle, im Vergleich zum Oktober hat sich die Stimmung jedoch leicht aufgehellt oder ist konstant geblieben.

Abbildung 80: Auswirkungen auf zwischenmenschliche Kontakte

«Wie nehmen Sie den zwischenmenschlichen Umgang in der aktuellen Situation wahr?» (Mehrfachnennungen möglich)

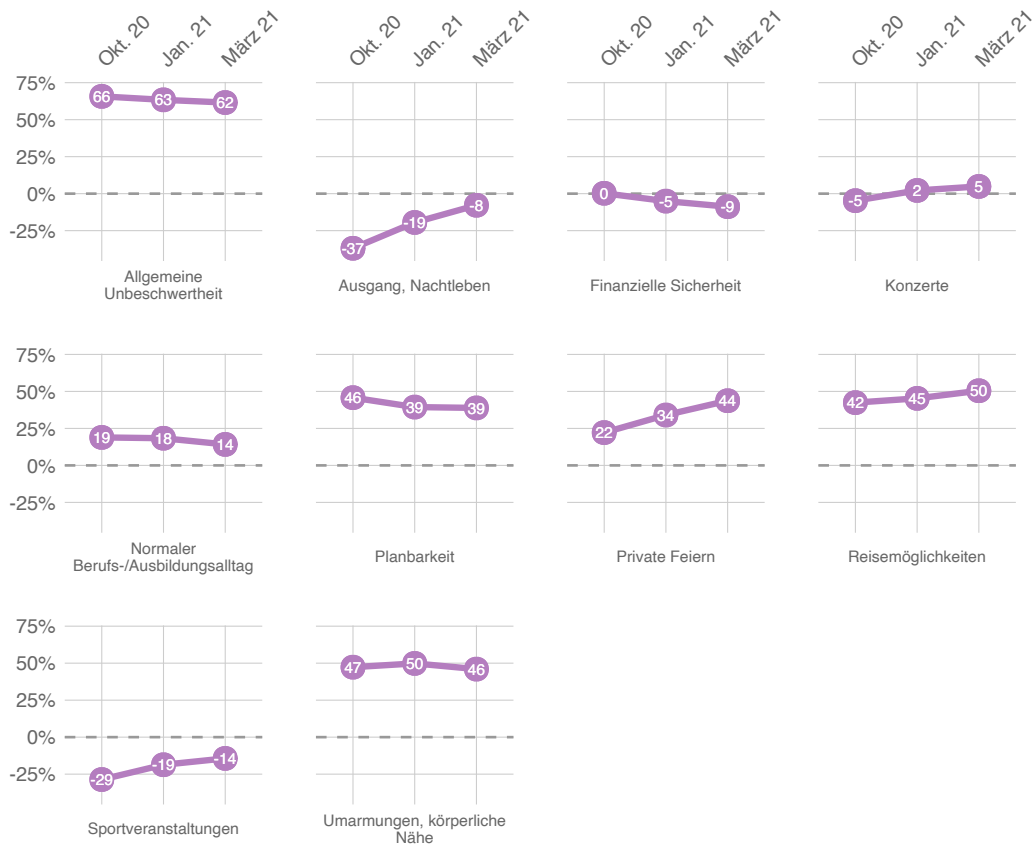
Ähnliche Trends zeigen sich auch bei der Einschätzung des Miteinanders in der Nachbarschaft. Auf der einen Seite ist der Trend zu mehr Spannungen und Konflikten gestoppt, andererseits nimmt die Distanziertheit weiter zu. Man geht sich im März allerdings wieder etwas weniger aus dem Weg als noch im Januar. Der Anteil, der mehr Kontakte und Gespräche erlebt, ist etwa konstant geblieben. Auch dies deutet daraufhin, dass die Krisensituation für die Bevölkerung vermehrt zu einer neuen Normalität führt. Dadurch verringern sich tendenziell die Spannungen aber eben auch der ursprünglich durch die Krise aktivierte zwischenmenschliche Austausch (Abb. 81).

Abbildung 81: Auswirkungen auf nachbarschaftliches Zusammenleben

«Wie wirkt sich die Corona-Krise auf ihre Nachbarschaft aus?» (Mehrfachnennungen möglich)

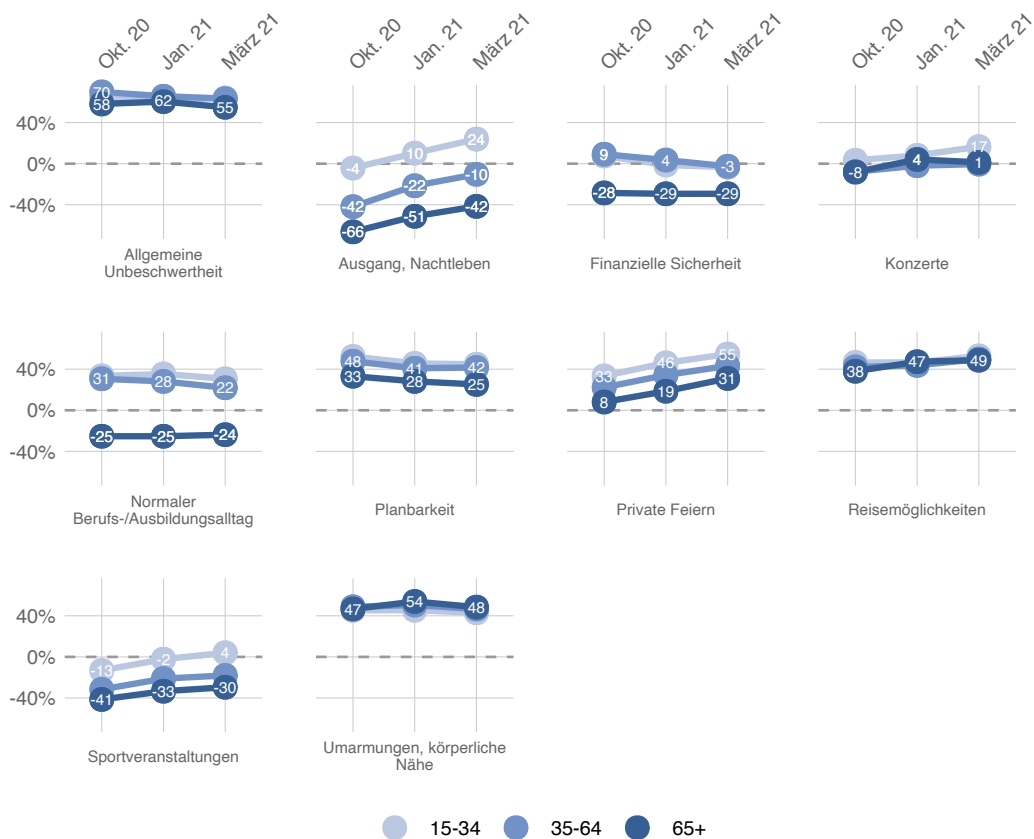
7.3 Was am meisten fehlt

Die Pandemie dauert nun bereits ein Jahr. Diese lange Ausnahmephase erfordert Ausdauer und Verzicht. Doch welche Dinge und Aspekte des alten Lebens vor der Pandemie fehlen den Schweizerinnen und Schweizer am meisten? Am meisten genannt wird mit 67 Prozent die «allgemeine Unbeschwertheit» (Abb. 82). Oftmals vermisst wird aber auch das Reisen, die physische Nähe, private Feiern und die Möglichkeit voranzuplanen.

Abbildung 82: Was fehlt im Alltag?

«Die Pandemie dauert jetzt schon fast acht Monate. Was fehlt Ihnen besonders im Alltag? (Mehrere Antworten möglich)», «Was fehlt Ihnen gar nicht im Alltag? (Mehrere Antworten möglich)»

Wie zu erwarten, gibt es hier jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. So vermissen die Jungen vergleichsweise mehr das Nachtleben, Konzerte und private Feiern.

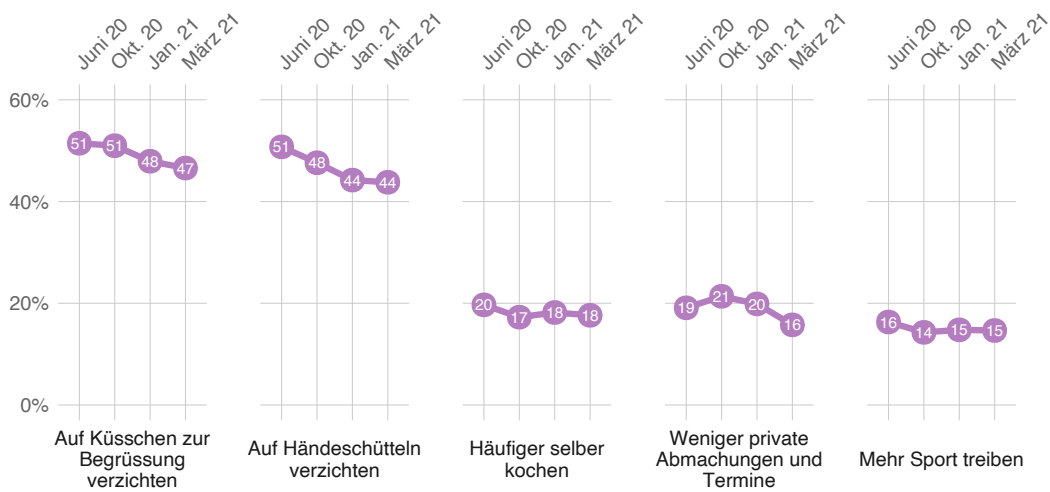
Abbildung 83: Was fehlt – nach Alter

«Die Pandemie dauert jetzt schon fast acht Monate. Was fehlt Ihnen besonders im Alltag? (Mehrere Antworten möglich)», «Was fehlt Ihnen gar nicht im Alltag? (Mehrere Antworten möglich)»

7.4 Verhaltensweisen, die beibehalten werden

Der Alltag der Bevölkerung hat sich durch die Krise verändert. Dies äussert sich darin, dass den Menschen Aspekte ihres alten Lebens fehlen. Auf der anderen Seite hat die Pandemie aber auch zu neuen Verhaltensformen geführt, die die Befragten nach der Krise gerne beibehalten würden. Der Bund fordert die Bevölkerung seit Beginn der Krise auf, auf die üblichen Formen der Begrüssung wie Händeschütteln oder Küssen zu verzichten, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Weiterhin denkt knapp die Hälfte der Befragten, dass sie auch in Zukunft auf traditionelle Grussformen verzichten würden (Abb. 84).

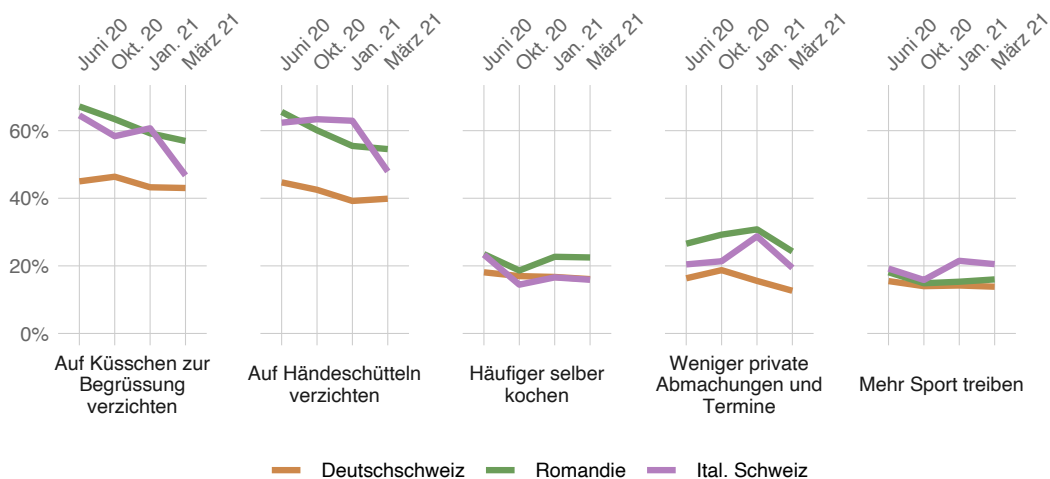
Abbildung 84: Gewohnheiten, die beibehalten werden – Persönliches Verhalten



« Welche Dinge haben Sie aufgrund der Coronakrise verändert und werden Sie wahrscheinlich auch nach der Krise zumindest teilweise beibehalten? » Vergleich der Befragungswellen

Vor allem Menschen aus der lateinischen Schweiz möchten es auch nach der Krise vermeiden, sich zur Begrüssung zu küssen und die Hände zu schütteln (Abb. 85). Unabhängig von der Sprachregion möchten die Befragten aber weiterhin andere, durch die Pandemie neu erworbene Verhaltensformen beibehalten, wie zum Beispiel weniger private Termine, Kochen zu Hause und mehr Sport treiben.

Abbildung 85: Gewohnheiten, die beibehalten werden – Persönliches Verhalten nach Sprachregion

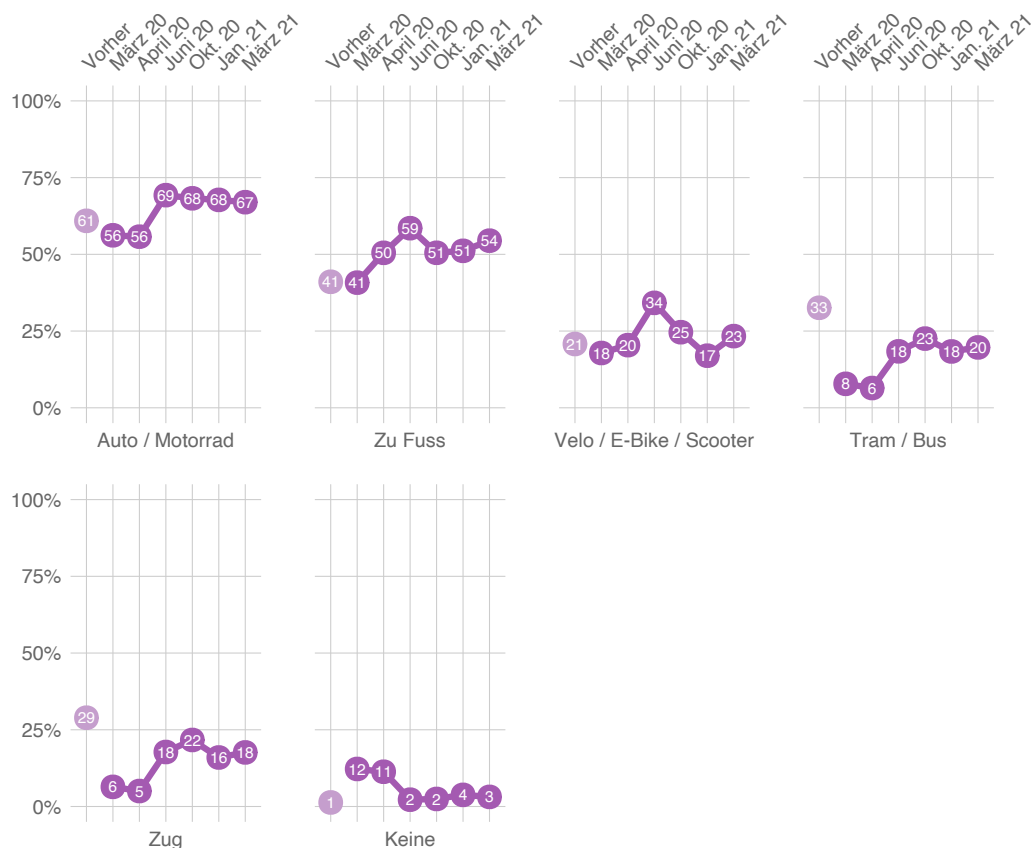


« Welche Dinge haben Sie aufgrund der Coronakrise verändert und werden Sie wahrscheinlich auch nach der Krise zumindest teilweise beibehalten? » Vergleich der Befragungswellen

7.5 Nutzung von Verkehrsmitteln

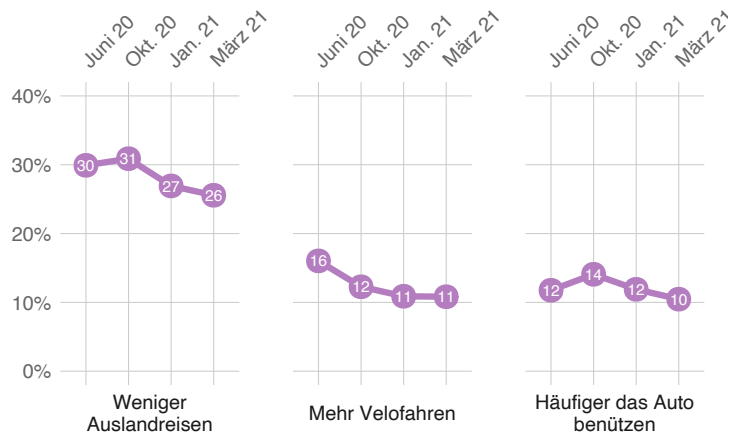
Die Corona-Pandemie führte zu einem markanten Einbruch der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Seit Juni 2020 stagniert die ÖV-Nutzung auf etwas tieferem Niveau als vor Corona (Abb. 86). Der Anteil der Befragten, die nach eigenen Angaben mehrmals pro Woche Trams, Busse (20%) oder Züge (18%) benutzen, ist etwa konstant geblieben. Das obligatorische Tragen von Masken im ÖV scheint der Bevölkerung trotz der steigenden Fallzahlen genügend Sicherheit zu geben, dass sie diese benutzen. Da es tendenziell eher wieder wärmer wird als im Januar, steigt die Nutzung von Velo/E-Bike und Scooter im März 2021 eher wieder an.

Abbildung 86: Nutzung verschiedener Verkehrsmittel



«Welche Verkehrsmittel haben Sie vor der Corona-Krise (Anfang 2020) mehrmals pro Woche genutzt?» / «Welche Verkehrsmittel haben Sie in den letzten sieben Tagen mehrmals genutzt?» Vergleich der Befragungswellen

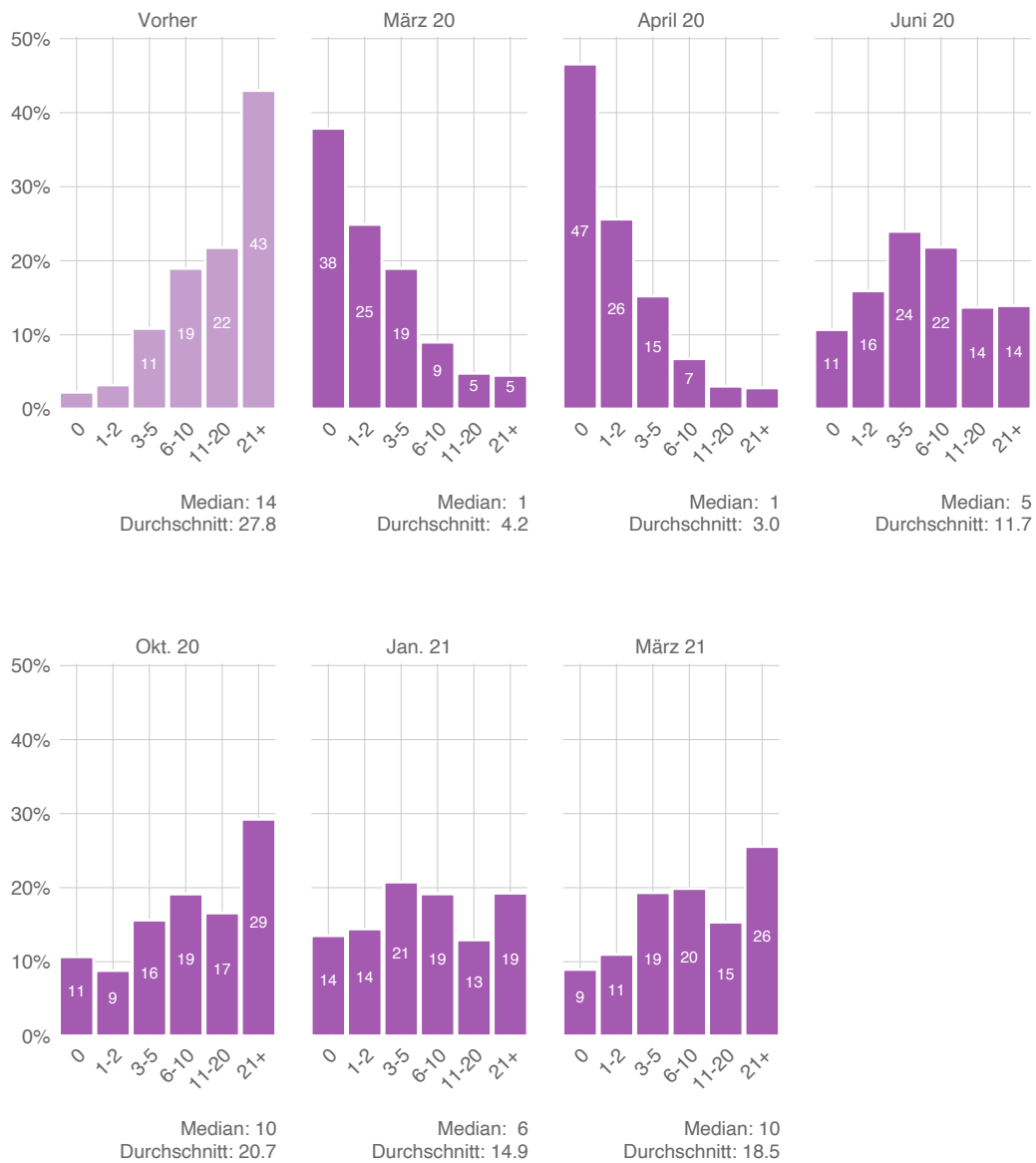
Im Vergleich zur Juni geben in der Märzerhebung mit 11 Prozent leicht weniger Personen an, dass sie aufgrund der Krise auch später mehr mit dem Fahrrad unterwegs sein möchten (Abb. 87). Der Anteil derer, die vermehrt auf Auslandsreisen verzichten wollen, nimmt seit der ersten Welle konstant ab.

Abbildung 87: Gewohnheiten, die beibehalten werden - Mobilität

« Welche Dinge haben Sie aufgrund der Coronakrise verändert und werden Sie wahrscheinlich auch nach der Krise zumindest teilweise beibehalten?» Vergleich der Befragungswellen

7.6 Social distancing – Entwicklung der Kontakthäufigkeit

Abbildung 88: Anzahl nähere Kontakte ausserhaus pro Woche – insgesamt

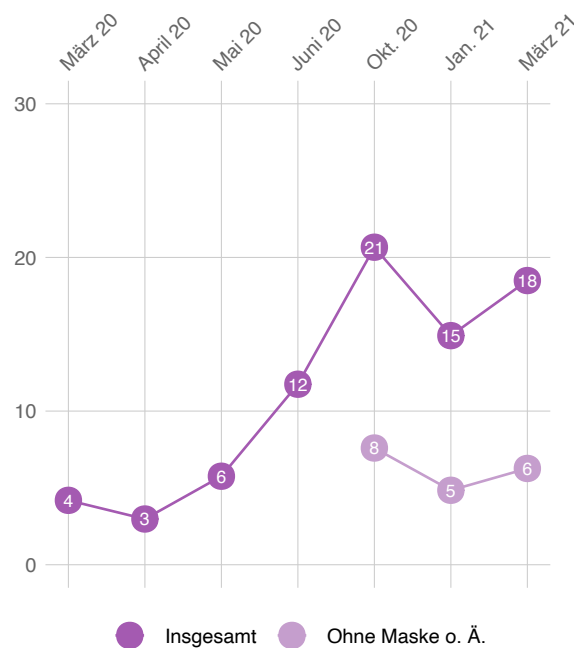


«Mit wie vielen Menschen, die nicht mit Ihnen zusammenleben, hatten Sie in den letzten sieben Tagen näheren Kontakt (länger als 15 Minuten, näher als 1,5 Meter)? Denken Sie dabei an alle Begegnungen in der Nachbarschaft, an der Arbeit oder unterwegs.» – «... alle Begegnungen (auch mit Maske oder anderem Schutz)» / Vergleich der Befragungswellen

Die zurückgelegten Wege und Bewegung der Bevölkerung geben Hinweise darüber, wie vorsichtig oder unvorsichtig sich diese verhält. Geht es um die Reduktion der Übertragungsraten des Coronavirus, sind die zurückgelegten Wege jedoch indirekt von Bedeutung. Entscheidend ist die Zahl der (ungeschützten) Kontakte mit anderen Menschen. Gefragt wurde nach der Anzahl der näheren Kontakte

ausserhalb des engen Umfelds in den vergangenen sieben Tagen (länger als 15 Minuten, näher als 1,5 Meter). Diese Frage wurde für die Zahl der Kontakte insgesamt und für die Kontakte «ohne Maske oder anderen Schutz» gestellt. In den vier ersten Befragungswellen wurde diese Unterscheidung nicht gemacht. Abbildung 89 zeigt: Die durchschnittliche Zahl der näheren Kontakte hat sich zwischen Juni und Oktober 2020 beinahe verdoppelt, von 12 auf 21 Personen pro Woche. Nachdem der Wert im Januar wieder etwas tiefer lag, stieg der Wert im März wieder auf durchschnittlich 18 Personen pro Woche. Seit Juni hat allerdings auch die Verbreitung von Hygienemasken stark zugenommen. Entscheidend für die Verbreitung des Virus ist deshalb nicht nur die Zahl der Kontakte, sondern insbesondere die Zahl der näheren Kontakte ohne Maske oder anderen Schutz. Im März fanden von den 18 näheren Kontakten ausserhaus durchschnittlich sechs ohne Schutz statt.

Abbildung 89: Anzahl nähere Kontakte ausserhaus pro Woche



«... alle Begegnungen (auch mit Maske oder anderem Schutz)» bzw. «... ohne Maske oder anderen Schutz»

8 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zur siebten Befragung des SRG Corona-Monitors fand zwischen dem 9. und dem 15. März 2021 statt. Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Schweiz ab 15 Jahren. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 49'909 Personen für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 37'079, Romandie: 10'789, italienische Schweiz: 2041).

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Es werden räumliche (Wohnort), soziodemographische (Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsform) und politische Gewichtungskriterien (Parteipräferenz) beigezogen. Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die Schweizer Bevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,1 Prozentpunkten (für 50% - Anteil und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit).

